H 8040 F
ISSN 1619-1404
23. Jahrgang
Nummer 139
November | Dezember 2012
3,00 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

Ich hasse euch!

NAZITERROR – EIN JAHR NACH DEM AUFFLIEGEN DES NSU

Liebe Leserinnen und Leser,

»Ich hasse euch«: Wer dieses Graffiti am ehemaligen Versammlungsort des »Thüringer Heimatschutz« in Schwarza gesprüht hat, ist nicht bekannt. Und doch scheint die Botschaft für die Mord- und Terrorserie der Neonazis passend – denn hier, in dieser ehemaligen Gaststätte, nahm alles seinen Anfang.
Ein Jahr ist es jetzt her, dass nur durch Zufall bekannt wurde, dass es mehr als ein Jahrzehnt lang einen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gab. Im Wohnmobil in Eisenach, wo sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf der Flucht nach einem Banküberfall selbst richteten, wurde die Tatwaffe zum Polizistenmord in Heilbronn gefunden. In einer wenige Stunden später in Flammen aufgehenden Wohnung in Zwickau fiel der Polizei in den Trümmern jene Pistole in die Hände, mit der neun Einwanderer ermordet worden waren. Und erst die dann auftauchende Bekenner-DVD machte klar, dass es sich um einen organisierten terroristischen Zusammenhang namens NSU handelte. Ermittlungsleistung der Polizei und Geheimdienste: null. So schien es zumindest anfangs. Doch in diesem Jahr hat sich viel gezeigt, nicht nur das absolute Versagen des ›Frühwarnsystems für die demokratische Grundordnung in Deutschland‹, sondern auch wie stark in den Polizeibehörden ein institutioneller Rassismus verankert ist. Suchten sie die TäterInnen doch beinahe ausschließlich in den migrantischen Communities. Und so wurden die Ermordeten zum zweiten Mal Opfer, nun einer Verleumdung. Erschossen worden seien sie, weil sie kriminell gewesen seien oder mit Kriminellen Umgang gehabt hätten – gleiches mussten die Menschen in Köln-Mülheim hören, wo der NSU eine Bombe legte.
Aufklärung sollen jetzt die Untersuchungsausschüsse bringen – ans Licht kommt dabei aber vor allem, wie durchsetzt das neonazistische Spektrum mit V-Leuten ist. Dass niemand vor November 2011 vom NSU erfahren haben will, klingt zunehmend unglaubwürdig. Umso wichtiger ist es daher, den Behörden auf die Finger zu schauen und, soweit es uns als AntifaschistInnen möglich ist, die Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Eigene Recherchen sind dafür ebenso unerlässlich wie die Perspektivweitung. Denn längst arbeiten die ›Sicherheitsbehörden‹ daran, die Deutungshoheit zurück zu erlangen. Ihre WissenschaftlerInnen liefern gefällige Erklärungen, während die ›SicherheitsarchitektInnen‹ die Lösung in einer neuen Zentraldatei suchen. Und so müssen wir heute umso lauter über den Neonazismus sprechen, seine Entwicklung und seinen Resonanzboden in der Gesellschaft. Die MörderInnen des NSU waren zuerst RassistInnen, das zeigt die Auswahl ihrer Opfer. Und Rassismus ist ein zentrales Problem unserer Gesellschaft, das sich nicht lösen lässt mit einem ›Zentralregister‹ für Neonazis.

Die Fotos in der vorliegenden Ausgabe zeigen ausschließlich die Tatorte des NSU, die der Fotograf Mark Mühlhaus im Herbst 2012 aufsuchte. Auf eine weitere Bebilderung wurde bewusst verzichtet.

Für diese Ausgabe hat der rechte rand mit der Hamburger Zeitung »analyse & kritik« und dem »antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e. v.« (apabiz) kooperiert.

Korrektur:
Das Foto zum Artikel »Netzwerker für ein ›weißes Europa‹« in der Ausgabe 138, Seite 31, zeigt kein »Blood & Honour« Konzert von 2001, sondern selbstverständlich das Festival »Ritorno a Camelot« der »Veneto Fronte Skinheads« 2011.

Schwerpunkt NSU

kurz und bündig

Braunzone

Rezensionen

Zufällig entdeckt

Ein Jahr nach dem Auffliegen des NSU werden die Ermittlungen zu Ermittlungen gegen die Sicherheitsbehörden. Zehn Tote, Ermittlungspannen und das Vernichten von Akten führten bisher nicht zu tatsächlichen Konsequenzen in der Politik. Auch die neonazistische Szene scheint unbeeindruckt. Aktionen und Übergriffe sind seit dem Auffliegen des NSU nicht weniger geworden.

von Andreas Speit

Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Zehn Namen, hinter denen sich ganz individuelle Leben verbergen. Zehn Menschen, die Opfer der mörderischen Ideologie des Neonazismus geworden sind. Zehn Familien, die Opfer der deutschen Sicherheitsbehörden wurden.

Vor einem Jahr, am 8. November 2011, flog der NSU um das Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe auf – durch Zufall. Keine neue Analyse der Sicherheitsbehörden hatte die drei entdeckt, kein redseliger V-Mann hatte sie verraten. Vier Tage zuvor misslang vielmehr Mundlos und Böhnhardt die Flucht nach einem Banküberfall in Eisenach. In einem Campingbus erschossen sie sich, als die Polizei allein wegen des Verdachts des Banküberfalls anrückte. Zuvor riefen sie Zschäpe an, die daraufhin ihre gemeinsame Wohnung in Zwickau anzündete. Vier Tage fuhr sie mit der Bahn quer durch Deutschland, verschickte Bekenner-DVDs zu den Morden des NSU. Erst die Waffenfunde offenbarten den Ermittlern, was sie gut vierzehn Jahre lang nicht ermittelten: Die Existenz eines neonazistischen Terrornetzwerks, das unentdeckt Morde ausübte und Banken überfiel. Heute rechnen das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) rund 100 Personen dem »engeren und weiteren Umfeld« des Trios zu. Die Sicherheitsbehörden und Verfassungsschutzdienste (VS) wollten damals nicht wahrhaben, was nicht wahr sein durfte, wurde seitdem immer wieder in Medien und Politik betont und neuerdings taucht immer häufiger die Frage auf, ob Behörden und Dienste eigene Spitzel und geheime Aktionen verheimlichen oder vertuschen wollen. Fünf Personen aus dem Umfeld sollen langjährige V-Leute sein.

In den seit November 2011 vergangenen Monaten schredderten Beamte »zufällig« Akten zu dem Themenkomplex, versuchten Aktionen geheim zu halten und V-Leute nicht auffliegen zu lassen. Mit personellen Folgen: Der Präsident des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, Heinz Fromm, musste gehen, der Chef des sächsischen »Landesamtes für Verfassungsschutz« (LfV), Reinhard Boos und der Leiter des Thüringer LfV, Thomas Sippel, folgten. Der Chef des LfV Sachsen-Anhalt, Volker Limburg, trat später zurück. Doch gab es auch politische Konsequenzen?

In den Untersuchungsausschüssen des Bundestages und der Landesparlamente müssen die ParlamentarierInnen regelmäßig um vollständige Akteneinsicht bei den Behörden und um klärende Aussagen von ZeugInnen ringen. Ein Eklat von vielen: Die Debatte um die Herausgabe ungeschwärzter Akten an den Untersuchungsausschuss im Bundestag durch den thüringischen Innenminister Jörg Geibert (CDU). Laut dem Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) hatte Geibert alle Akten übersenden lassen, da er Sorge habe, dass »interessante Bestandteile« dieser Akten »verschwinden« könnten – durch Mitarbeiter seines VS. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht in den ungeschwärzten Akten indes Gefahren – für V-Leute, die enttarnt werden könnten. »Wir brauchen auch in Zukunft V-Leute und das geht nur, wenn das Vertrauen in den Schutz ihrer Identität gewährleistet ist«, sagte er. In der Vergangenheit hatten die etwa 40 V-Leute und Spitzel beim »Thüringer Heimatschutz«, bei dem das Trio Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos organisiert war, allerdings keine sachdienlichen Hinweise zur Ergreifung der drei geliefert. Aussagen von V-Leuten, dass das Trio Waffen benötige und sich Geld besorgt habe, wurden wohl nicht verfolgt. Eine Vernehmung von Jürgen H., der dem Trio politisch nahe stand, durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) im Jahr 1999 verlief offensichtlich ebenso im Sande. H. hatte ausgesagt, dass die drei sich auf der »Ebene des Rechtsterrorismus« bewegten. Dass die V-Mann-Praxis in der Auseinandersetzung mit »dem Rechtsextremismus« längst schon Behörden untereinander verunsichert, blendet Friedrich aus. Um eine Maßnahme des Landeskriminalamts (LKA) Sachsen-Anhalts 2002 gegen Aktivisten des eigentlich verbotenen Netzwerks »Blood & Honour« (B&H) nicht zu gefährden und um »eine Weitergabe dieser Information an Dritte« zu unterbinden, wurden die VS-Behörden nicht informiert. Am 25. April 2002 führte das LKA im Auftrag der Staatsanwaltschaft Halle Durchsuchungen bei mehr als 30 Personen aus dem B&H-Netzwerk durch. Jenes Netzwerk, welches das Trio radikalisiert und erste Unterstützung für seine Illegalität ermöglicht hatte. Wörtlich heißt es in dem Vermerk des Bundesinnenministeriums vom 3. Mai 2002, der der »tageszeitung« (taz) vorliegt, dass bei der Aktion das BfV »aus ermittlungstaktischen Gründen« nicht unterrichtet wurde, ebenso wenig wie der VS Sachsen-Anhalt. Weiter heißt es: »Nach Rücksprache [...] stützen sich die ›ermittlungstaktischen Gründe‹ vermutlich auf die Befürchtung, die Verfassungsschutzbehörden würden ihre Quellen über bevorstehende Exekutivmaßnahmen informieren«. Das Schreiben ist für die sächsische Landtagsabgeordnete der Linken, Kerstin Köditz, »eine Bankrotterklärung für die Geheimdienste«. In Sachsen lehnte Innenminister Markus Ulbig (CDU) derweil einen Antrag der Linken ab, das Wirken von B&H und deren Netzwerken aufzuarbeiten: »Der immense Aufwand wäre ohne eine unvertretbare Einschränkung der Arbeitsfähigkeit der betroffenen Stellen nicht zu leisten.« Eine Antwort, die dem Versprechen der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der NSU-Morde, dass »alles getan« werde, um »die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken«, widerspricht.

Ein Jahr danach wird die Aufarbeitung des NSU immer mehr eine Ermittlung gegen die Sicherheitsorgane. Die neonazistische Szene agiert so auch fast unbeeindruckt weiter. Den Verboten einzelner Kameradschaften folgten keine Aktionseinbrüche. Die momentanen Probleme der NPD in einzelnen Landesverbänden sind hausgemacht. In anderen Verbänden läuft die kommunale Verankerung als »Kümmerer«-Partei weiter. In einzelnen Bundesländern sind die Übergriffe und Angriffe getreu der Ideologie gestiegen.

»Die Nette«

In der Öffentlichkeit bemühte sich Beate Zschäpe besonders um die bürgerliche Tarnung des NSU – aus ideologischer Überzeugung.

von Andreas Speit

Freundlich, hilfsbereit und nett: In der Nachbarschaft der Zwickauer Frühlingsstraße 26 war Beate Zschäpe beliebt. Vom 1. März 2008 bis zum 4. November 2011 freuten sich AnwohnerInnen, wenn sie vorbei kam. Bis zu jenem Novembertag, als sie ihre Katzen Heide und Lilly einer Anwohnerin überreichte, eine andere Nachbarin bat: »Ruf die Feuerwehr!« und selbst wegrannte.

Zwei Stunden zuvor hatte Uwe Mundlos in einem Wohnmobil Uwe Böhnhardt erschossen und dann sich selbst. Zum ersten Mal nach über 13 Jahren in der Illegalität war ihnen in Eisenach ein Banküberfall misslungen. Um 12.01 Uhr erreichte Zschäpe noch ein Anruf, wohl von den beiden Uwes, dann begann sie in der Wohnung Benzin zu verschütten – das kann den Ermittlungsakten entnommen werden. Um 15 Uhr hallte ein heftiger Knall durch die Straße des beschaulichen Viertels. Ihre 89-jährige Nachbarin wollte die gelernte Gärtnerin noch warnen. In aller Eile nahm sie die Katzen und 16 Briefe mit der später auch öffentlich bekannt gewordenen Bekenner-DVD mit »Paulchen Panther«. 75.000 Euro ließ sie liegen. Geld, dessen Fehlen vielleicht ein Grund für den Abbruch ihrer Flucht wenige Tage später war. Ein politischer Gesinnungswandel der 37-Jährigen dürfte wohl nicht stattgefunden haben, als sie sich am 8. November in Jena der Polizei stellte. Aber möglicherweise bauen die Anwälte ja auf einen solchen Wandel bis zum voraussichtlichen Prozessbeginn Anfang Februar 2013 vor dem Oberlandesgericht München.

Bisher scheint es dem Generalbundesanwalt schwer zu fallen, genaue Tatbeteiligungen von Zschäpe, die elf Alias-Identitäten nutzte, festzumachen. Die genaue Anklage ist im Oktober 2012 noch unklar. Der Ankläger glaubt jedoch, Zschäpe, geborene Apel, wegen Mittäterschaft überführen zu können. Nachdem sie sich im November 2011 gestellt hatte, erzählte sie der Polizei nur, Mundlos und Böhnhardt seien ihre »Familie« gewesen und hätten sie »nie zu etwas gezwungen«. Deutliche Worte, bevor sie zu schweigen begann.

Die Ermittlungsakten offenbaren, dass es vor allem Zschäpe war, die das Doppelleben des Trios zwischen rassistischem Terror und bürgerlichem Alltag aufrecht erhielt. Die beiden Männer sind an ihren Wohnorten in Chemnitz oder Zwickau nicht auf die NachbarInnen zugegangen. Zschäpe schon. AnwohnerInnen aus der Polenzstraße in Zwickau, wo die Drei zwischen Mai 2001 und Mai 2008 wohnten, sagten, dass sie Mundlos und Böhnhardt kaum sahen und dass die Männer »wortkarg« waren. Zschäpe dagegen sei im ganzen Haus beliebt gewesen. Wenn sie mit den NachbarInnen Wein trank, brachte sie meistens auch eine Flasche mit. Sie hörte sich die Sorgen der Leute an und soll gar über »Intimes« geredet haben.

»Ich hätte sie nie für eine Terroristin gehalten«, sagt eine Nachbarin. Einer arbeitslosen und alleinerziehenden Mutter half Zschäpe und ging für sie einkaufen, lud die Kinder zum Pizzaessen ein – und zahlte mit Geld aus den Überfällen, so darf unterstellt werden. Auch in der Frühlingsstraße galt sie als hilfsbereit und kumpelhaft. In der »Dorotheenklause«, nicht weit von der Wohnung entfernt, schaute sie gern auf ein Bier vorbei. Unter ihrer Wohnung lag die »Taverne Thassos«, auch dort kehrten die Drei ein. Sie waren immer nett, sagt der Betreiber: »Vor allem Zschäpe«. In München erschossen die NSU-Mitglieder am 15. Juni 2005 den Griechen Theodoros Boulgarides, in Zwickau schenkten sie dem griechischen Restaurantbetreiber eine alte Kühltruhe.

Das Doppelleben schien perfekt. In ihrem Untergrundleben waren sie auch gar nicht so sehr untergetaucht: In Hannover sagten sie Bekannten zum Geburtstag »Hallo«, auf Fehmarn machten sie regelmäßig Campingurlaub und in Zwickau besuchten sie jeden Donnerstag die vermutliche NSU-Unterstützerin Susanne E., die mit ihren Kindern und Zschäpe ebenfalls in der »Taverne Thassos« zu Gast war.

Aus den Ermittlungsakten wird deutlich: Zschäpe war schon 1991/92 genervt von den Partys der Neonazi-Szene und wollte mehr Politik. In einer Beschuldigungsvernehmung räumte Thomas Starke, früher einer der Köpfe von »Blood & Honour« (B&H) in Sachsen, ein, nicht nur den Dreien später Sprengstoff besorgt zu haben, sondern erzählte auch vom Binnenleben des Trios. Schon damals zog Zschäpe mit Mundlos und weiteren Rechten herum und schlug zu. Viel Geld hatte Zschäpe, die sich später als »Omakind« bezeichnet, damals nicht, soll aber sehr »selbstbewusst« gewesen sein. In der Vernehmung sagte Starke, er hätte Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe Anfang der 1990er Jahren auf einem Konzert von »Oithanasie« kennengelernt, irgendwann seien sie dann gemeinsam auf weiteren Konzerten gewesen. Die Drei hätten sich allerdings über das »Scheißgesaufe« aufgeregt, sagte er: »Wir wollten feiern und Konzerte besuchen, aber die drei waren eher politisch aktiv.« Als Starke im Gefängnis saß, bekam er Post von dem Trio, und nach seiner Entlassung wurde er Zschäpes Liebhaber. Es sei eher ein »loses Verhältnis« gewesen. »Ich hätte mir damals gern mehr gewünscht mit Beate«, sagte er.



Die Kritik an der Szene erinnert an einen später erhobenen Vorwurf im Magazin der »Blood & Honour Division Deutschland«. In der zweiten Nummer heißt es 1996: »Manche werden sagen: ›Mir reicht der Spaß am Wochenende, Bier und Weiber‹ [...] Einige werden meinen: ›Ich höre meine Oi- oder RAC-Muck, ansonsten bin ich Skin, das reicht doch wohl! Oder ...?!‹ Eben nicht!!!« Die alten Formen des politischen Aktivismus, wie Wahlen oder Parteien, seien überholt, wird betont und es wird dazu ermuntert: »Gelingt es uns […] aber auch mit der nötigen Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit, eine nicht angreifbare, gut vernetzte Bewegung von unabhängig agierenden Gruppen zu werden, so wird uns das Schicksal den Sieg nicht versagen. [...] Jeder ist dazu aufgerufen, etwas zu tun! LEADERLESS RESISTANCE ist die Devise!« Zwei Jahre später bildete Zschäpe mit Mundlos und Böhnhardt eine solche Gruppe.

Historische Verantwortung

Pauschalverdacht gegen Sinti und Roma bei der Fahndung nach den NSU-Mördern

Ein Gastbeitrag von Marian Luca und Silvio Peritore

Die Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) und die skandalösen Pannen und Versäumnisse der Ermittlungsbehörden bis hin zur gezielten Aktenvernichtung haben insbesondere die Überlebenden des Holocausts an den Sinti und Roma erschüttert. Über 67 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus ist es vor allem für die Erlebnisgeneration nicht nachvollziehbar, wie heute rechtsextremistische Parteien mit Unterstützung von Steuergeldern und unter dem Deckmantel der Meinungs- und Pressefreiheit Propagandamaterial verbreiten, dezidiert Hass gegen Inländer, Ausländer und Minderheiten schüren – und dies zumeist im NS-Duktus. Denn rechte Organisationen bilden den Nährboden für rechtsextremistische Verbrechen.



An dieser Verbindungsstraße im Nürnberger Süden wurde am 9. September 2000 der Blumenverkäufer Enver Simsek ermordet. Ein anderer Blumenstand an gleicher Stelle erinnert im Sommer 2012 an den Nazimord – sonst nichts.

Die von politischen und gesellschaftlichen Kräften immer wieder zu Recht heraufbeschworene historische Verantwortung, die aus den nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen herrührt, steht oft im Gegensatz zu dem teils zu nachsichtigen behördlichen und juristischen Umgang mit rechtsextremistischen Verbrechen und Tätern. Dies wird besonders deutlich im Fall der Ermittlungen zum NSU, was gravierende Konsequenzen für die politische und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und das gesellschaftliche Klima zur Folge hat. Im Falle des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 hatten die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden in ihren öffentlichen Stellungnahmen Sinti und Roma unter Pauschalverdacht gestellt, weil die Tatwaffe angeblich aus dem »Zigeunermilieu« stammte. Dies hatte grundlos massive Polizeikontrollen zur Folge, selbst bei älteren Sinti und Roma, die den Holocaust überlebt haben. Ebenso wurden auf rechten Internetseiten, auf denen der Holocaust an den Sinti und Roma ohnehin geleugnet wird, weitere Gewaltandrohungen gegenüber Angehörigen dieser Minderheit vorgenommen. Rassismus und Rechtsextremismus stellen für unser demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinwesen sehr große Gefahren dar, die jedoch in der Vergangenheit von deutschen Politikern und Behörden immer wieder verharmlost wurden. Nach den jüngsten Ereignissen um die NSU-Morde wurde das Vertrauen in die Stabilität unseres Staates und seiner Institutionen massiv beschädigt. Hier müssen nun alle Verantwortlichen konsequent und seriös handeln und eine lückenlose Aufklärung dieser Verbrechen vornehmen, um das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und die politische Kultur wieder herzustellen.

Gerade der gesellschaftliche, politische und juristische Umgang mit rechtsextremistischer Ideologie und Gewalt stellt einen Prüfstein dar, ob und welche Lehren aus Krieg und Holocaust gezogen wurden. Die vielschichtige deutsche Erinnerungskultur hat eine nahezu unüberschaubare Menge an Literatur zum Nationalsozialismus und zum Holocaust hervorgebracht sowie den wissenschaftlichen Diskurs in allen einschlägigen Bereichen entwickelt und gefördert. Kaum ein Land hat sich derart kritisch mit seiner eigenen jüngeren Geschichte und seinen Verbrechen auseinandergesetzt wie Deutschland. Dagegen ist der Holocaust an den Sinti und Roma in Ländern Mittel- und Osteuropas, die von NS-Deutschland besetzt wurden oder mit ihnen kollaboriert hatten, kaum aufgearbeitet, und dies, obwohl die meisten Opfer dieser Minderheit aus diesen Ländern stammten.

Diese Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, aber vor allem die Bürgerrechtsarbeit der deutschen Sinti und Roma mit dem Vorsitzenden des »Zentralrats Deutscher Sinti und Roma«, Romani Rose, an der Spitze, haben schließlich zu einem Bewusstseinswandel über den lange verdrängten und geleugneten Holocaust an einer halben Million Sinti und Roma geführt. So wurde am 24. Oktober 2012 nach einer vor 20 Jahren durch den Zentralrat ergriffenen Initiative das Denkmal für die 500.000 im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma durch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht. Dies ist sicher einer der größten politischen Erfolge für die Sinti und Roma. Obgleich es sich um ein Denkmal der Bundesrepublik Deutschland handelt, das den Holocaust-Opfern der Sinti und Roma und deren würdigem Andenken gewidmet ist, steht das Denkmal künftig zugleich für eine besondere, aus dem Holocaust resultierende, politische Verantwortung für die Sinti und Roma in Deutschland und in Europa.

Die vielfältigen und bedrohlichen Formen der Diskriminierung von Sinti und Roma durch Staaten und Gesellschaften zeigen, dass trotz der in den letzten Jahren erzielten Fortschritte dieser mit etwa zwölf Millionen Angehörigen größten Minderheit in Europa nach wie vor zum Teil gravierende Defizite im Bereich der Menschenrechte und elementarer Kernbereiche der gesellschaftlichen Teilhabe wie Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheitsversorgung existieren, obwohl Sinti und Roma ja gleichberechtigte Bürger ihrer jeweiligen Heimatländer und Teil der dortigen Gesellschaften sind.

Zu der aus dem Holocaust resultierenden Verantwortung stellte Zoni Weisz mit seinem eindrucksvollen Befund aus seiner Gedenkrede im Bundestag am 27. Januar 2011 fest: »Man muss sich das vorstellen: Eine halbe Million Sinti und Roma, Männer, Frauen und Kinder, wurden im Holocaust ausgerottet. Nichts oder fast nichts hat die Gesellschaft daraus gelernt, sonst würde sie heute verantwortungsvoller mit uns umgehen.«

Diese Aussage bedeutet zugleich einen klaren Auftrag an die Politik und die Gesellschaft, künftig ihren Umgang mit den Sinti und Roma zu ändern und ihre Rechte und ihre Sicherheit zu garantieren.

Silvio Peritore ist stellvertretender Vorsitzender und Marian Luca wissenschaftlicher Mitarbeiter des »Zentralrats Deutscher Sinti und Roma«.

Bei Nazis besser auf Nummer sicher gehen

Ein Jahr nach Bekanntwerden der Mordserie des NSU scheint die Empörung schon fast aufgebraucht. Dabei wäre das, was Medien und parlamentarische Untersuchungsausschüsse beständig zu Tage fördern, Grund für die Forderung nach tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderung. Stattdessen wird seit einem Jahr über Sicherheit und wehrhafte Demokratie diskutiert.

von Maike Zimmermann

Im November 1992 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln. Die zehnjährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayse Yılmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben in den Flammen. Schon seit Herbst 1991 wurden wiederholt Flüchtlingsunterkünfte angegriffen. Wenige Wochen nach dem Anschlag in Mölln beteiligten sich Hunderttausende in mehreren Städten an Lichterketten-Demonstrationen. Die Welle rassistischer Gewalt wurde dadurch nicht beendet. Die Diskussion um den sich Bahn brechenden »Volkszorn« führte schließlich im Mai 1993 zur faktischen Abschaffung des Asylrechts. Bis Mitte der 1990er Jahre wurden mehr als zehn extrem rechte Organisationen verboten. Als Folge wandelte sich die NPD zur neonazistischen Bewegungspartei, daneben entstand das Konzept der »Freien Kameradschaften«. Zum Ende der 1990er Jahre hatte sich eine starke Neonaziszene konstituiert, die fast jedes Wochenende irgendwo in der Bundesrepublik aufmarschierte.

Zivilgesellschaft gegen Rechts

Nach einem Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf rief Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Oktober 2000 den »Aufstand der Anständigen« aus. Wieder versammelten sich Menschen zu Lichterketten. Darüber hinaus wurden verschiedene Aktionspläne entworfen. Die »Zivilgesellschaft« sollte gestärkt werden, Toleranz und Demokratieverständnis galten als probate Mittel gegen eine agile Neonaziszene. Im Jahr 2001 rief die Bundesregierung das Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ins Leben. Dessen drei Teile Civitas, Entimon und Xenos bestehen bis heute. Schon damals wurden Stimmen laut, die die »aktivierte Bürgergesellschaft« vor allem gegen Extremismus – von Rechts wie von Links – in Stellung bringen wollten.

Neben der Stärkung gesellschaftlichen Engagements wurde im Januar 2001 ein NPD-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht. Das Verfahren wurde im März 2003 eingestellt. Es hatte sich herausgestellt, dass in der Führung der Partei zahlreiche Informanten des Verfassungsschutzes (VS) tätig waren. Da sich nicht klären ließ, ob das die NPD belastende Material von diesen V-Leuten stammte, sah das Bundesverfassungsgericht keine Grundlage für ein faires Verfahren.

Knapp einen Monat bevor Schröder seinen »anständigen« Aufstand ausrief, wurde Enver Simsek in Nürnberg mit acht Schüssen aus zwei Pistolen angeschossen. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus. Es war der erste Mord des »Nationalsozialistischen Untergrunds«. Es folgte eine rassistische Mordserie, über die »Der Spiegel« schrieb: »Die schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützte die Killer.« Noch im Jahr 2010 spekulierten Ermittler in einem Radiofeature der ARD ausgiebig über mögliche Täter und Motive: organisierte Kriminalität, Auftragsmord, Schutzgelderpressung, ein verrückter Einzeltäter, der vielleicht schlechte Erfahrungen im Türkeiurlaub gemacht habe.

Verfassungsschutz ohne Nutzwert

Seit einem Jahr wissen wir, dass gut organisierte und vernetzte Neonazis für diese Serie rassistischer Gewalt verantwortlich waren. Genaueres gelangt indes eher häppchenweise ans Licht der Öffentlichkeit. Zunächst wurde fein säuberlich getrennt: hier eine rechte Szene aus mehr oder weniger tumben Nazis, dort ein »Terrortrio« mit nur wenigen HelferInnen. Mittlerweile zählt selbst das »Bundesamt für Verfassungsschutz« 100 Personen zum direkten UnterstützerInnenkreis des NSU. Das Kartenhaus der terroristischen EinzeltäterInnen, von deren Handeln auch der »normale Nazi« nichts ahnte, fällt immer mehr in sich zusammen.



Beim Sprengstoffanschlag am 19. Januar 2001 auf ein Kölner Lebensmittelgeschäft wurde die deutsch-iranische Tochter des Besitzers schwer verletzt.

Umbau der Sicherheitsarchitektur

In größeren Happen offenbart sich das Versagen deutscher Geheimdienste. Die Verstrickungen des Verfassungsschutzes scheinen schier endlos zu sein. Da hilft auch kein Aktenschreddern und kein anderes Vertuschungsmanöver. Selten war die Stimmung den Verfassungsschutzbehörden gegenüber so ablehnend wie heute. Das unterscheidet den Verfassungsschutzskandal von den vorangegangenen – zum Beispiel im Zusammenhang mit dem ersten NPD-Verbotsverfahren. »Dieser Verfassungsschutz gehört aufgelöst, der ist nicht mehr zu reformieren«, meint

der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion »Bündnis 90/Die Grünen«, Jürgen Trittin. »Der Rücktritt des Verfassungsschutzpräsidenten und einzelner Länderchefs reicht nicht aus«, findet auch die Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer des NSU, Barbara John (CDU).
Claus Leggewie und Horst Meier schreiben in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« zu Recht: »Die aus dem Kalten Krieg übrig gebliebene Veranstaltung namens Verfassungsschutz – das heißt, die vorbeugende Überwachung des Extremismus verdächtiger Bürger weit im Vorfeld messbarer Gefahren –, diese deutsche Spezialität findet in anderen westlichen Demokratien keine institutionelle Entsprechung. Sie hat, nüchtern betrachtet, einen sicherheitspolitischen Nutzwert, der gegen null tendiert.«
Auch wenn die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik nun auf dem Prüfstand steht, scheint der Einfluss der sogenannten Extremismus-Doktrin – nach der letztlich der VS darüber entscheidet, was als extremistisch anzusehen ist – ungebrochen. Im Gegenteil: Die Taten des NSU dienen als Argument dafür, dass ein Frühwarnsystem über »extremistische« Bestrebungen effizienter gestaltet werden müsse. Schließlich gibt es ja kein Problem mit Rassismus, sondern die Demokratie ist in Gefahr. Und diese Gefahr lauert eben auch – und beim Verfassungsschutz quasi »traditionell« – auf der linken Seite. Dabei werden mit der staatlichen Verfolgung des »linken Extremismus« gerade die Kräfte geschwächt, die sich den Neonazis am entschiedensten und unabhängig von kurzfristigen »Konjunkturen« entgegenstellen.



Der Blick durch das Sicherheitsglas

Und so wird das »Problem NSU« vornehmlich durch die sicherheitspolitische Brille betrachtet. Dazu gehört auch die neuerliche Diskussion um ein Verbot der NPD. Sicher gibt es dafür gute Gründe: Der Parteienstatus verschafft der NPD nicht nur finanzielle, sondern auch logistische Möglichkeiten, die massiv zur Stabilität der rechten Szene beitragen. Ein NPD-Verbot lässt sich aber nicht isoliert diskutieren, ein Verbot allein kann weder das gesellschaftliche Problem des Neonazismus noch jenes des Rassismus lösen.
Solche Gedanken sind bei der »Staatsantifa 2.0« jedoch offensichtlich mindestens zweitrangig. Grob überschlagen gab es seit Dezember letzten Jahres an die 400 Durchsuchungen in der Neonaziszene. In offizielle Form gegossen hatte dieses Vorgehen vor einem Jahr Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD). Nach dessen »Acht-Punkte-Programm« sollen unter anderem alle Straftaten von Neonazis erfasst, die Polizei verstärkt, der Kontrolldruck gesteigert, der Ermittlungsdruck erhöht und AussteigerInnenprogramme ausgebaut werden. »Wir werden massiv und systematisch gegen die Neonazi-Netzwerke vorgehen, um gefährliche Entwicklungen im Keim zu ersticken«, hieß es. Es folgten eine Großrazzia gegen das »Aktionsbüro Mittelrhein« im März sowie Durchsuchungen beim »Freundeskreis Rade« im April. Im Mai verbot Jäger die »Kameradschaft Walter Spangenberg« aus Köln. Im August wurden der »Nationale Widerstand Dortmund«, die »Kameradschaft Hamm« und die »Kameradschaft Aachener Land« verboten, begleitet von einer erneuten Großrazzia.
Aber nicht nur Jäger setzt auf Repression gegen Neonazis. Bereits im Dezember 2011 kam es zu Durchsuchungen wegen der sogenannten »Unsterblichen«, weitere folgten im März. Im Juni verbot Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) die »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg«, die als organisatorischer Rahmen der »Spreelichter« diente. Diese wiederum hatten die Aktionsform der »Unsterblichen« – nächtliche Kurzaufmärsche mit Fackeln und weißen Masken – in der Naziszene populär gemacht. Ebenfalls im Juni kam es in elf Bundesländern zu Durchsuchungen bei den mutmaßlichen BetreiberInnen des rechten Onlineportals »Thiazi«. Im September verbot Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) die Neonazigruppe »Besseres Hannover« samt ihres als Vereinskennzeichen gewerteten »Abschiebärs«.

Kein neuer Antifa-Sommer

Diese Auflistung staatlichen Vorgehens gegen Neonazis ist bei weitem nicht vollständig. Doch sie zeigt, dass man staatlicherseits offensichtlich um Konsequenzen bemüht ist, dass man Erfolge präsentieren möchte. Keine dieser Neonazi-Gruppierungen war in der Vergangenheit unbekannt, die Erkenntnisse, auf denen die Ermittlungen beruhen, sind alles andere als neu. Die meisten Verbote und Beschuldigungen hätten bereits vor ein oder zwei Jahren auf soliden Füßen gestanden. Doch da fehlte es wohl an politischem Willen, oder es wurde schlicht keine Notwendigkeit gesehen.
Allen gegenteiligen Behauptungen seitens der verschiedenen Neonazis zum Trotz kann man wahrlich nicht behaupten, dass dieses neue staatliche Engagement ohne Wirkung auf die extreme Rechte geblieben ist. Es schwächt sie massiv, viele Nazikader sind mit ihren Verfahren beschäftigt, die finanziellen und strukturellen Auswirkungen sind beträchtlich, ganz zu schweigen von den psychologischen Effekten. Das kommt nicht zuletzt den potenziellen Opfern dieser zum Großteil hochgradig gefährlichen Neonazis zu Gute.

Blick zurück

Aber blicken wir noch einmal zurück. Im sogenannten »Antifa-Sommer 2000« wollte man die Zivilgesellschaft stark machen gegen rechts. Zwar gibt es beispielsweise mit »Back up« seit November letzten Jahres erstmals eine Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Auch wurde den Angehörigen der Opfer des NSU insgesamt knapp eine halbe Million Euro Entschädigung gezahlt. Aber insgesamt ist der Fokus ein anderer als vor zehn Jahren. Dieses Mal gab es keine Lichterketten – was auch immer man von dieser Aktionsform halten mag. Initiativen gegen Rechts werden nach wie vor mit der »Extremismusklausel« schikaniert. Und mehr als damals setzt man auf sicherheitspolitische Konzepte. Die Rahmenbedingungen, unter denen der NSU jahrelang morden konnte, haben sich in den letzten Monaten kaum geändert. Es gibt kein Umdenken in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, eine breite Auseinandersetzung über den »ganz normalen Rassismus«, der nicht zuletzt die gesellschaftliche Wahrnehmung bestimmt, findet nicht statt. Dabei heißt das Problem noch immer: Rassismus.

Distanzierung und Solidarität

Die extreme Rechte und der »Nationalsozialistische Untergrund«

von David Janzen

Ein Jahr nach der Aufdeckung der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) ist man sich in der Neonazi-Szene, der NPD, der »Neuen Rechten« und bei den Rechtspopulisten weitgehend einig: Beim NSU handelt es sich um ein »Phantom« und staatlich »inszenierten Terror«. Ziel dieser »Staatsverschwörung« sei es, ein Verbot der NPD zu legitimieren und die Rechte zu diskreditieren. Gleichzeitig organisiert die Neonazi-Szene Solidaritätsaktionen für den mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben und reagiert eher aggressiv als zurückhaltend auf die öffentliche Debatte.

Kurz nach der Aufdeckung der Mordserie gab es offene und versteckte Sympathiebekundungen mit den RechtsterroristInnen. Gerade in sozialen Netzwerken und Internetforen tauchten immer wieder Anspielungen auf die Comicfigur »Paulchen Panther« auf, die in dem Bekennervideo des NSU eine zentrale Rolle spielt. Im Januar marschierten Neonazis bei einer von Norman Bordin angemeldeten Versammlung durch München und spielten die Titelmelodie des »Pink Panther«-Films. Und in Sachsen initiierte ein Teilnehmer eines von der NPD organisierten RechtsRock-Konzertes am 12. November 2011 eine Gedenkminute für die in Thüringen »zu Tode gekommenen Kameraden«. Inzwischen sind allerdings solche Sympathiebekundungen weitgehend verschwunden. In Thüringen, wo DIE LINKE im Landtag eine Anfrage zu »Solidaritätsaktionen Thüringer Neonazis für NSU-Verdächtige« stellte, haben die Behörden bisher nur einen Fall registriert. Am 8. Januar sei es in einer Diskothek in Erfurt zu Beleidigungen von Polizeikräften und Rufen »Es lebe die NSU« gekommen.

Zahlreich sind dagegen die Solidaritätsbekundungen für den früheren Vize der Thüringer NPD, Ralf »Wolle« Wohlleben, der als mutmaßlicher NSU-Unterstützer in Untersuchungshaft sitzt und wegen Beihilfe zum Mord angeklagt werden soll. »Freiheit für Wolle«, das fordern Neonazis auf T-Shirts, mit Facebook-Buttons und Wandparolen und sammeln Spenden. Nach dem Verbot der »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene e. V.« (HNG) haben sich schnell neue Strukturen gebildet, die für die Unterstützung inhaftierter Neonazis sorgen. Am aktivsten ist der »Freundeskreis Gefangenenhilfe« (FGH). Nicht nur für »Wolle« wird Geld gesammelt, sondern unter dem »Stichwort 24« auch für die im Zuge der Razzien im März verhafteten Neonazis in Nordrhein-Westfalen und für Klagen gegen die Verbote dreier Nazigruppen in Dortmund, Hamm und Aachen. Die »Gefangenenhilfe« ist über eine Postfachadresse in Schweden erreichbar. Dort sei man als gemeinnütziger Verein eingetragen, heißt es auf der deutschsprachigen Internetseite. Die Spenden fließen auf ein Konto in Schweden. So hofft man, dem Zugriff deutscher Behörden zu entgehen. Anders als die eher altbackene HNG, die kaum öffentlich auftrat, setzt der »Freundeskreis« auf das Internet und soziale Netzwerke. In nur wenigen Monaten konnte der »Freundeskreis Gefangenenhilfe« sein erklärtes Ziel erreichen und mit seinem Facebook-Profil über 500 FreundInnen gewinnen – mehr als die HNG Mitglieder hatte.

Eng verbunden ist der Freundeskreis mit dem »Nordischen Hilfswerk« um Stephan Günther. Dieser stand auch hinter dem gemeinsamen Infostand des FGH mit dem »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« beim »Preußentag« der brandenburgischen NPD am 6. Oktober 2012. Unterstützung erhält der FGH von schwedischen Neonazis. So bedankt sich der FGH bei Dan Eriksson und der »Svenskarnas parti«, die »schon vorab eine sehr große Spende« geleistet haben, indem sie »die Gelder für das Postfach gaben«.

Während die NPD in der Öffentlichkeit bemüht ist, auf Distanz zu ihrem ehemaligen Funktionär Wohlleben zu gehen, bietet sie dem FGH, der die Solidaritätskampagne für »Wolle« maßgeblich trägt, immer wieder die Möglichkeit, bei Großveranstaltungen, wie zum Beispiel dem »Pressefest« der »Deutschen Stimme«, mit Infoständen aufzutreten. Auch in der Freundesliste des »Freundeskreises« bei Facebook fanden sich zumindest zeitweise die Namen von NPD-Funktionären und Untergliederungen der Partei.



Das zweite Mordopfer, Abdurrahim Özüdogru, wurde am 13. Juni 2001 erschossen in seinem Geschäft aufgefunden. Seine Änderungsschneiderei befand sich inmitten eines Wohngebietes in der Nürnberger Südstadt.

Welch Geistes Kind die UnterstützerInnen des FGH sind, machen Kommentare auf dem Facebook-Profil deutlich: »Es wird Zeit, dass wir unsere Dateien der Volksschädlinge aufbauen! Damit wir eine Handhabe haben, wenn Deutschland wieder erwacht und es zur Rechenschaft der Verräter kommt.« Regelmäßig übermittelt Oliver Gerd Raninger aus dem niedersächsischen Wolfenbüttel per Facebook Grüsse aus dem Knast: »Die besten Heilsgrüße von Wolle. An alle, die ihn kennen und ihn unterstützen. Er ist sehr glücklich über eure Unterstützung.« Ganz offen präsentiert sich Raninger auf dem Profil des »Freundeskreises Gefangenenhilfe« in einem T-Shirt, das ein Comic-Schaf und die Aufschrift »Freiheit für Wolle« zeigt.

»Freiheit für Beate Zschäpe«, diese Parole findet man dagegen nicht einmal bei den extremsten Hardcore-Nazis. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe werden nicht nur von NPD-Politikern als »unpolitische Verbrecher«, »Berufskriminelle« (Patrick Wieschke), »Verbrecher-Pack« (Jens Pühse) und »kriminelle Elemente« (Axel Reitz) abgestempelt. Dabei sind es nicht die Morde an den zehn Migranten, sondern eher der Lebenswandel des Trios und die verübten Banküberfälle, die auf Ablehnung stoßen: »[…] ein Deutsch Nationaler überfällt keine Banken, das hat er nicht nötig!«, zitiert zum Beispiel das »Netz gegen Nazis« die Aussage eines Neonazis. Mitleid mit den Opfern und ihren Angehörigen, ein Bedauern über die Morde? Fehlanzeige! Eher wird die Frage gestellt, warum »lediglich unbedeutende fremdvölkische Kleinunternehmer« (»Infoportal Dortmund«) ermordet wurden und nicht PolitikerInnen oder linke JournalistInnen.
Auf dem Blog des Chefredakteurs des rechtspopulistischen Magazins »compact«, Jürgen Elsässer, fragt ein Kommentator: »Wie wahrscheinlich ist es, dass zwei heimattreue Deutsche die Welt retten wollen, indem sie HEIMLICH 10 ausländische Kiosk-Händler und eine deutsche Polizistin umbringen? Schräge Typen gibt es ja, aber was möchten wir dem Trio (oder den beiden Verblichenen) an Zielen unterstellen? Wollten sie mit dem Morden immer weiter machen, bis Millionen Türken umgebracht sind? Oder hatten sie gedacht, allen türkischen Dönerbratern mit GEHEIMEN Aktionen einen Heidenschrecken einzujagen, so dass sie ihre Buden alle zugemacht hätten?«
Ähnliche Zweifel an den Zielen des NSU und die Verwunderung über fehlende Bekenntnisse zu den Taten finden sich auch in den bürgerlichen Medien. Dabei entspricht das Vorgehen des NSU durchaus Neonazi-Strategien, die zum Beispiel in den sogenannten »Turner Diaries« formuliert und von »Combat 18« (C18) aufgegriffen wurden. So propagiert C18 nicht nur »führerlosen Widerstand«, sondern auch ein Auftreten als »gesichtsloser Feind«: »Damit meine ich, dass es nicht einmal nötig ist sich dazu zu bekennen, welche Aktion du auch immer machst, der Aktivismus ist und sollte immer gesichtslos bleiben. Das ist bewiesenermaßen der erfolgreichste Weg, um Angst unter unseren Feinden zu verbreiten, und es ist der einzige Weg den Krieg zu gewinnen!«
Dass die Taten des NSU und ihre Ausführung in der Logik extrem rechter Ideologie und Strategie stehen, wird – insbesondere aus Kreisen der NPD – dementiert. Fast gebetsmühlenhaft behauptet die NPD, dass die Partei weder in der »Vergangenheit noch in der Zukunft Gewalt zur Durchsetzung der Ziele akzeptiert hat bzw. akzeptieren wird«. Die Parteiführung werde »ohne Ansehen der Person jeden ausschließen lassen, der gegen Programm oder Satzung verstößt bzw. durch ein sonstiges parteischädigendes Verhalten in Erscheinung tritt«.
Auch Per Lennart Aae, wissenschaftlicher Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, distanziert sich in der aktuellen Ausgabe von »Hier & Jetzt« vom NSU. Dabei rechnet er auch mit der subkulturell geprägten Neonaziszene ab: »Was auch immer diese dubiosen Gestalten auf dem Kerbholz hatten, im Interesse oder gar im Auftrag der nationalen Opposition haben sie nicht gemordet oder Banken ausgeraubt, sondern eher im Interesse der herrschenden politischen Klasse und womöglich gar im Auftrag der Inlandsgeheimdienste.« Der Verfassungsschutz habe einen »pseudorechten Sumpf systematisch aufgebaut« und aus »anfänglich naiven Jugendlichen potentielle Mörder« herangezüchtet. Allerdings sei deren »vermeintliche rechte Gesinnung« mit »Sicherheit nicht echt, das heißt von einer signifikanten politischen Strömung oder Bewegung wie etwa der NPD geprägt, vielmehr dürfte sie auf eine geheimdienstinspirierte und mit Agenten durchsetzte Subkultur zurückgehen, die sich bar jeden wirklichen politischen Bewusstseins alle abstrusen ›Neonazi‹-Schablonen der Medien zu eigen macht …«.
Im gleichen Heft von »Hier & Jetzt« stellt Arne Schimmer die These auf, die BRD sei kein »klassischer Rechtsstaat«, sondern befinde sich in einem »permanenten Ausnahmezustand« und Geheimdienste »als nicht in der Verfassung vorgesehene und außerhalb der Verfassung agierende Macht« würden das politische Geschehen »aus dem Hintergrund heraus wirksam steuern«. Schimmer sieht gar einen »handfest-institutionalisierten Bürgerkrieg«, der sich gegen die »zum Staatsfeind erhobene Rechte« richte. Er zieht dabei Parallelen zwischen dem »NSU-Phantom« und dem »RAF-Phantom«: So werde der wahre Ablauf der Ermordung des damaligen Generalbundesanwaltes Siegfried Buback durch die RAF durch eine »Konspiration« der Behörden bis heute vertuscht. Er habe den »durch zahllose Indizien erhärteten Verdacht«, dass Buback »am 7. April 1977 durch eine V-Frau des Verfassungsschutzes ermordet wurde«. Ähnlich argumentiert Elsässer. Am 16. August 2012 diskutierte er auf einer Veranstaltung seines Magazins »compact« mit Bommi Baumann, dem ehemaligen Mitglied der »Bewegung 2. Juni«, über den NSU und die RAF als staatlich gesteuerte »Geheimdienstzwillinge«. Die August-Ausgabe seines Magazins titelt reißerisch »Nazibraut war Agentin«.
Rolf Schlierer, Vorsitzender der Partei »Die Republikaner«, glaubt an einen »aus dem Ruder gelaufenen staatlichen Beschaffungsextremismus«. Es solle gezielt der Eindruck erweckt werden, »dass eigentlich alles, was als rechts bezeichnet wird, mit Nazis gleichzusetzen ist. Der subtile Meinungsterror der Gutmenschen und der Medien schüchtert damit jeden denkenden Mitbürger ein, bis dieser schweigt, um nicht auch noch mit den Nazi-Killern gleichgesetzt zu werden«.
In der Wochenzeitung »Junge Freiheit« äußert sich Kulturredakteur Thorsten Hinz ähnlich. Er spricht von einer »Transformierung zum antifaschistisch-multikulturalistischen Gesinnungsstaat«. Durch das im Zuge der öffentlichen Debatte über den Rechtsterrorismus wieder auf die Tagesordnung gesetzte Verbot der NPD sollen »vital wichtige Themenbereiche zu terroraffinen und damit politischen Todeszonen gemacht werden wie zum Beispiel das Existenzrecht und der – auch demographisch bedrohte – Bestand des deutschen Volkes«. Die NPD, so Hinz, »mag die falsche Partei sein, um deutsche Lebensinteressen zu vertreten, aber man kann ihr weiß Gott nicht vorwerfen, dass sie zu den wenigen deutschen Partei gehört, die sie unverblümt aussprechen« (sic).
Die extreme Rechte stilisiert sich als das eigentliche Opfer des Rechtsterrorismus. Dabei wähnt man sich so gefährlich für die Interessen der BRD, der USA und anderer »fremdländischer Mächte«, dass man glaubt, der Staat habe eine Konspiration in Gang gesetzt und mit dem NSU Menschen ermorden lassen, um jetzt denjenigen, die als einzige die »deutschen Lebensinteressen« verteidigen, den Garaus zu machen. Dabei zeigen sich weder die NPD noch die Neonazi-Szene angesichts der gesellschaftlichen Debatte über den Rechtsterrorismus und die zunehmenden Ermittlungen und Verbote besonders eingeschüchtert. Im Gegenteil: ExpertInnen beobachten eher Trotzreaktionen mit gesteigerter Aggressivität und einem selbstbewussten, offensiven Auftreten der Szene.

Der NSU und die Medien

Extrem rechte Gewalt und Neonazi-Aktivitäten sind ein mediales Konjunkturthema – eine altbekannte Weisheit. Seit dem Bekanntwerden des NSU-Terrors ist Kontinuität in die Berichterstattung eingezogen – dennoch wird nur ein Teil des Komplexes beleuchtet.

von Robert von Seeve

Eine bundesweite neonazistische Terrorserie, ein überregionales UnterstützerInnennetzwerk, diverse Geheimdienste mit dubioser Rolle: ein Stoff, der bereits mehrere Bücher gefüllt hat und noch viele weitere füllen kann. Und dann wären da noch die Opfer und deren Angehörige, diese erscheinen in der aktuellen Berichterstattung einmal mehr unter »ferner liefen«. Zwar wird in Medien immer wieder beklagt, dass den vom NSU-Terror Betroffenen durch falsche Verdächtigungen und die Bezeichnung »Döner-Morde« Unrecht angetan wurde, konkrete Schlüsse werden daraus aber kaum gezogen. So kommen VertreterInnen der Opfer, wenn überhaupt, medial stets nur am Rande zu Wort. Selbst bei der offiziellen Trauerfeier für die NSU-Opfer in Berlin wurde ausgerechnet Heinz Buschkowsky im Fernsehen als Gesprächspartner aufgeboten, obgleich dieser zu den Themen rassistische Stigmatisierung und Rechtsterrorismus bislang nicht durch Fachwissen aufgefallen war. Möglicherweise wird die Opferperspektive bei dem anstehenden NSU-Prozess im kommenden Jahr stärker berücksichtigt, immerhin treten zahlreiche Angehörige als NebenklägerInnen auf.

Derzeit konzentriert sich die Berichterstattung aber auf die Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse, deren Mitglieder mittlerweile ein Image von modernen Don Quijotes im Kampf gegen die Windmühlen des Geheimdienstes erlangt haben. Den Ausschüssen ist es tatsächlich mit zu verdanken, dass die mediale Aufmerksamkeit relativ hoch bleibt. Detailliert ist die Berichterstattung dennoch zumeist nicht, eher werden die kurzen und somit fernseh- und hörfunkgerechten Statements der Obleute außerhalb des Sitzungssaals transportiert. Die Sitzungen der Ausschüsse selbst dauern zumeist viele Stunden, ziehen sich oft bis in die späten Abendstunden; es kostet also Zeit, Fachwissen und Ausdauer, um die Aussagen der ZeugInnen einordnen und wiedergeben zu können. Zeit, Fachwissen und Ausdauer – das sind aber exakt die Dinge, die in vielen Redaktionen fehlen. Besonders im Nachrichtengeschäft lassen sich die komplizierten und kleinteiligen ZeugInnenvernehmungen kaum in die vorgegebenen Formate pressen. Nachrichtenminuten in Radios oder kurze Filme sind eben nicht geeignet, um komplexe Sachverhalte zu erklären, sondern können zumeist lediglich frontal Informationen und Statements transportieren.

Stark ist die Berichterstattung in den Medien, die auch zuvor schon FachjournalistInnen in ihren Reihen hatten. Die »tageszeitung« oder »Der Spiegel« treiben die Aufarbeitung rund um die Skandale in den Geheimdiensten voran, aber auch »Die Welt« oder »Der Focus« thematisieren die Vorgänge immer wieder – und zitieren ebenfalls aus geheimen Akten. Allerdings zeigt sich hier auch ein Dilemma bei der Berichterstattung: Nachdem die Sicherheitsbehörden jahrelang versagt haben, werden nun wiederum Ermittlungsergebnisse ausgebreitet, deren Zustandekommen niemand nachvollziehen kann. Aus welchen Motiven Dokumente wann an JournalistInnen weitergegeben werden, bleibt aus Gründen des Quellenschutzes ebenfalls im Dunkeln. Diese Berichterstattung hat bereits viele Erkenntnisse ans Tageslicht gebracht – ob es sich dabei aber auch um gezielt gestreute Informationen handelt, lässt sich nicht überprüfen.

Die Erkenntnis, dass beispielsweise der Verfassungsschutz ein Akteur ist, der nicht einfach nur für alle das Beste will, sondern um seine Macht kämpft, hat sich indes bei vielen JournalistInnen noch lange nicht durchgesetzt. Das zeigte sich beispielhaft im Oktober, als der Geheimdienst zahlreiche MedienvertreterInnen zu einem Hintergrundgespräch bat, um die eigene Sicht der Dinge in Sachen V-Leute und angebliche Gefahren durch die Aufarbeitung in den parlamentarischen Ausschüssen optimal in die Öffentlichkeit tragen zu lassen. Dies funktionierte einmal mehr erstaunlich gut, trotz der zahlreichen Skandale in den vorherigen Monaten: Die Behauptungen der Verfassungsschützer, sie würden zum Beispiel nur Neonazis als V-Leute anwerben, die sich nicht in den Vordergrund spielten und eher Mitläufer sowie charakterlich gefestigt seien, wurden in den großen Medien verbreitet – obgleich ein Blick auf bekannte enttarnte V-Leute wie Tino Brandt, Wolfgang Frenz oder Thomas Dienel gereicht hätte, um die Aussage der Verfassungsschützer als wenig glaubwürdig einstufen zu können. Auch hier dominiert die Oberflächlichkeit der tagesaktuellen Nachrichtenmeldungen die öffentliche Wahrnehmung.

Was die Berichterstattung weiterhin erschwert, ist die Komplexität der Materie: Es gibt keine zentrale These. Kleinster gemeinsamer Nenner ist bislang die »Pannen«-Serie bei Polizei und Verfassungsschutz. Der Begriff Panne ist aber eben keinesfalls eine treffende Umschreibung für Vorgänge, die Ausmaße eines Staates im Staat aufweisen, sondern eine Verniedlichung. Das Versagen, das Wegschauen, die Kooperationen mit militanten Neonazis, werden zu einem Versagen auf individueller Ebene – strukturelle, sehr grundlegende Probleme bei der Arbeit und Ausrichtung von Polizei und Geheimdiensten werden so ausgeblendet.



Süleyman Tasköprü wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg, also nur 14 Tage nach dem zweiten Mord in Nürnberg, erschossen. Sein Vater fand ihn im Lebensmittelladen der Familie im Stadtteil Bahrenfeld.

Viele ZuschauerInnen und LeserInnen dürften längst den Überblick verloren haben, wie der Stand in Sachen NSU-Aufarbeitung ist. Umso wichtiger ist es, dass möglichst viele Journalisten und Journalistinnen weiterhin an dem Thema »dranbleiben«.

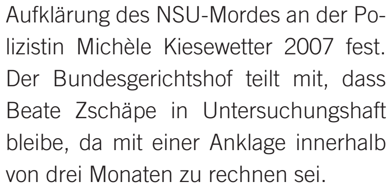
Bei der Aufarbeitung der Skandale rund um die Geheimdienste darf deren Ursache aber nicht vergessen werden: Alltagsrassismus. Eine große mediale Debatte über das Problem blieb bislang aus – und ist auch nicht in Sicht.

Eine Chronik des NSU – VI

von Ernst Kovahl

11. September 2012: Thüringens früherer Innenminister Richard Dewes (SPD) sagt im NSU-UA des Thüringer Landtages aus: »Wir sind […] nicht davon ausgegangen, dass rechter Terrorismus real droht.« Es wird bekannt, dass der »Militärische Abschirmdienst« (MAD) 1995 Uwe Mundlos als Spitzel anwerben wollte. 2002 hatte der Dienst gegenüber dem Thüringer Landeskriminalamt (LKA) behauptet, keine Erkenntnis zu haben.

13. September: Der Chef des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt Volker Limburg tritt zurück. In dem Amt war eine angeblich verschwundene Kopie einer MAD-Akte aufgetaucht, in der es um Mundlos geht, der während des Wehrdienstes durch neonazistische Aktivitäten auffiel. Der Untersuchungsausschuss (UA) des Bundestages stellt Fehler bei der Aufklärung des NSU-Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 fest. Der Bundesgerichtshof teilt mit, dass Beate Zschäpe in Untersuchungshaft bleibe, da mit einer Anklage innerhalb von drei Monaten zu rechnen sei.





13. September: Der zeitweilige Partner von Zschäpe und das »Blood & Honour«-Mitglied Thomas Starke aus Sachsen wurde vom LKA Berlin im Umfeld der NSU-Mitglieder als Spitzel geführt. Er gilt als einer der NSU-Beschuldigten, da er in den 1990er Jahren 1,1 Kilo Sprengstoff besorgte und bei der Flucht half. Die Unterstützung gesteht er im Interview mit der »Welt am Sonntag« (23.09.2012). Er lieferte dem LKA mehrfach Hinweise auf den Aufenthaltsort der Abgetauchten, sie wurden nicht verfolgt. Auch die UA wurden nicht informiert.

17. September: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisiert die NSU-Aufklärung, sie laufe »an etlichen Stellen nicht so, wie wir es für richtig halten«. Eine Kommission solle Reformvorschläge für die Sicherheitsarchitektur entwickeln.

18. September: Der Neonazi Thomas R. (»Corelli«) aus Sachsen-Anhalt war V-Mann des BfV. Er hatte Kontakt zu den späteren NSU-Mitgliedern und gewährte ihnen auf der Flucht Unterkunft. Sein Name stand auf einer Telefonliste, die 1998 bei Mundlos beschlagnahmt wurde. Thomas R. betrieb Neonazi-Websites, war Herausgeber der Zeitung »Nationaler Beobachter« und bei B&H aktiv.

19. September: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) startet die zentrale »Rechtsextremisten-Datei«, auf die 36 Sicherheitsbehörden zugreifen.

22. September: Der MDR veröffentlicht Fotos von einer Kreuzverbrennung im Stil des »Ku-Klux-Klans« (KKK), die 1996 bei Jena stattfand. Mit dabei unter anderen Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben.

24. September: In Dortmund wird in der Malinckrodtstraße ein Gedenkstein für den am 4. April 2006 vom NSU ermordeten Mehmet Kubasık eingeweiht.

26. September: Ein Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft sagt, er könne sich aus dem NPD-Verbotsverfahren an einen V-Mann erinnern, der unter den NSU-Beschuldigten sei.

27. September: Der UA des Bundestages kritisiert die Ermittlungen gegen die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter. Eine Spur zur Tatwaffe sei nicht verfolgt worden, stattdessen hätte sich die Polizei auf türkische Waffenkäufer konzentriert.

Berlins Innensenator Dirk Henkel (CDU) hat Oberstaatsanwalt Dirk Feuerberg als Sonderermittler eingesetzt, um zu klären, ob die Berliner Behörden mit den Informationen ihres Spitzels Thomas Starke die NSU-Mitglieder hätten finden können.

28. September: Thüringen hat dem UA des Bundestags 778 Ordner mit ungeschwärzten Akten des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) geschickt. Das Land will weitere Akten liefern. Um die Übergabe der Akten zu verhindern, hätten mehrere Bundesländer versucht, die LKWs zu stoppen.

2. Oktober: In der »taz« berichten zwei Männer, wie sie am 31. Dezember 1996 am Bahnhof Erfurt von Neonazis beschossen wurden, es sollen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gewesen sein.

4. Oktober: Der ehemalige Chef des TLfV Helmut Roewer stellt sein Buch »Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands« vor, das im extrem rechten »Ares Verlag« erscheint.

9. Oktober: Medien berichten, der mutmaßliche NSU-Unterstützer Wohlleben sei aus dem Thüringer Gefängnis Gräfentonna nach München verlegt worden.

11. Oktober: In der »tageszeitung« bestätigt Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU), der Transport von ungeschwärzten Akten für den UA des Bundestages sollte verhindert werden. Medien berichten, der Minister habe sich gesorgt, dass »interessante Bestandteile« »verschwinden« könnten, wenn MitarbeiterInnen des TLfV die Akten bearbeiten, daher hätten PolizistInnen die Unterlagen kopiert. Das BKA rechnet 100 Personen dem »engeren und weiteren Umfeld« des NSU zu.

13. Oktober: Bis 2010 fahndete der Sächsische Geheimdienst unter anderem mit Abhörmaßnahmen nach den Mitgliedern des NSU, somit länger als bisher bekannt.

15. Oktober: Daniel »Gigi« Giese wird vor dem Amtsgericht Meppen aufgrund seines Songs »Döner Killer« (s. drr Nr. 134) wegen Volksverhetzung und Billigung von Straftaten zu sieben Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 600,- Euro verurteilt. Seine Anwältin kündigte an, Rechtsmittel einzulegen.

16. Oktober: Der ehemals führende Neonazi Kai Dalek wird als V-Mann Bayerns geoutet. Der Spitzel findet sich auch auf der 1998 beschlagnahmten Adressliste von Mundlos. Dalek unterhielt enge Kontakte zur »Anti-Antifa-Ostthüringen« und war am Aufbau von Neonazi-Strukturen in Thüringen beteiligt. Er nahm an Treffen mit den späteren NSU-Mitgliedern teil.

17. Oktober: Das BfV hat laut Bundesinnenministerium nach dem Auffliegen des NSU 310 Akten geschreddert. Ein Teil der Akten enthielt Informationen zum Umfeld des NSU.

18. Oktober: Ein V-Mann des Geheimdienstes von Baden-Württemberg hat laut »Tagesspiegel« den KKK aufgebaut. In der Gruppe waren auch zwei Kollegen der vom NSU ermordeten Polizistin Kiesewetter. Ein Beamter des Geheimdienstes steht im Verdacht, den Chef des KKK vor Überwachung gewarnt zu haben.

20. Oktober: Das BKA sucht 110 abgetauchte Neonazis.

Aufklärung im Bundestag?

Über die Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärung im Untersuchungsausschuss des Bundestages zum NSU und dem Handeln der Bundesbehörden.

von Gerd Wiegel

Seit dem Frühjahr 2012 schafft es der Untersuchungsausschuss (UA) des Bundestages zur Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) in fast jeder Sitzungswoche in die Schlagzeilen der Medien. Nicht allein die vom Ausschuss zutage geförderten Erkenntnisse über Pannen und Versagen der Sicherheitsbehörden im Fall des NSU sind dafür verantwortlich, sondern auch die über den Ausschuss publik werdenden Vertuschungsversuche von Ministerien und Behörden. Das Schreddern von Akten des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) zum Umfeld des NSU nach dem Auffliegen des NSU-Trios im November 2011 heizte die Debatte um die Verstrickung der Dienste genauso an, wie die lange geleugnete und plötzlich aufgetauchte Akte des »Militärischen Abschirmdienstes« (MAD) zu dem späteren NSU-Mitglied Uwe Mundlos oder die Tätigkeit des Neonazis und NSU-Helfers Thomas Starke als V-Mann des Berliner Landeskriminalamtes.

Konsequenzen?

Die Aufdeckungen verschaffen dem Ausschuss Öffentlichkeit und Renommee – Pluspunkte, die er nun nutzen könnte, wenn es um Konsequenzen aus den ZeugInnenbefragungen, den hunderttausenden von Aktenseiten, den Kenntnissen über das ausufernde V-Leute-System, der Blindheit der Sicherheitsbehörden beim Thema Rassismus oder den Fehleinschätzungen zur extremen Rechten geht. Wie und ob der Ausschuss aus seinen Erkenntnissen auch Empfehlungen entwickelt, die eine andere Auseinandersetzung mit Rassismus und der extremen Rechten zur Folge haben, ist offen. Denn ein Vorteil der bisherigen Arbeit könnte sich dann als Problem erweisen: Der Ausschuss ist frei von parteipolitischem Gezänk. Von der CDU/CSU bis hin zur LINKEN eint alle Fraktionen ein wirkliches Interesse an Aufklärung. Für die Befragungen der ZeugInnen und das geschlossene Auftreten gegenüber den Ministerien ist dies von großer Bedeutung. Immerhin konnte die Logik der Geheimhaltung, wie sie Regierung und Diensten zu eigen ist, mehrfach durchbrochen werden – auch gegen massiven Widerstand. Dennoch werden die Schlussfolgerungen, welche die Parteien aus dem Ausschuss ableiten werden, gegensätzlich sein. Die Positionen werden von der Abschaffung des »Verfassungsschutzes« bis zur Stärkung des BfV reichen.

Zwar wird inzwischen über eine völlige Neustrukturierung des »Verfassungsschutzes« gesprochen, dessen Abschaffung wird aber nur von der Parte DIE LINKE gefordert. Am Ende könnte das Bundesamt als Gewinner aus der Neustrukturierung hervorgehen und zur Belohnung für sein Versagen mit einem Kompetenzzuwachs ausgestattet werden. Auch das Bundeskriminalamt macht sich Hoffnungen auf Kompetenzerweiterung. Seine Rolle beim NSU-Fall ist aber nicht dazu angetan, darin einen Fortschritt zu sehen. Schließlich bleibt es fraglich, welche Konsequenzen aus dem strukturellen Rassismus erwachsen, den der Umgang mit der Mordserie offenbarte. Hierzu hat der UA bisher nur Barbara John (CDU) als Vertreterin der Hinterbliebenen und der Opfer gehört.

Grenzen

Theoretisch bietet der UA die Möglichkeit, weitreichende Veränderungen auf den Weg zu bringen: Wenn schon nicht die Abschaffung, so müsste zumindest eine komplette Neuregelung des V-Leute-Unwesens eine Konsequenz der Befragungen von ZeugInnen sein. Sollte sich nicht noch – wofür es bis heute keine konkreten Belege gibt – eine tatsächliche Verbindung der Dienste zum Kern des NSU nachweisen lassen, dann bleibt die Frage, welchen Nutzen die vollständige Durchsetzung der Szene (Stichwort »Operation Rennsteig«) mit V-Leuten hat, wenn die entscheidenden Informationen doch nicht geliefert werden. Bei Gewalttaten gegen Menschen mit realem oder vermeintlichem Migrationshintergrund muss die Frage nach einer rassistischen Motivation für die Tat zukünftig obligatorisch in die Ermittlungen eingehen. Der stereotype und von Rassismen gekennzeichnete Blick von Ermittlungsbehörden muss durch strukturelle und inhaltliche Veränderungen in der Arbeit aufgebrochen werden. Zivilgesellschaftliche Formen der Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und der extremen Rechten müssen langfristig finanziert und ausgebaut werden. Viele weitere Forderungen müssen hinzukommen und mit dem nötigen öffentlichen Druck artikuliert werden. Hieran mangelt es zurzeit. Der UA könnte dank seiner noch guten Reputation dazu beitragen, den Forderungen Gehör zu verschaffen. »Könnte«, denn bisher ist keine der Forderungen dort gemeinsam formuliert worden. Die Befragungen der ZeugInnen im UA werden mindestens noch bis Ostern 2013 weitergehen. Erst dann wird ein Abschlussbericht, verbunden mit politischen Folgerungen, vorgelegt. Der gemeinsame Nenner aller Fraktionen wird hier, jedenfalls im Sinne radikaler Veränderungen, entsprechend klein sein. Natürlich können DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen und in Teilen die SPD ihre weitergehenden Forderungen in Sondervoten zu Papier bringen. Doch große Chancen auf Umsetzung werden sie dann nicht mehr haben. Was nach der Bundestagswahl 2013 sein wird, ist völlig offen.



An dieser vierspurigen Straße im Münchner Stadtteil Ramersdorf ermordeten die Nazis am 29. August 2001 Habil Kilic in seinem Gemüsegeschäft. An dieser viel befahrenen Straße befindet sich auch heute noch in unmittelbarer Nähe eine Polizeiwache.

Chancen

Um die Chancen, die der Ausschuss bietet, nicht zu vergeben, wäre es wichtig, dass vernehmbare, von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Gruppen getragene Forderungen an den Ausschuss und an die Politik herangetragen werden. Mit dem Jahrestag der Aufdeckung des NSU und mit dem absehbaren Beginn des Prozesses gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe ist die Zeit gekommen, solche Forderungen hör- und sichtbar in die Öffentlichkeit zu tragen.

»Davon hab ich nur in der Zeitung gehört«

Auch in Bayern untersucht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Verbrechen des »Nationalsozialistischen Untergrunds«. Fünf Morde der Gruppe geschahen hier. Im Oktober 2012 wurden die ersten Zeugen vernommen.

von Robert Andreasch

Am 8. Oktober 2012 werden zum ersten Mal im parlamentarischen Untersuchungsausschuss (UA) »Rechtsterrorismus in Bayern – NSU« Zeugen vernommen. Einer der Geladenen ist Norbert Wingerter, er leitete bis 1998 die Abteilung Beschaffung und Auswertung im »Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz«. Der Vorsitzende des Ausschusses, Franz Schindler (SPD), fragt ihn nach der »Operation Rennsteig«, bei der das bayerische und das thüringische »Landesamt für Verfassungsschutz« (LfV) sowie das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) zusammen mit dem »Militärischen Abschirmdienst« (MAD) über Spitzel-Einsätze im »Thüringer Heimatschutz« (THS) berieten. »Davon hab ich jetzt nur in der Zeitung gehört«, antwortet Wingerter. Ob ihm der Name Tino Brandt etwas sage? »Ich kann mich nicht erinnern«, lautet die Antwort. Ähnlich unmotiviert und wenig ergiebig verläuft auch die Vernehmung Gerhard Forsters, von 1994 bis 2001 Präsident des Bayerischen LfV. Wie viele MitarbeiterInnen die »Abteilung Rechtsextremismus« gehabt habe? Das dürfe er nicht beantworten, die Zahl sei geheim.



Thüringer Problem?

In Bayern ermordeten Mitglieder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) in den Jahren 2001 bis 2005 fünf Menschen, weitere 78 mögliche Tatorte sollen zum Teil schon akribisch vorbereitet gewesen sein. Das terroristische Netzwerk war eng mit der bayerischen Neonazi-Szene verwoben. Entgegen den bekannten Fakten behauptet Forster, es habe sich »um eine konspirative, kleine Zelle gehandelt«, an »der wir nicht dran waren«. Und: »Wir überwachen ja nicht jeden Extremisten rund um die Uhr«. Nicht weiter schlimm also? Das bayerische LfV, die bayerische Polizei und das Innenministerium sind in der Öffentlichkeit bisher auffällig wenig Kritik ausgesetzt. Personelle Konsequenzen gab es bislang keine. Das Problem NSU, so scheint es, hat die Staatsregierung erfolgreich als reines »Thüringer Problem« ausgelagert.

Die Landtagsfraktionen von SPD, »Bündnis 90/Die Grünen« und »Freie Wähler« haben jedoch im Juni 2012 einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in den Landtag eingebracht, der einstimmig beschlossen wurde. Sinn und Zweck ist die »Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens bayerischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträger/innen«. Der zu untersuchende Zeitraum beginnt bereits 1994, als Uwe Mundlos, Hendrik L. und andere an einer Neonazi-Party bei Oberau teilnahmen. Damit ist die zu behandelnde Zeitspanne weiter gefasst als bei den bisher im Bund, in Sachsen und Thüringen eingerichteten Ausschüssen.

Verharmlosung

Der im Vorhinein erstellte Fragenkatalog enthält eine Menge Fragen zu den Mordanschlägen und den Aktivitäten der Behörden. Allerdings sind im Herbst 2013 bereits die nächsten Landtagswahlen. Im UA, der an die laufende Legislaturperiode gekoppelt ist, muss daher im Frühsommer 2013 bereits der Abschlussbericht geschrieben werden: ein viel zu enger Zeitrahmen für eine gründliche Untersuchung, auch angesichts neuer Enthüllungen und sich daraus neu ergebender Fragen. Viel, allzu viel, wäre aufzuklären. Wieso haben die Behörden die Gefahr durch neonazistische Militanz verharmlost oder abgestritten? Im bayerischen VS-Bericht 1999 heißt es beispielsweise unter der Überschrift »Keine rechtsterroristischen Strukturen in Deutschland«: »Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Terroranschlägen liegen nicht vor. Auch eine Strategiedebatte über eine gewaltsame Beseitigung des politischen und gesellschaftlichen Systems in Deutschland findet im rechtsextremistischen Lager nicht statt«. Zu dem Zeitpunkt hatte nicht zuletzt das »Blood & Honour«-Netzwerk (B&H) bereits jahrelang militante Konzepte und »Leaderless Resistance« propagiert. Auch B&H und dessen bedeutende Sektionen »Franken« und »Bayern« sind vor dem B&H-Verbot durch das Bundesinnenministerium im Jahr 2000 in den bayerischen Verfassungsschutzberichten nie erwähnt worden. Gleiches gilt für den professionellen Zeitbombenanschlag auf das Haus der Familie des Vorsitzenden der »Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg« im Jahr 2000.

Rassismus

Vergleichsweise kurz thematisiert wird im Fragenkatalog des UA der Umgang der Behörden mit den Familien und Angehörigen der Opfer, auch an eine offensive Thematisierung der Auswirkungen von Rassismus dachte niemand. In Bayern, wo die in der bundesweiten Mordserie ermittelnde Sonderkommission ihren Sitz hatte und ihren rassistischen Namen »BAO Bosporus« bekam, entwickelte die Polizei bizarre Ermittlungsmethoden und betrieb Dönerbuden und ein Journalistenbüro, um eine angebliche Verwicklung der Mordopfer in mafiöse Verstrickungen belegen zu können.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Schindler, übte vor der ersten Zeugenvernehmung in einem Interview mit der Tageszeitung »taz« deutliche Kritik: »Es spricht viel dafür, dass der bayerische Verfassungsschutz rechtsextreme Bestrebungen und deren durchaus aktive Verbindungen in andere Bundesländer einfach nicht sehr ernst genommen hat. Stattdessen beobachtet man bis heute lieber zivilgesellschaftliche, linke Initiativen, die gute Arbeit leisten«. Die Vertreter der CSU brachten diese Aussage Schindlers als Vorhalt in die erste Befragung ein. Zeuge Forster, der ehemalige Präsident des LfV reagierte beleidigt: »Dieses Zitat, das tut meinen Mitarbeitern weh, das haben sie nicht verdient.«

Thüringer Erbschaft

Thüringen ließ in den 1990er Jahren Neonazis gewähren und verharmloste Nazigewalt. Eindrücke und Fragen aus dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss.

von Martina Renner

Den Untersuchungsausschuss (UA) im Thüringer Landtag zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und dem »Versagen« der Behörden treiben ebenso wie die interessierte Öffentlichkeit und AntifaschistInnen zwei Fragen um: Wie viel Staat steckt im NSU? Und: Können die Verantwortlichen aus Politik und Amtsstuben zur Rechenschaft gezogen werden?

Als der UA im Februar 2012 seine Arbeit aufnahm, verständigten sich die Abgeordneten – teils nur zähneknirschend – darauf, mit der Aufarbeitung der Nazi-Szene bereits in den 1990er Jahren zu beginnen. Dagegen argumentierte insbesondere die SPD: Wir brauchen doch keine Geschichtsstunde! Aber der Verlauf der Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen, die Auswertung der Unterlagen aus den Behörden und die öffentliche Diskussion um die frühere Thüringer Sicherheitspolitik unter CDU und SPD gaben diesem Vorgehen recht. »Sie kamen von hier!«, so brachte es der Tagungstitel zum NSU Anfang Oktober 2012 in Jena auf den Punkt. Denn in Thüringen fanden militante Neonazistrukturen beste Bedingungen. Kameradschaftsführer und Frontmänner der »Anti-Antifa« aus den alten Bundesländern, wie zum Beispiel Michael Petri, Michael Kühnen, Christian Worch oder Kai Dalek gaben sich hier die Klinke in die Hand. Sie trafen auf ein gewachsenes, extrem rassistisches Skinhead-Milieu, das darauf wartete, organisiert zu werden. Unter den braunen Aufbauhelfern war mehr als nur ein Spitzel eines Geheimdienstes. Auch ist davon auszugehen, dass neben Dalek mindestens ein weiterer Westimport im Sold eines Dienstes stand.

Aufbauarbeit

Gleichzeitig baute das »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) mit Tino Brandt die »Anti-Antifa Ostthüringen« und später den »Thüringer Heimatschutz« (THS) als Zusammenschluss der bis dahin nur lose verbundenen »Kameradschaften« auf. Die Geheimdienste, ob aus Köln, München oder Erfurt, waren nicht nur in den Aufbau der Strukturen in Thüringen direkt involviert, sie förderten auch den Zusammenschluss zu einer landesweiten neonazistischen Struktur und führten über Jahre mit ihrer Quelle Brandt den THS an der langen Leine. Die Unterstützung durch die Spitzel-Zentralen ging noch weiter. Die Dienste übergaben Geld, Computer, Handys oder Autos. Rechnungen für Kfz-Versicherungen, Reifen, Nazi-Anwälte und Auslandsreisen wurden übernommen. Der Spitzel war dank der Dienste gut vernetzt, hatte technische Kenntnisse und Mittel zur klandestinen Kommunikation und war mobil. Seine bundesweite Bedeutung konnte wachsen.

Geheimdienst vs. Polizei

Die Polizei war – regional unterschiedlich – alarmiert und versuchte zum Teil entschlossen gegen die Neonazis vorzugehen. Doch sie bekam die Sabotage aus dem TLfV zu spüren. Mitte der 1990er Jahren nahmen schwere Gewalttaten von Neonazis, Angriffe auf Gedenkstätten sowie Attacken auf AntifaschistInnen, nicht-rechte Jugendliche und MigrantInnen zu. Gleichzeitig tauchten bei Neonazis vermehrt Waffen auf, Wehrsportübungen und Anschläge mit Bombenattrappen und Briefbomben wurden registriert. Mittendrin die V-Leute. So pachtete Brandt unter den Augen des Staates in Kahla ein Grundstück zum Abhalten paramilitärischer Übungen. Angesichts der Dimension rechter Gewalt und der Neonazistrukturen, die darauf gerichtet waren, der braunen Ideologie durch Straftaten politische Macht zu verleihen, setzte die Polizei auch auf Strukturermittlungsverfahren nach §129. Doch viele BeamtInnen beschlich das Gefühl, dass die Neonazis durch Warnung oder Einflussnahme der Verfolgung entzogen wurden, so die Aussagen von BeamtInnen im UA. GeheimdienstlerInnen gingen in Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften ein und aus und besorgten sich Übersichten zu anstehenden Verfahren und Ermittlungen gegen ihre Schützlinge. So verliefen zum Beispiel alle 35 Verfahren gegen Brandt im Sande, die Strukturermittlungsverfahren wurden eingestellt, die extra im Landeskriminalamt gegründeten Sonderkommissionen »Rex« und »Rege« (»Rechte Gewalt«) wurden abgewickelt.

Warum?

Reichte der Arm der Geheimdienste bis in Polizei und Justiz? Oder gab jemand auf politischer oder behördlicher Leitungsebene grünes Licht? War der scharfe Antikommunismus vieler Leitungsbeamter in den Ministerien - gewachsen in deren politisch-biografischem Vorleben in den Kreisen von Stahlhelmfraktion, Burschenschaften und »Kalten Kriegern« - so ausgeprägt, dass man nicht nur Linke zum Feind stilisierte, sondern mit einem lachenden Auge zusah, wenn Neonazis den militanten Kampf



Mehmet Turgut wurde am 25. Februar 2004 in Rostock ermordet. Am Ende einer antifaschistischen Gedenkveranstaltung im Stadtteil Toitenwinkel im Frühjahr 2012 versuchten Nazis diese anzugreifen. Vorher sprühten sie am Tatort »DÖNER MORD HA HA«.

gegen alles vermeintlich Andere und Progressive führten? Und was ist mit der Politik? Ist es nur ein zeitlicher Zufall oder mehr, dass in den Jahren des Aufbaus militanter Neonazi-Strukturen, aus denen der NSU erwuchs, in Thüringen organisierte Hetze gegen die PDS, kritische GewerkschafterInnen, Kirchenleute und JournalistInnen losgetreten wurde? Zwei Aufgaben ergeben sich daraus für die Aufklärung: Neben der Aufarbeitung müssen Konsequenzen formuliert und trotz der regionalen Betrachtung auch die dahinter liegenden Strukturen im Blick behalten werden. Denn das, was in Thüringen an Aufbau neonazistischer und bewaffneter Gruppen und Unterstützung aus den Behörden zu verzeichnen ist, muss als Teil einer sich gleichzeitig vollziehenden bundesweiten Entwicklung verstanden werden, an deren Ende sicher nicht nur eine braune Zelle im Untergrund stand.

Unschuld vom Amt

Thüringens früherer Geheimdienstchef Helmut Roewer rechnet ab. Sein Buch »Nur für den Dienstgebrauch« aus dem extrem rechten »Ares Verlag« ist eine fragwürdige Verteidigungsschrift. Schuld an den Pannen und Skandalen seines Amtes seien viele, nur nicht er.

Von Ernst Kovahl

Durch sein exzentrisches Auftreten, inszenierte Erinnerungslücken und zur Schau getragene Arroganz wurde der frühere Chef des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV), Helmut Roewer, zu einem Medienliebling der besonderen Art. Der Unterhaltungswert seiner Auftritte vor dem Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) war hoch, der Erkenntnisgewinn zur Sache tendierte allerdings gegen Null.



Einen Einblick in die eigenwillige Gedankenwelt des früheren Geheimdienstchefs (1994 – 2000) bietet sein Buch »Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands«. Am 4. Oktober 2012 präsentierte er das Buch aus dem extrem rechten »Ares Verlag« im Haus der Bundespressekonferenz. Auf 280 Seiten schreibt Roewer eine Verteidigungsschrift gegen Vorwürfe, die nach dem Auffliegen des NSU und der erfolglosen Fahndung auch auf ihn einprasselten. Doch er dürfte sich damit einen Bärendienst erwiesen haben. Denn es bestätigt das Bild des skurrilen Sonderlings. Außerdem referiert Roewer im Buch Vorgänge, an die er sich kurz zuvor im Untersuchungsausschuss angeblich nicht erinnern konnte.



Roewers Abrechnung

Kern des Buches ist nicht die Auseinandersetzung mit dem NSU oder dem Erstarken der Neonazi-Szene in den 1990er Jahren. Im Mittelpunkt steht eine Abrechnung mit der Politik, Innenministern und Staatssekretären, den Sicherheitsbehörden und früheren MitarbeiterInnen im TLfV. Die Zusammenfassung seiner Darstellung: Außer ihm waren alle Beteiligten unfähig, faul oder dumm. Grund für seine Absetzung waren nicht eigene Fehler, sondern »parteipolitische Gründe«, glaubt Roewer. Das Verhältnis zum 1999 neu berufenen Innenminister Christian Köckert (CDU) war gespannt. »Ein Minister, der von Tuten und Blasen keine Ahnung hatte« sowie »die CDU-Betriebskampfgruppe« im Amt, die ihn loswerden wollte, so beschreibt Roewer seine letzten Monate im TLfV. Seitdem kämpft Roewer gegen die CDU. Sie habe das TLfV als »Schild und Schwert der Partei« betrachtet. Es habe immer wieder »ungesetzliche Einflußnahme der Politik« gegeben. Die Partei habe das TLfV gegen politische GegnerInnen instrumentalisiert und versucht, den Dienst »illegal« in den Wahlkampf einzubeziehen. Spuren wegen Geheimnisverrat in der Polizei, wegen Korruption und wegen »fortwirkenden Strukturen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit« hätten in Richtung CDU geführt. Roewers Fazit: »Thüringen, ein Rechtsstaat? Erlaubt ist, was den Unionsfreunden nützlich ist.«

Nazis

In Sachen NSU bleibt Roewer wortkarg. Bereits 1997 habe er angewiesen, die Jenaer Nazi- und RechtsRock-Szene in den Blick zu nehmen, auch mit V-Leuten und Observationen. Später habe sein Amt in Erfahrung gebracht, dass mit Sprengstoff experimentiert werde. Die späteren Mitglieder des NSU Uwe Böhnhard, Uwe Mundlos und Beate »Tschäpe« (sic!) gerieten in den Fokus. Schnell sei Roewer klar geworden, dass die Zeit »reif für ein polizeiliches Abräumen« dieser Szene sei. Auch in der Folge sei das TLfV angeblich »nur Millimeter davon entfernt« gewesen, »das Spiel zu beenden« – gemeint ist das Abtauchen der späteren NSU-Mitglieder. Doch nach seiner Entlassung »hörte diese Jagd« auf, so Roewer. Polizei und Staatsanwaltschaft seien für die verpatzte Razzien 1998 verantwortlich, das TLfV habe die notwendigen Informationen geliefert. Doch auch Roewer weiß keine Antwort auf die offenen Fragen: »Was sich in der Wirklichkeit abspielt, bleibt rätselhaft.« Er vermutet ein Informationsleck in der Polizei.

1999 will er mit dem neuen Innenminister mit einem »plötzlichen Schlag« noch einmal gegen Rechts in die Offensive gehen. »Diesen Mob kann man bis zur Funktionsunfähigkeit treffen, nämlich durch ein Vereinsverbot des Thüringer Heimatschutzes, das von einer schlagartigen Polizeiaktion begleitet wird.« Ein Verbot der Gruppe und intensive Fahndung nach den drei Abgetauchten sollten folgen. Doch aus dem Innenministerium gab es keine Unterstützung. Schuld am falschen Vorgehen gegen Rechts, so Roewer, seien immer Polizei und Ministerium gewesen.

Fazit

Man muss Roewers Buch mit Vorsicht lesen. Tarnen, täuschen und tricksen – das ist das Handwerkszeug jedes Geheimdienstlers. Schon zu seiner Amtszeit stand Roewer unter heftiger Kritik. Bis heute sieht er sich als Opfer von Medien und Politik. Klagen wurden gegen ihn geführt, er musste vor zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Für die Verantwortlichen in den Behörden und der Politik war er ein billiger Buhmann, um von eigenen Fehlern abzulenken – die Vorlagen lieferte Roewer gern frei Haus. So dürfte er sich über die Jahre eine eigenwillige bis falsche Deutung der Realität zurecht gelegt haben. Dennoch bietet sein Buch Hinweise aus dem Inneren der Macht. Roewer skizziert ein Milieu von konservativen, selbstgerechten, unfähigen und offenbar korrupten – zumeist männlichen – Beamten und Politikern aus Ost und West, die sich die Ämter und Institutionen eines Bundeslandes unter den Nagel gerissen haben – »ein Eldorado für Parteibuchschnäppchenjäger«, so Roewer. Ausrangierte Beamte nutzten hier seit den frühen 1990er Jahren ihre letzte Chance auf eine Karriere. Eine »labile Polizeistruktur« sowie »Altlasten und unfähige Westimporte« hätten die Arbeit behindert. Der »Staat als Selbstbedienungsladen«, so Roewers Fazit. Entstanden sind unkontrollierbare und verselbstständigte Strukturen.

Leugner

Die Existenz und die Gefahr von rechtem Terror wurden in der Bundesrepublik fast immer geleugnet. Trotz Anschlägen mit Verletzten und Toten, Hinweisen auf Planungen sowie Waffen- und Sprengstofffunden wollten Innenminister und Sicherheitsbehörden keine Bedrohung erkennen. StichwortgeberInnen sind »Extremismus-ExpertInnen« aus Geheimdiensten und Forschung.

von Paul Wellsow

»Hinweise auf rechtsterroristische Aktivitäten liegen derzeit nicht vor«, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 24. Juli 2011 im Interview mit der »Welt am Sonntag«. Zuvor hatte in Norwegen der rechte Massenmörder Anders Behring Breivik 77 Menschen getötet. In Deutschland wiegelte man routiniert ab. Rechten Terror gebe es hier nicht, höchstens unvorhersehbare Taten verrückter Einzeltäter. Doch keine vier Monate später war alles anders. Das Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 zeigte, dass die jahrelange Verharmlosung und Leugnung einer organisierten, tödlichen Gefahr von Rechts falsch war. Mindestens eine organisierte rechte Terrorstruktur hatte seit Ende der 1990er Jahre unerkannt gemordet, gesprengt und geraubt. Ihre klandestine Strategie eines bewaffneten »Rassenkrieges« aus dem Untergrund, ohne sich zu den Taten zu bekennen, war aus einschlägigen Schriften und den Taten ähnlicher Gruppen aus Großbritannien, den USA und Nordeuropa bekannt. Doch selbst das Auffliegen des NSU hat nicht zu einem Umdenken geführt. Mitte Oktober 2012 verkündete Friedrich, es gebe nach dem NSU keine Gefahr mehr: »Nachahmer, die wahllos Leute erschießen und davon nichts verlautbaren, erwarte ich nicht.«

Fehleinschätzungen

Auch wenn es aus Sicherheitskreisen vereinzelt Warnungen vor einer »Braunen RAF« gegeben hatte, war der rote Faden des staatlichen Agierens gegenüber der Gefahr rechten Terrors ein anderer: entwarnen, verharmlosen und leugnen. Erst jüngst räumte der frühere Thüringer Innenminister Richard Dewes (SPD) im NSU-Untersuchungsausschuss ein: »Wir sind in unserer Bewertung nicht davon ausgegangen, dass rechter Terrorismus real droht.«

Auch der Verfassungsschutz gab – mit wenigen Ausnahmen – immer Entwarnung. So hieß es beispielsweise im Bericht des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) 2007, also in dem Jahr, als der NSU seinen letzten Mord beging: »Rechtsterroristische Strukturen waren auch 2007 in Deutschland nicht feststellbar, ebenso wenig wie eine Theoriediskussion, die zu einer systematischen Gewaltanwendung aufgefordert hätte.« Standardsätze wie dieser fanden sich jährlich auch in den Berichten der Länder.

Kein Rechtsterrorismus

Etwas detaillierter als die öffentlichen Jahresberichte sind interne Dokumente des BfV, die nun an die Öffentlichkeit gelangten. So werden in der Studie »Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten – Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004« detailliert geplante und durchgeführte Anschläge, Morde und Raubüberfälle, die Gründungen von terroristischen Gruppen, Waffenfunde und Wehrsportübungen sowie Debatten um den Gang in den Untergrund aufgelistet. Selbst das Abtauchen der späteren NSU-Mitglieder wird erwähnt. Doch das Fazit ist aus heutiger Sicht erschreckend: »Insgesamt sind derzeit in Deutschland [...] keine rechtsterroristischen Strukturen erkennbar.«.

Legitimations-Wissenschaft

Die wissenschaftliche Legitimation für diese Fehleinschätzungen liefert die Extremismus- und Sicherheitsforschung. An der Schnittstelle zwischen Geheimdiensten, Polizei, Wissenschaft und Politik ist ein selbstreferentielles System entstanden. Die handverlesenen AutorInnen und WissenschaftlerInnen verwenden gern die Daten und Einschätzungen der Sicherheitsbehörden als Grundlagen für ihre Arbeiten. Ihre Erkenntnisse werden dann durch Vorträge, Publikationen und Gutachten wieder in die Sicherheitsbehörden zurück gespielt – man zitiert sich am liebsten gegenseitig.

Einer von ihnen ist der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse (Technische Universität Chemnitz). »Feste rechtsterroristische Strukturen fehlen«,



Mit einer Nagelbombe wurden am 9. Juni 2004 in der Kölner Keupstaße 22 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt. Durch die Wucht der Bombe wurde ein Friseursalon fast vollständig zerstört, durch die herumfliegenden Nägel gab es so viele Opfer in der belebten Einkaufsstraße.

schrieb der wohl bekannteste Vertreter der unhaltbaren Extremismus-Theorie Anfang 2011 in seinem Aufsatz »Extremismus in Deutschland«, der im Band »Extremismus in den EU-Staaten« erschien. Mit dem Auffliegen des NSU einige Monate später war klar, dass Jesse vollkommen falsch lag. Seit Jahren wiederholt er die Auffassung, es gebe keine relevante Gefahr durch rechten Terror. 1993 skizzierte er gemeinsam mit seinem Kollegen Uwe Backes in dem Buch »Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland« zwar ausführlich »schwere Gewaltakte mit rechtsextremen Hintergrund«, doch sie kommen zu dem erstaunli-

chen Ergebnis, die »rechtsterroristischen Aktivitäten blieben hinter denen von links deutlich zurück«. Rechte Gewalt sei eigentlich nur das Ergebnis von spontanen Taten unter Alkoholeinfluss, ihnen liege zumeist »keine langfristige Planung zugrunde«, so Jesse 2005 in einem Papier der »Konrad-Adenauer-Stiftung«. Nach dem Auffliegen des NSU gab sich Jesse überrascht: Es sei in der Naziszene »eine absolute Ausnahme, dass eine Gruppe sich zusammenfindet und dann geplante Aktivitäten begeht«. Und um Kritik an seinen Fehleinschätzungen vorzubauen, sagte er Ende November 2011: »Keiner von uns hatte sich vorstellen können, dass eine kleine Gruppe es wirklich fertig bringt, in derartiger Abschottung derartig schlimme Gewalttaten zu vollbringen. Jetzt so zu tun, als wäre das Geschehene irgendwie absehbar gewesen, wäre unehrlich.« Dass Jesse keine Gefahr von rechts erkennt, wundert nicht, sieht er doch die Gesellschaft vor allem von links bedroht.

Ein anderer Spezialist aus diesem Zitierkartell ist Armin Pfahl-Traughber. Auch er leugnete die Bedrohung von rechts und rückte warnende Stimmen in die Nähe von Verschwörungstheorien. Nach Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referatsleiter der »Abteilung Rechtsextremismus« im BfV ist er heute Professor an der »Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung« im »Fachbereich Öffentliche Sicherheit«, wo künftige Mitarbeiter des BfV geschult werden. Im Jahr 2000 – da verübte der NSU seinen ersten Mord – beschreibt Pfahl-Traughber in einem Aufsatz in dem Buch »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz«, verlegt von der »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB), die Existenz organisierten Rechtsterrorismus in den 1970er und 80er Jahren. Auch in den 1990er Jahren gebe es Waffenfunde, Wehrsport und Debatten in einschlägigen Publikationen der Naziszene. »Allerdings folgte derart bedrohlichen Erklärungen nicht der Aufbau terroristischer Strukturen.« Es fehle »an einer Verknüpfung von Absichten, Logistik, Sachmitteln, Personen, Strukturen, Unterstützung und Zielsetzung. Es gibt bislang auch keine konkreten Hinweise auf geplante Attentate oder exakte Handlungskonzepte für die direkte Umsetzung. Außerdem mangelt es an einer genügend stark entwickelten Sympathisanten-Szene, die eine wichtige Voraussetzung für das Operieren im Untergrund wäre«, glaubt Pfahl-Traughber fälschlicherweise. Er resümiert: »Entwickelte handlungsfähige Terrorgruppen bestehen allerdings bislang nicht.«



Verteidiger der Dienste

Heute versucht der Professor und Autor beim »Humanistischen Pressedienst« sowie dem Webportal »Endstation Rechts« einerseits durch die Beschäftigung mit Phänomenen wie dem »Führerlosen Widerstand« oder »Combat 18« wissenschaftliche Versäumnisse nachzuholen und andererseits Kritik am Geheimdienst abzukanzeln. So wirft Pfahl-Traughber den Autoren des Buchs »Nach dem Verfassungsschutz«, Claus Leggewie und Horst Meier, die eine Abschaffung des Geheimdienstes fordern, vor, undifferenziert zu argumentieren. Und in dem Band »Das braune Netz« von Markus Bernhardt zum NSU würden sich »verschwörungsideologische« Vorstellungen finden. Auch das Buch zum NSU »Die Zelle« von Christian Fuchs und John Goetz kommt bei ihm nicht gut weg. Insgesamt würden in den Medien »Zerrbilder« gezeichnet und »oberflächliche Recherchen und unbelegte Spekulationen« veröffentlicht, klagt der frühere Geheimdienstler. Er selbst hat in seinem Artikel »Der Rechtsterrorismus im Verborgenen«, veröffentlicht bei der BpB, nichts Substanzielles zur Erklärung des NSU-Skandals beizutragen – trotz oder gerade wegen seiner intimen Kenntnisse der Spitzelbehörden in jenen Jahren.

Fachzeitschriften

Pfahl-Traughber ist Herausgeber der »Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung« beziehungsweise des »Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung« der »Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung«. Dort widmete man sich in den letzten Jahren solch brennenden Fragen wie »Was wurde aus der DKP?« Das Thema rechter Terror kam bei den wissenschaftlichen VordenkerInnen der Dienste höchstens am Rande vor, wenn es um Terrorismus allgemein ging. Einzelne Untersuchungen zu rechtem Terror fehlen. Erst nach dem Auffliegen des NSU widmet man sich nun in dem Jahrbuch mit zwei Artikeln von Pfahl-Traughber und von dem Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der »Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW« Jonas Grutzpalk dem Thema – eingestreut zwischen Aufsätzen zu Salafisten und transnationalem Terrorismus. Besonders perfide: Pfahl-Traughber verweist zwar eingangs darauf, dass vom BfV rechter Terror nie gesehen wurde. Doch um vom eigenen Versagen des hochgerüsteten Überwachungsapparates abzulenken, bedient er sich unfreiwilliger Kronzeugen und behauptet: »Diese Auffassung teilten auch Antifa-Gruppen und Medien, Politik und Wissenschaft.« Doch die Warnungen von AntifaschistInnen vor rechtem Terror hatte er immer verworfen. Im »Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2006/2007« kritisiert er Warnungen der Antifa als »Überzeichnung der Bedeutung des Gefahrenpotentials«. Auch in dem von Backes und Jesse gegründeten und staatlich subventionierten »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« spielt das Thema keine Rolle. Nur ein Aufsatz aus dem Jahr 1993 widmet sich ausdrücklich der Frage des rechten Terrors. Damals warnte Bernd Wagner vor »Terroristischen Tendenzen im Rechtsextremismus«.

Versagen?

Der Verfassungsschutz wurde gegründet, als die vermeintlich größte Bedrohung für den Staat von links ausging. Aufgebaut wurde er von erfahrenen Geheimdienstlern aus dem NS. Im Mittelpunkt der geheimdienstlichen Beobachtung stehen nicht jene, die die EinwohnerInnen des Landes bedrohen und ihnen nach dem Leben trachten. Im Mittelpunkt steht der Schutz des Staates und seiner Ordnung. Bevor Pfahl-Traughber beim BfV anheuerte, sah er die Welt noch anders. 1993 schrieb er, die »Herausbildung eines rechtsextremen Terrorismus« zeichne sich in der Bundesrepublik »in aller Deutlichkeit ab«. Damals galt ihm die steigende Zahl rassistischer Gewalttaten als Beleg. Doch 2007 leistete er Abbitte. Er müsse »eine Korrektur zu einer früheren Verwendung des Terrorismusbegriffs gegenüber fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten vornehmen«. Tödliche rassistische Gewalt sei kein Terror. Terror richte sich, so Pfahl-Traughber, »gegen ein politisches System«. Zum Kern des Terrorismus, so wie ihn die Geheimdienste sehen, gehört das ausdrückliche Ziel der »gewaltsamen Systemüberwindung«. Der Prototyp des Terrorismus sei die RAF, die Politiker, Staatsanwälte und Manager ins Visier nahm. Pfahl-Traughber bringt es in einem seiner Texte – mutmaßlich ungewollt - auf den Punkt: Die Neonazis seien »zu keiner Zeit in der Geschichte des Landes nur annähernd in der Lage gewesen […], den bestehenden demokratischen Verfassungsstaat in seiner Existenz zu gefährden«. Ein Serienmord an MigrantInnen und mehr als 180 Tote durch rassistische Gewalt seit 1990 gefährden den Staat in seiner Existenz offenbar nicht. Kein Grund also, dem Terror von rechts auf den Leib zu rücken.

Das NSU-Netzwerk

Uwe Mundlos (38) †
Uwe Böhnhardt (34) †
Beate Zschäpe (37) sitzt in U-Haft.

Vermutliche UnterstützerInnen des NSU

Holger Gerlach (38)
Stand in Kontakt mit dem Trio und stellte diverse Ausweise zur Verfügung, zuletzt im Mai 2011 seinen Reisepass. Er übergab eine spätere Mordwaffe an den NSU.

André Eminger (33) und **Susann E.** (31)
Beide stellten dem Trio ihre Bahncards zur Verfügung. André Eminger mietete für die Untergetauchten von 1999 bis 2000 eine Wohnung in Chemnitz an. Zeitweilig gingen die Ermittler davon aus, dass er die Bekenner-DVD mitproduziert haben könnte. Die Familie traf sich bis zuletzt regelmäßig mit dem Trio.

Ralf Wohlleben (37)
Der Jenaer Kameradschafts-Anführer und ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende in Thüringen soll Schlüsselfigur beim Untertauchen der drei gewesen sein. Bei der Flucht 1998 lieh er dem Trio zunächst sein Auto. Er hielt zeitweilig engen Kontakt zu den Untergetauchten in Sachsen, soll mit Solidaritätskonzerten Gelder gesammelt haben und mindestens eine spätere Mordwaffe organisiert haben. Wohlleben sitzt seit November 2011 in Haft.

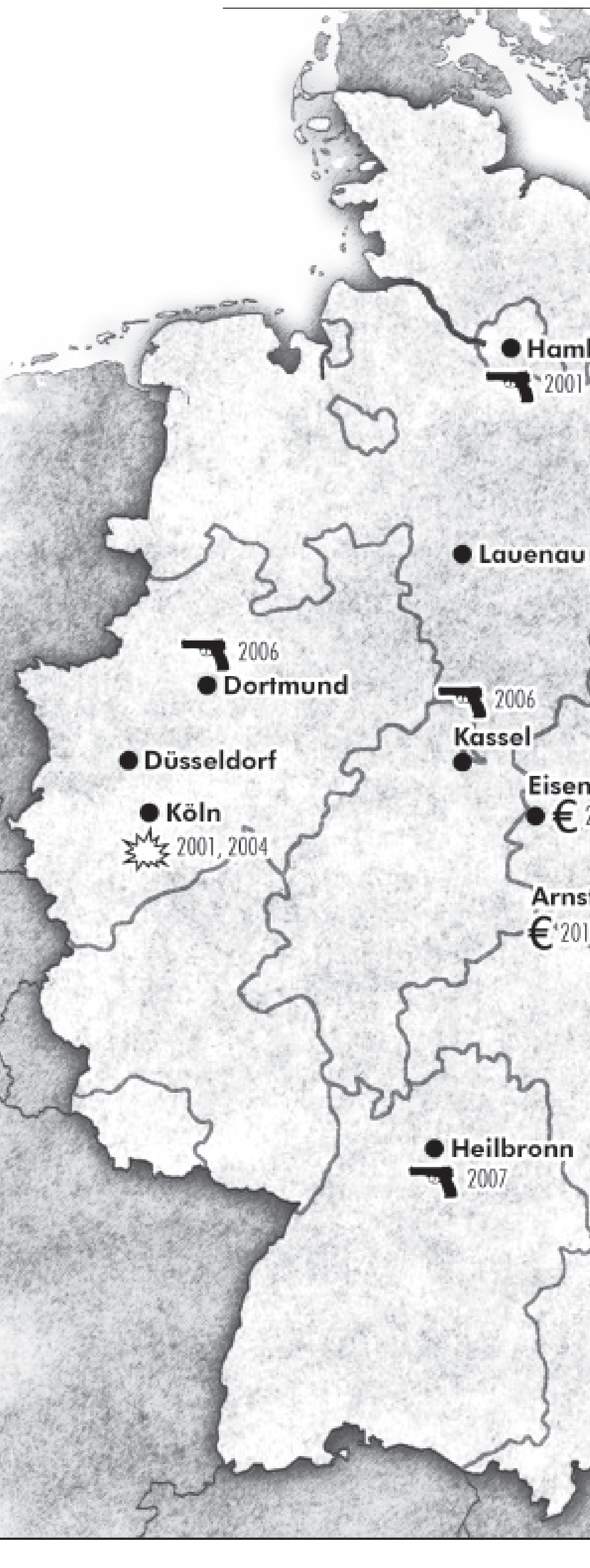
Matthias Rolf Dienelt (37)
Mietete von 2001 bis 2008 zwei Wohnungen in Zwickau für das Trio an.

Mandy S. (37)
Vermittelte die Wohnung ihres damaligen Freundes Max-Florian B. in Chemnitz an den NSU. Zschäpe nutzte Personalausweis und Namen von S. als Tarnidentität.

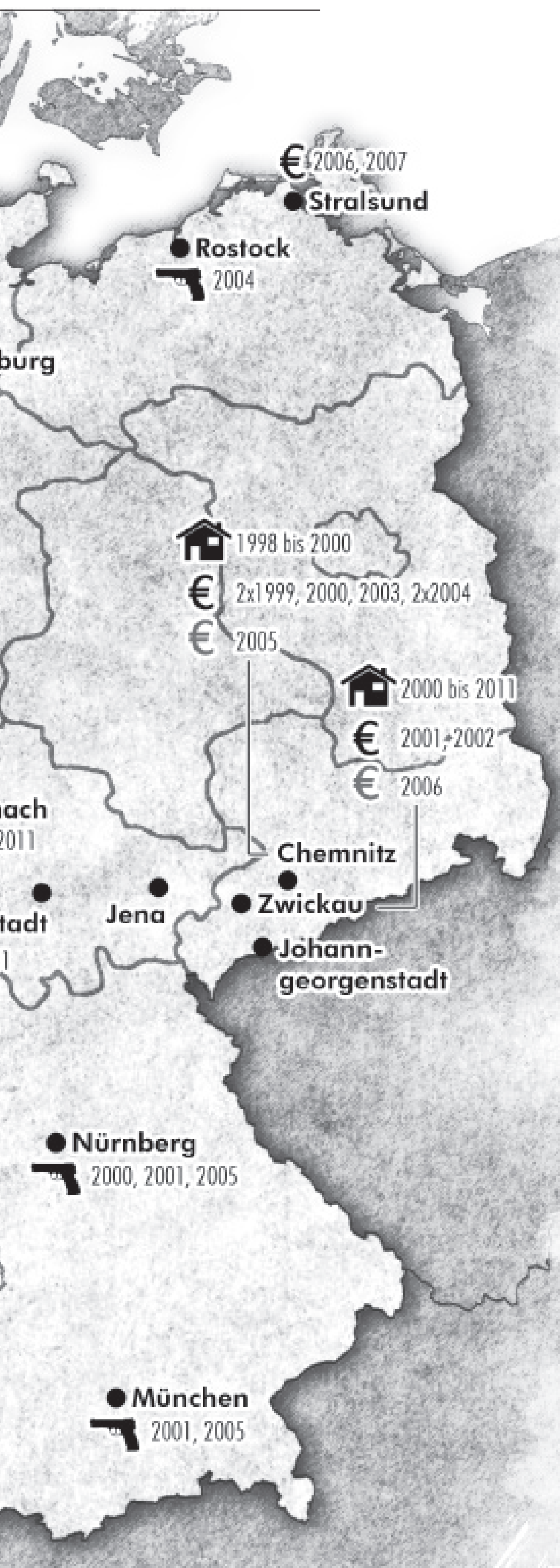
Max-Florian B. (34)
Der ehemalige Freund von Mandy S. überließ dem Trio zum Beginn ihrer Flucht seine Wohnung in Chemnitz. Er stellte ihnen Ausweispapiere zur Verfügung. Mundlos nutzte seinen Namen als Tarnidentität.

André Kapke (37)
Der Jenaer Kameradschafts-Anführer und NPD-Mitglied soll sich 1998 um Unterstützung und ein Versteck für den NSU bemüht haben. Eine Geldübergabe an das Trio scheiterte nach Kapkes Angaben.

Jan Botho Werner (37)
Der Anführer der „Blood & Honour"-Sektion Sachsen soll den Untergetauchten Hilfe und Waffen angeboten haben.



€ Banküberfall   € Versuchter Banküberfall



Carsten Schultze (32)
Der ehemalige stellvertretende JN-Landesvorsitzende in Thüringen hielt zeitweilig engen Kontakt zu den Untergetauchten. Er kaufte eine spätere Mordwaffe über Andreas Sch., den Mitinhaber des Neonazi-Ladens „Madley" in Jena, und überbrachte diese an das Trio.

Thomas Starke (45)
Der „Blood & Honour"-Aktivist aus Chemnitz soll den dreien beim Untertauchen geholfen haben. Er besorgte bereits Mitte der 1990er Jahren ein Kilo Sprengstoff für Mundlos. Thomas Starke war von 2000 bis 2011 Verbindungsmann des Landeskriminalamtes Berlin und soll zwischen 2001 und 2005 mindestens fünfmal Hinweise zum NSU und Umfeld gegeben haben.

Frank L. (39) und **Andreas Sch.** (39)
Betreiber des ehemaligen Neonaziszene-Ladens „Madley" in Jena. Andreas Sch. soll Carsten Schultze eine der späteren Mordwaffen des NSU verkauft haben.

Pierre J. (35) und **Hermann S.** (42)
Die Betreiber eines Videospielverleihs in Sachsen sollen eine Waffe für den NSU geliefert haben.

Jürgen H. „Rabe" (36)
Der Jenaer NPDler soll Kurierfahrten erledigt, zeitweilig mit dem NSU in Kontakt gestanden und ein Depot für ca. 20 „Pogromly-Spiele" zur Verfügung gestellt haben, die zur Unterstützung im Kameradenkreis verkauft wurden.

Thomas R. „Dackel" (42)
Der „Blood & Honour"-Aktivist aus Chemnitz soll dem NSU in den ersten drei Wochen einen Unterschlupf zur Verfügung gestellt haben.

Gunter Frank (35) und **Achim Armin F.** (33)
Die beiden Brüder sollen dem Trio einen gefälschten Reisepass besorgt haben.

Hendrik L. (37)
Er besuchte den abgetauchten Mundlos 2000 in einer Wohnung in Chemnitz. Seine ehemalige Firma „PC-Records" veröffentlichte 2010 den „Döner-Killer"-Song, in dem es um den Mord an neun Migranten geht.

Unbekannte und Ungenannte
Es hat weitere Personen und Strukturen gegeben, die den NSU und sein Morden unterstützt haben. Die Behörden rechnen aktuell 100 Personen zum „engeren und weiteren Umfeld" des NSU.









Vielsagendes Schweigen

Die Dokumentarfilmemacherin Martina Priessner arbeitet seit vielen Jahren zum Thema türkisch-deutsche Migrationsgeschichte und hat 2010 den Film »Wir sitzen im Süden« gedreht, in dessen Mittelpunkt die Opfer der Nazi-Morde stehen.

drr: Warum hast Du das Projekt »Die Stille im Land« genannt?

MP: Obwohl seit der Aufdeckung des NSU vor einem Jahr eine Flut von Veröffentlichungen über uns hereingebrochen ist, nehme ich vor allem eine große Stille wahr. Für die Leerstellen, für den Schmerz der Hinterbliebenen, für die mangelnde Solidarität und Empathie würde ich gerne einen filmischen Ausdruck finden. Die Opfer wurden mit Kopfschüssen exekutiert, weil sie Migranten waren. Und sie wurden posthum zu Kriminellen gemacht, weil sie Migranten waren. Dann wurden sie und ihre Angehörigen unter Verdacht gestellt und fieberhaft wurde nach Hinweisen für kriminelle Machenschaften gesucht. Als sich nicht der kleinste Hinweis finden ließ, wurde gefolgert, dass es sich um »besonders hermetische Strukturen« handeln müsse. Die Situation war für die Angehörigen ausweglos, denn sie haben sich verdächtig gemacht, gerade weil nichts gefunden wurde. Es wurde alles unternommen, um aus den Opfern Täter zu machen. Ich würde diese Zeit gerne aus der Sicht der Hinterbliebenen rekonstruieren.

drr: Welche Verantwortung hat die Gesellschaft?

MP: Vom ersten Moment an habe ich mich gefragt: Haben wir nicht alle versagt? Wo war ich? Warum habe ich nicht besser zugehört? Selbst eine Demonstration im Mai 2006 mit zweitausend Menschen vorwiegend deutsch-türkischer Herkunft in Kassel, auf der die TeilnehmerInnen unter dem Banner »Kein 10. Opfer!« Alarm schlugen, rüttelte uns nicht wach. Ich habe keine Antworten, aber ich spüre eine Verantwortung. Ich will den Finger in die Wunde legen. Der Film soll aber auch die persönlichen Erfahrungen der Hinterbliebenen in einen gesellschaftlichen Zusammenhang stellen und zeigen, dass die NSU-Morde im Einklang mit den Diskriminierungserfahrungen von MigrantInnen in Deutschland stehen. 20 Jahre liegen zwischen den rassistischen Pogromen Anfang der 1990er Jahre und der Aufdeckung des NSU. Aber die ersten TürkInnen wurden bereits 1988 – also noch vor der »Wiedervereinigung« – in Schwandorf/Bayern verbrannt. Diese Teilhistorisierung, als sei vor der »Wiedervereinigung« alles gut gewesen, ist unerträglich. Es geht mir um diese Kontinuitäten und ich glaube, die Tradition der Rechtslastigkeit ist nicht ohne die Geschichte des Kolonialismus und Nationalsozialismus zu verstehen.

drr: Wie reagieren die Angehörigen der Opfer auf Dein Anliegen, ihre Perspektive in die Öffentlichkeit zu bringen?

MP: Ich kann noch nicht sagen, wie sich die Kontakte entwickeln werden. Es ist schwierig. Die meisten haben sich von den Medien abgewandt und sind misstrauisch. Es war ja auch der rassistische Konsens der Mainstream-Presse bundesweit, der die Rede von den »Döner-Morden« möglich machte. Niemand machte sich die Mühe, den vielen Hinweisen der Familien, dass es sich um Täter aus dem rechtsextremen Spektrum handele, nachzugehen. Jeder Mensch geht mit Trauma und Verlust anders um, manche ziehen sich völlig zurück, andere gehen an die Öffentlichkeit und ziehen Kraft daraus. Zeit, die vergeht, spielt dabei eine ganz wichtige Rolle. Bestätigt fühle ich mich in meinem Anliegen durch die Aussage von Gamze Kubasık und Semiya Simsek, dass sie es ihren Vätern schuldig seien, an die Öffentlichkeit zu gehen, um dem Vergessen entgegenzuwirken.

drr: Über Neonazis und auch über den Staatsapparat wird seit einem Jahr viel geredet. Über die Realität der Opfer hören wir wenig.

MP: Richtig, aber wir hören auch wenig über Rassismus, das ist das eigentlich Erschreckende. Ich glaube, es ist einfacher, sich mit den Nazis und den Mängeln der Sicherheitsapparate zu beschäftigen, weil es vom eigentlichen Thema, das als Subtext unter allem liegt, ablenkt: der gesellschaftlich sanktionierte Rassismus in seiner ganzen Bandbreite, von alltäglichen Diskriminierungen über institutionellen Rassismus bis hin zur tödlichen Dimension. Was muss eigentlich noch passieren, dass wir anfangen darüber zu sprechen?

Es scheint eine unglaubliche Bedrohung darzustellen, sich mit Rassismus zu beschäftigen. Vielleicht weil wir dann anfangen müssten, über unsere eigenen Privilegien nachzudenken.

drr: Wie beschrieb die Familie Kubasık in Dortmund ihre Zeit nach dem Mord und was ist dein Eindruck von der Keupstraße?

MP: Bei der Veranstaltung in Dortmund sagte Gamze Kubasık, von einem Tag auf den anderen abgestempelt zu werden und hören zu müssen, ihr Vater sei ein Drogendealer, sei die Hölle gewesen. Niemand hätte sich für ihre Aussagen, dass die Morde einen rechtsextremen Hintergrund haben, interessiert. Die Aufdeckung des NSU 2011 beschrieb sie als Erleichterung. In der Kölner Keupstraße hat die Polizei durch die monatelange Bespitzelung der AnwohnerInnen ein Klima des Misstrauens verankert. Die Menschen fühlen sich allein gelassen. Bis heute gibt es keine psychosoziale Einrichtung; hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden, denn die Straße lebt mit dem Ruf, gefährlich zu sein. Der Wunsch nach Normalität ist allgegenwärtig und gleichzeitig so weit weg. Es geht mir auch darum, den Umgang mit den Opfern im Hier und Jetzt aufzuzeigen. Der ist teilweise genauso respektlos wie vorher, siehe zuletzt das Auslegen der Flyer der unsäglichen »Vermisst«-Kampagne des Bundesinnenministeriums in der Keupstraße.



Auch hier erinnert nichts an den 9. Juni 2005. An dem Tag wurde Ismail Yasar in seiner Dönerbude von Nazis ermordet – auf dem Gelände eines Supermarktes, wieder in der Südstadt von Nürnberg.

»Tiefe Verletzungen«

Gezielt und geplant: Am 27. Juni 2001 tötete der »Nationalsozialistische Untergrund« in Hamburg den Gemüsehändler Süleyman Tasköprü. Drei Schüsse – aus neonazistischen Motiven – in den Kopf, die das Leben der Familie bis heute nachhaltig erschüttern. »Die Familie ist zerstört, aber nicht gebrochen«, sagt Angela Wierig; die Rechtsanwältin hat die Nebenklage der Schwester übernommen. Die Familie zerstört wegen der damaligen Ermittlungen und auch wegen der jetzigen Aufarbeitungen. Mit Angela Wierig sprach Andreas Speit.

AS: Seit knapp einem Jahr ermittelt der Generalbundesanwalt gegen den NSU. Akten wurden vernichtet, Aktionen verschwiegen. Verfolgt Ihre Mandantin die Ermittlungen und Aufarbeitungsversuche?

A.W.: Aus Selbstschutz versucht sie, diese Vorfälle und Pannen nicht so sehr an sich heran zu lassen, wenn ich das für sie so sagen darf. In den Medien sind die Mordserie und die Ermittlungsverstrickungen aber so präsent, dass es schwer fällt, den nötigen Abstand zu gewinnen. Mit mehreren Kolleginnen und Kollegen vertreten wir die Familie. Nicht nur bei meiner Mandantin ist das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat schon seit längerem erschüttert.

AS: Weil bei Aufnahme der Ermittlungen sofort gegen die Familie ermittelt wurde?

A.W.: Ja, in Hamburg stand, wie bei den Ermittlungen in den anderen Mordfällen auch, die Familie und ihr Umfeld im Fokus. Mit allen Mitteln wurde versucht, das Opfer mit Drogengeschäften in Verbindung zu bringen. Schon damals litt die Familie massiv. Ihr Umfeld wandte sich wegen der Ermittlungen ab. Da bekam der Begriff »Staatsgewalt« eine neue Bedeutung.

AS: Eine Erfahrung, eine Verletzung, die nachwirkt?

A.W.: Ja, dieses Gefühl, diese Verletzungen sind da. Der Vorgang ist für Menschen mit Migrationshintergrund noch erschütternder. Die Familie hat sich als Alt-Altonaer Familie gefühlt und auf einmal waren sie Ausländer, Kriminelle, selbst schuld. In ihrer Gemeinde war sie auch plötzlich Außenseiter. Ich denke, wenn die Familie deutsche Wurzeln gehabt hätte, wären die Ermittlungen anders geführt worden.

AS: Bei der Gedenkveranstaltung anlässlich der NSU-Morde hat Bundeskanzlerin Angela Merkel um »Verzeihung« gebeten.

A.W.: Die Familie ist der Einladung nach Berlin nicht gefolgt. Eine Entschuldigung für das Unentschuldbare konnte sie nicht akzeptieren. Alle staatlichen Stellen haben versagt, als Süleyman Tasköprüs Familie ihre Unterstützung gebraucht hätte. Heute belastet die Familie das Versagen der staatlichen Institutionen erneut. Sie könnte es leichter ertragen, wenn die Tat allein von kriminellen und verblendeten Menschen zu verantworten wäre. Dass diese Taten durch staatliches Versagen unterstützt wurden, entsetzt. Hinzu kommt der Verdacht, dass dieses staatliche Versagen vertuscht werden sollte. Erschütternd. Das lässt meine Mandantin nicht zur Ruhe kommen.

AS: Halfen die öffentlichen Solidaritätsbekundungen nicht?

A.W.: Der Familie? Ein wenig fühlte sie sich der eigenen Trauer beraubt. Sie ist am Ende ihrer Kraft – zerstört, aber nicht gebrochen.

AS: Die Familie hat Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz wegen der Aktenvernichtung angezeigt. Ist diese Klage nicht eine enorme zusätzliche Belastung?

A.W.: In der Familie ist das auch sehr unterschiedlich diskutiert worden. Die Eltern wollten weiteren Stress vermeiden und waren unsicher, ob sie das Recht hätten, zu klagen. Der Emigrationshintergrund wirkt viel vielschichtiger, als man meint. Die Geschwister waren da auch in einem Zwiespalt. Doch zusammen wollen sie von ihrem Recht Gebrauch machen. Meine Mandantin möchte nicht bloß passiv das Verfahren verfolgen.

AS: Wie reagierte der Generalbundesanwalt auf die Nebenklage?

A.W.: Er hat die Nebenkläger wohlwollend aufgenommen. Es wurde für uns eine Informationsveranstaltung ausgerichtet, in der uns über das Verfahren und die Organisation desselben bei der Generalbundesanwaltschaft berichtet wurde.

AS: Hatten Sie das erwartet?

A.W.: Nein. Ich befürchte allerdings, dass dieses Verhalten allein der Sorge geschuldet ist, sich nicht erneuten Vorwürfen auszusetzen.

AS: Rechnen Sie nicht mit einer Aufklärung?

A.W.: Eine wirkliche Aufklärung aller Hintergründe ist doch eher unwahrscheinlich. Dieses Verfahren wird auch deswegen für meine Mandantin sehr schwer. Warum, wie und weswegen ihr Bruder Opfer des NSU wurde, wird höchstwahrscheinlich weiter im Unklaren bleiben.

AS: Erwarten Sie, dass Beate Zschäpe aussagt?

A.W.: Das hängt von der Verteidigerstrategie ab. Ich erwarte von ihr aber kein vermeintliches politisches Bekenntnis wie es Anders Behring Breivik abgegeben hatte. Ich könnte mir aber vorstellen, dass sie sich nach Rücksprache mit ihren Verteidigern dahingehend einlässt, sich als irregeleitetes Hascherl zu präsentieren, das den Männern tragisch verfallen, ja hörig, war. In den Medien gab es schon solche Berichte, die Frau Zschäpe juristisch und politisch entlasten.

AS: Wird Frau Tasköprü beim Prozess Frau Zschäpe gegenüber sitzen?

A.W.: Meine Mandantin überlegt, ob sie an den Verhandlungen teilnimmt. Wir diskutieren das Für und Wider. Sie wäre nahe dran, um Fragen zu stellen und auf Antworten zu reagieren, aber vielleicht auch zu nahe, wenn juristische Fragen oder Handlungsabläufe von Nebensächlichkeiten kleinteilig erörtert werden. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass so ein Verfahren für die Betroffenen kein Segen sein muss. Meine Mandantin erwartet dennoch, dass einige Fragen zum NSU und zur Rolle des Staates beantwortet werden.

AS: Vielen Dank.

Das Gespräch ist eine leicht veränderte Fassung eines taz-Interviews. der rechte rand wollte die betroffenen Familien und ihre AnwältInnen nicht durch weitere Gesprächsbitten belasten.

»Ku Klux Klan«
Nährboden des NSU-Terrors

Die rassistische Idee einer weißen Vorherrschaft und okkulte Rituale sind Kennzeichen des »Ku Klux Klan« (KKK) als fester Bestandteil der militanten Neonazi-Szene - auch für den »Nationalsozialistischen Untergrund«. Eine Spurensuche.

von Otto Belina

Im Jahre 1996 durchsuchte die Kriminalpolizei die Wohnung von Beate Zschäpe. Dabei stießen die Beamten auf Fotos einer Holzkreuzverbrennung in einem Waldstück bei Oßmaritz nahe Jena. Zschäpe identifizierte damals für die Polizei die abgelichteten Personen: Neben ihr selbst sowie Uwe Böhnhardt sind auch weitere Mitglieder der »Kameradschaft Jena«, die später im »Thüringer Heimatschutz« aufging, zu sehen: Ralf Wohlleben und Holger Gerlach. Beide gelten heute als enge Unterstützer des Terrornetzwerks und besorgten eine der Mordwaffen für den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU).

Ein weiterer mutmaßlicher NSU-Unterstützer und KKK-Anhänger ist Matthias Rolf Dienelt aus Johanngeorgenstadt (Sachsen). Er mietete von 2001 bis 2008 für den NSU zwei Wohnungen in Zwickau an. Auch Mietverträge für Wohnmobile liefen auf seinen Namen. Uwe Böhnhardt nutzte zudem seine Identität als Aliasnamen. Bis zuletzt muss er mit dem NSU in Kontakt gestanden haben. Im August 1993 verbrannte Dienelt gemeinsam mit acht weiteren Kameraden in »Ku Klux Klan«-ähnlicher Kleidung auf einem Berg nahe Johanngeorgenstadt ein Holzkreuz. Das Feuer soll bis über die Grenze nach Tschechien sichtbar gewesen sein. TeilnehmerInnen des nächtlichen Rituals waren zudem die mutmaßlichen NSU-UnterstützerInnen Mandy S. und André Eminger. Er und sein Bruder Maik sowie Matthias Dienelt sind Gründer der »Weißen Bruderschaft Erzgebirge« – eine Neonazi-Gruppe, die von der rassistischen Ideologie der »White-Power«-Bewegung überzeugt war, wie sie auch der KKK propagiert.

Verbindungen zwischen EWK und NSU

»Wir lehnen Bewerber ab, die: […] nicht weißer Hautfarbe sind oder jüdische Vorfahren besitzen. Die European White Knights stehen für den Erhalt der Völker der Welt [...], lehnen aber Rassenvermischung strikt ab! Die European White Knights stehen für den Erhalt der Zukunft des weißen Europäers!« So steht es in der Satzung der »European White Knights of the Ku Klux Klan« (EWK). Anführer des zwischen 2000 und 2002 bestehenden Geheimbundes war Achim Schmid aus dem baden-württembergischen Schwäbisch Hall. Zwei Jahre zuvor war dieser nach eigenen Angaben Mitglied im »International Knights of the Ku Klux Klan« und wurde im Herbst 2000 im US-Bundesstaat Mississippi zum »Grand Dragon«, Anführer eines eigenen Ablegers, ernannt. Zu den rund 20 Mitgliedern des rassistischen Klans, die aus Bayern, Hessen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern kamen, soll auch Michael Schäfer gehören. Er ist heute Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN).

Ein weiteres Mitglied des EWK war Thomas R. aus Sachsen-Anhalt. Seine Kontaktdaten finden sich auf einer persönlichen Adressliste des NSU-Terroristen Uwe Mundlos aus den 90er Jahren. Diese wurde 1998 neben vier funktionsfähigen Rohrbomben mit insgesamt fast 1,4 Kilogramm Sprengstoff bei der Durchsuchung einer Garage in Jena gefunden. Richter galt als einer der umtriebigsten Neonazis in Sachsen-Anhalt. Der Kameradschaftsaktivist betrieb Anti-Antifa-Arbeit, mischte bei »Blood & Honour« mit, betrieb einschlägige Internetpräsenzen und pflegte gute Kontakte zu Szene-Größen in benachbarten Bundesländern. Auch für das neonazistische Fanzine »Der Weisse Wolf« engagierte sich R., das 2002 folgenden Satz druckte: »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter…«. Von 1997 bis 2007 soll Thomas R. unter dem Decknamen »Corelli« Informant des Bundesverfassungsschutzes gewesen sein und Informationen aus dem Innenleben des Geheimbundes EWK geliefert haben. Bislang ist nicht bekannt, ob er auch Hinweise zum NSU gab.



Rolle des KKK in Deutschland

In den vergangen Jahrzehnten tauchten immer wieder Ableger des rassistischen Geheimbundes in Deutschland auf. Hinweise auf KKK-Rituale und Kleinstgruppen wurden meist nicht ernst genommen. Zuletzt erregte ein Video der seit 2007 existierenden Gruppe »European White Knights of the Burning Cross« die Aufmerksamkeit der Medien: Die Aufnahmen zeigen Klan-Mitglieder im mecklenburgischen Grabow bei einer Holzkreuzverbrennung samt Hitlergruß. Neonazis kopierten offenbar gerne die Rituale des KKK und suchten Nähe zu amerikanischen Klan-Brüdern. Doch lässt sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine dauerhafte Organisationsstruktur in Deutschland erkennen. Der Einfluss der rassistischen Ideologie des KKK auf militante Strukturen und Gruppen in Deutschland darf jedoch keinesfalls unterschätzt werden.

Polizisten beim KKK

Selbst in den Polizeiapparat hatte der KKK offenbar gute Verbindungen. Für einen Skandal sorgten vor einigen Wochen zwei baden-württembergische Polizisten, die zwischen 2001 und 2002 Mitglieder im »European White Knights of the Ku Klux Klan« waren. Beide waren im Jahr 2005 Kollegen der vom NSU ermordeten Michèle Kiesewetter. Einer der beiden war der ehemalige Gruppenführer Kiesewetters bei der Bereitschaftspolizei Böblingen. Er hielt sich während des Mordes an der Polizistin in Heilbronn nur wenige Hundert Meter entfernt am Bahnhof auf. Gegen die zwei Beamten wurde 2004 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Sie behaupteten jedoch, sie hätten von der rassistischen Ausrichtung der Neonazi-Gruppe nichts gewusst. Sie seien ausgetreten, als sie diese bemerkt hätten. Ergebnis der internen Ermittlungen: Die Beamten wurden gerügt, beide arbeiten bis heute im Polizeidienst.

Wie geht es weiter bei den Sicherheitsdiensten?

Das jahrelange Bestreiten möglicher neonazistischer TäterInnen oder Tatmotive, die Behauptung angeblicher krimineller Verstrickungen der NSU-Opfer und das offensichtliche Streuen falscher Informationen erscheinen im Rückblick als Programm.

von Alexander Hoffmann

Inlandsgeheimdienst, »Bundeskriminalamt« (BKA) und Polizei hatten mit großem Aufwand gegen eine organisierte »Ausländerkriminalität« ermittelt und kein Interesse an Ermittlungen gegen mögliche Nazi-MörderInnen gehabt – und dies, obwohl zahlreiche Hinweise auf einen neonazistischen Hintergrund der Mordserie vorlagen.

Der deutsche Inlandsgeheimdienst, also die Gesamtheit der bundesdeutschen Verfassungsschutzämter (VS), hat in den vergangenen Jahrzehnten – rein objektiv betrachtet – zur Konsolidierung der extremen Rechten beigetragen. So wurde beispielsweise im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren deutlich, dass die V-Leute der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder nicht nur Informationen sammelten, sondern



Eine Bushaltestelle direkt vor dem Eingang, angrenzend an die Schnellstraße Mittlerer Ring, an der Kreuzung zu einer vierspurigen Hauptstraße mit ständigem Straßenbahnverkehr – mitten in München wurde am 15. Juni 2005 Theodores Boulgarides in seinem Laden erschossen.

auch erheblichen Einfluss auf die Partei selbst hatten. Das Bundesverfassungsgericht zweifelte daher daran, ob sich im Einzelnen aufklären lassen werde, welche Inhalte und Aktivitäten aus der Partei selbst stammten und welche auf der Tätigkeit staatlich bezahlter V-Leute beruhten. Auch bei den Einsätzen von V-Leuten in sonstigen, teilweise terroristischen Neonazigruppen ist zu befürchten, dass diese oftmals nicht ausschließlich zur Beschaffung von Informationen führten, sondern darüber hinaus zum weiteren Aufbau der Gruppen, zu deren Weiterentwicklung oder gar zu Straftaten beitrugen. Vor diesem Hintergrund verdient die Forderung nach Auflösung der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz Zustimmung.

Die Beteuerungen, »alles käme auf den Prüfstand«, und die Hintergründe des Versagens der deutschen Behörden würden restlos aufgeklärt, haben sich allerdings als leere Worte enthüllt. Insbesondere die strukturellen Veränderungen bei der Zusammenarbeit von Inlandsgeheimdienst und Polizei, aber auch andere noch nicht umgesetzte Forderungen sind nichts anderes als die seit Jahren immer wieder vorgebrachten Forderungen rücksichtsloser SicherheitstechnokratInnen. Natürlich darf hierbei auch die Vorratsdatenspeicherung nicht fehlen, als hätten solche Maßnahmen das »Versagen« bei der Aufklärung der NSU-Morde verhindern können.

Die erste tiefgreifende Veränderung, die mit den NSU-Pannen begründet wurde, war die Einrichtung eines »Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus« (GAR) in dem VS, Polizei und Generalbundesanwaltschaft zusammenarbeiten. Ein solches Abwehrzentrum wurde bereits nach dem 11. September 2001 (9/11) gegen sogenannte Islamisten eingerichtet. Besonders problematisch an diesen »Abwehrzentren« ist die Tatsache, dass die Trennung von Polizei und Inlandsgeheimdienst, insbesondere auch die aus guten Gründen vorgenommene Trennung der von diesen Behörden jeweils gesammelten Informationen, aufgeweicht wird. Das sogenannte Trennungsgebot, die vollständige Trennung von Inlandsgeheimdienst und Polizei, ist eine der zentralen Lehren aus den Erfahrungen mit der »Geheimen Staatspolizei« im Nationalsozialismus. Mit geheimdienstlichen Mitteln beschaffte Informationen dürfen nur in Ausnahmefällen der Polizei übermittelt werden. Ein solcher Informationsaustausch ist im Übrigen sehr problematisch, weil die Polizeibehörden (und die Beschuldigten) die Erkenntnisse und Quellen des Inlandsgeheimdienstes nicht überprüfen können. Auch im neuen GAR ist eine solche Überprüfung nicht selbstverständlich. Im Gegenteil: es bleibt dem Geheimdienst möglich, seine Informationen zu sperren. Dies kann dazu führen, dass die Polizei Ermittlungen führt, die vom Inlandsgeheimdienst initiiert wurden, ohne dass der Wahrheitsgehalt der zugrunde liegenden Quelleninformationen verifiziert werden kann.

Wohin die Reise geht, zeigt die Tatsache, dass der erste Schritt zur Schaffung einer gemeinsamen Verbunddatei die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes war. Bislang durften Informationen über nicht gewalttätige ›Verfassungsfeinde‹ nur eingeschränkt gespeichert werden. Nun wurde die Differenzierung zwischen gewalttätigen und nicht gewalttätigen ›Rechtsextremisten‹ aufgehoben. In die Verbunddatei, auf die alle Polizeiämter und die Landesämter des Verfassungsschutzes Zugriff haben, werden nunmehr somit alle Personen aufgenommen, die nach Maßgabe der Verfassungsschutzbehörden ›rechtsextreme Verfassungsfeinde‹ sind. Dies wird zu einer ungeheuren Ausweitung der Speicherung von personenbezogenen Daten führen. Auch die Fristen für die Speicherung von Informationen sollen deutlich verlängert werden.

All dies wird – und das hat die Öffentlichkeit bislang weitgehend ignoriert – seit 9/11 bereits gegen ›Islamisten‹ angewandt. Ein solches Vorgehen führt aber in erster Linie zu Diskriminierung, zum Abbau demokratischer Rechte und zur Verselbständigung eines Sicherheitsstaates.

Keine der jetzt vorgeschlagenen neuen Institutionen und Gesetzesveränderungen hätte an dem Ermittlungsdesaster etwas geändert. Nun wird dieses strukturell begründete Versagen benutzt, um lang geplante Kompetenzerweiterungen und Grundrechtseinschränkungen zu begründen und durchzusetzen. Die ersten Rufe nach einem »Gemeinsamen Abwehrzentrum Links« waren bereits zu hören, noch ist freilich eine solche Forderung untunlich. Insgesamt findet jedoch schleichend eine Aushöhlung der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte statt.

Rechter Terror in Hessen

In Hessen gibt es seit Jahrzehnten militante und terroristische Aktionen von Neonazis. Doch der NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel sowie das Interesse der späteren NSU-Mitglieder an dem hessischen Rechtsterroristen Manfred Roeder rückten das Land in den Fokus der Öffentlichkeit. Ein Blick in die Geschichte.

von Stefan Schneider

Die Teilnahme der Mitglieder des späteren »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sowie deren mutmaßlichen Unterstützer Ralf Wohlleben und André Kapke an einem Prozess gegen den hessischen Neonazi Manfred Roeder 1996 in Erfurt wurde als Zeichen der frühen Radikalisierung der Thüringer Neonazis gedeutet. Denn Roeders Name steht seit den späten 1970er Jahren für Rechtsterrorismus. Nachdem sich der Hesse Roeder und die von ihm gegründete »Deutsche Bürgerinitiative« (DBI) in den frühen 1970ern auf Farbanschläge im südhessischen Bensheim beschränkt hatte, folgten gewalttätigere Aktionen. Roeder drohte wegen diverser Delikte 1977 eine Haftstrafe, der er sich durch Flucht ins Ausland entzog. Nach seiner Rückkehr 1980 baute er die »Deutschen Aktionsgruppen" auf. Diese verübten Anschläge auf Wohnheime für AsylbewerberInnen, bei denen zwei Menschen ermordet und mehrere verletzt wurden. Roeder wurde wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 13 Jahren Haft verurteilt. Dass er auch danach am politischen Kampf festhielt, machte ihn zum Vorbild vieler Neonazis. Aufgrund seiner Erfahrung und seiner internationalen Kontakte gilt Roeder als Anlaufstation für die militante Szene.

Bereits 1950 agierte mit dem »Technischem Dienst« (TD) eine terroristische Organisation in Hessen. Der in Frankfurt gegründete TD war eine klandestine Unterorganisation des antikommunistischen »Bund deutscher Jugend« (BDJ). Während sich der BDJ in die Tradition der bündischen Jugend stellte, bereiteten sich die etwa 100 Mitglieder des TD – darunter ehemalige Offiziere der Waffen-SS – auf einen Partisanenkampf für den Fall einer sozialistischen Regierungsübernahme oder des Einmarschs sowjetischer Armeen vor. Finanziert und aufgebaut wurden BDJ und TD vom US-Geheimdienst CIA, der die Organisation mit Geld, Waffen und Bomben zur Durchführung von Sabotageakten versorgte, und vom »Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen«. Als sich 1952 ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Mitglied des TD den Behörden offenbarte, flogen die militanten Vorhaben auf. Bei Razzien fand die Polizei Maschinengewehre, Granaten, Artilleriegeschütze, Sprengstoff und Mordlisten. Im Fokus des TD standen führende KPD- und SPD-Mitglieder. Der 1953 erlassene Verbotsantrag verwies auf enge Kontakte des TD zu »höchsten Staatsdienststellen, Wirtschaftsverbänden und früheren Militärs«.

Nach dem Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 radikalisierten sich Teile der neofaschistischen Szene. Die Folge war eine Terror-Welle, die 1970 Hessen erreichte. Unter anderem plante die »Nationale Deutsche Befreiungsbewegung« (NDBB) Anschläge. Die Gruppe nahm DDR-Einrichtungen ins Visier. Zum zehnten Jahrestag des Mauerbaus waren in Berlin Sprengstoffanschläge, Schüsse auf DDR-Soldaten und Angriffe auf Wachtürme mit Handgranaten geplant. Am Vortag der Umsetzung vereitelten die Behörden die Pläne durch Razzien in Hanau und Wiesbaden. Ein V-Mann ließ das Vorhaben auffliegen.

Die 1973 gegründete »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG) wurde in den frühen 1970er Jahren zur größten Sammlung des militanten Spektrums. In Hessen gab es mit der »WSG Fulda« und der Frankfurter Sektion »Sturm 7« zwei Gruppen. Beide Gruppen setzten auf Wehrsport, Schießübungen, militante Angriffe und Auftritte in NS-Uniformen. Nach dem Verbot der WSG sammelten sich die hessischen Militanten in Michael Kühnens »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) und in Friedhelm Busses »Volkssozialistischem Bund Deutschland/Partei der Arbeit« (VSBD), die 1982 beziehungsweise 1983 verboten wurden. Funde legen nahe, dass die hessischen Militanten nicht nur übten. Bereits Ende der 1970er wurden Waffen im Rhein-Main-Gebiet sichergestellt. Im Dezember 1978 brachte eine Razzia beim »Kommando 88« in Hanau eine Todesliste mit 500 Namen ans Licht. Am 24. Dezember 1980 tötete dann das Frankfurter VSBD-Mitglied Frank Schubert zwei Schweizer Grenzsoldaten, als sie ihn beim Versuch des Waffenschmuggels verhaften wollten. Der 23-Jährige erschoss sich anschließend. Das Geld für die Waffen besorgten sich die Neonazis durch Banküberfälle in Südhessen. Eine Schießerei zwischen Polizisten und fünf VSBD-Mitgliedern bei München, bei der zwei Neonazis getötet wurden, leitete 1981 das Ende des VSBD ein. Der Gründer Busse wurde verurteilt, die Gruppe verboten. Doch viele der Militanten agierten weiter. Der Großteil organisierte sich in der »Freiheitlichen Arbeiterpartei« (FAP), andere gründeten paramilitärische Zellen.

Aus dem Kreis des VSBD und der WSG bauten Odfried Hepp und Walther Kexel die ab 1982 von Frankfurt-Eschborn aus agierende »Hepp-Kexel-Gruppe« (HKG) auf. Das Ziel: die US-Truppen durch »Terror in reinster Form« (Hepp) aus Deutschland zu bomben. Mit Geld aus Banküberfällen



Mehmet Kubasık wurde am 4. April 2006 in Dortmund ermordet. Ein Gedenkstein erinnert seit September 2012 an die Opfer der Neonazi-Mordserie.

in mittelhessischen Kleinstädten wurden konspirative Wohnungen angemietet und im Rhein-Main-Gebiet Erddepots mit Waffen angelegt. Im Oktober 1982 platzierte die Gruppe in Frankfurt, Butzbach, Darmstadt und Gießen Sprengkörper in Fahrzeugen von Angehörigen der US-Streitkräfte. Mehrere Soldaten wurden lebensgefährlich verletzt. Weitere Vorhaben, wie der Beschuss US-amerikanischer Wohnungen mit Granaten oder die Zündung von Sprengsätzen auf Spielplätzen, wurden nicht mehr umgesetzt. Denn der Großteil der Gruppe, darunter Kexel und zwei Ex-VSBD-Mitglieder aus Gießen und Frankfurt, wurde 1983 nach einem Banküberfall in Frankfurt verhaftet. Hepp flüchtete.
Der Umgang der Behörden mit den Anschlägen der HKG weist Parallelen zum NSU auf. Auch damals erkannten sie keinen rechten Hintergrund. Die Tatmotive kamen erst 1983 durch die Verhaftungen ans Licht. Auch Hepp trug nach seiner Verhaftung 1987 zur Aufklärung einiger Anschläge bei – darunter ein Sprengstoffanschlag auf eine Einrichtung der Armee der DDR bei Fulda 1979, der maßgeblich von dem seit 1970 in Wiesbaden aktiven Peter Naumann geplant und umgesetzt wurde.



Naumann, 1973 in den Vorstand der »Jungen Nationaldemokraten« gewählt, trat 1978 durch Sprengstoffanschläge in Erscheinung. Mit dem mutmaßlichen Mitglied des Nato-Untergrundnetzwerkes Gladio, Heinz Lembke (s drr 138), sprengte er unweit von Rom Denkmalanlagen für Opfer der SS. 1980 folgte die Sprengung von Fernsehmasten zur Verhinderung der Ausstrahlung der TV-Serie »Holocaust«. Eine mit Hepp und Kexel geplante Befreiung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis scheiterte. 1985 gründete Naumann den eng mit der hessischen NPD verzahnten und konspirativ agierenden »Völkischen Bund« (VB). Dieser verstand sich als Kadertruppe zur militärischen Schulung und war Vorfeldorganisation des Untergrunds. Hepps Offenlegung der Pläne zur Befreiung von Heß brachte Naumann 1988 wegen der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung und Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz ins Gefängnis. Im März 1995 wurden in Naumanns Wohnungen in Wiesbaden sowie im Knüllgebirge Rohrbomben gefunden. Daraufhin löste Naumann den VB auf und enttarnte in Anwesenheit eines Fernsehteams und von VertreterInnen des BKA 13 Waffendepots in Hessen und Niedersachsen. Gefunden wurden Schusswaffen, Granaten, Minen und fast 200 kg Sprengstoff. Die Depots, die Naumann von Lembke übernommen hatte, wurden von ExpertInnen als Teil deutscher Gladio-Hinterlassenschaften gedeutet. Naumann, medial als Ausbilder rechtsterroristischer Kreise gehandelt, nahm Abstand vom bewaffneten Kampf. Von der Szene als »Bombenhirn« geachtet, steht er für eine 20-jährige Kontinuität des Rechtsterrorismus. Wie viele Lehrlinge er hatte, ist ungewiss. Zu ihnen könnten auch zwei 18- und 19-jährige aus dem Main-Taunus-Kreis zählen. Die damaligen Mitglieder von NPD und »Wiking Jugend« wurden im August 1987 festgenommen: Sie hatten anlässlich des vermeintlichen Mordes an Rudolf Hess einen Sprengsatz in einem Schließfach im Frankfurter Hauptbahnhof deponiert.
Zu Beginn der 1990er erfasste die Welle rassistischer Anschläge auf Wohnheime für AsylbewerberInnen und Wohnhäuser von MigrantInnen auch Hessen. Es gab 39 (1993) und 14 (1994) versuchte und durchgeführte Brandanschläge. Erneute Waffenfunde zeigten, dass Teile der Szene bewaffnet agieren wollten. Im November 1994 wurde laut Polizei im bayerischen Traunstein »das größte Waffenlager seit 20 Jahren« ausgehoben. Die ErmittlerInnen fanden bei Mitgliedern des »Nationalen Einsatzkommandos« und der »Nationalistischen Front« »vier Maschinengewehre, 35 Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehre, 92 Gewehre, 700 Pistolen, 40 Handgranaten, acht Kilo Plastiksprengstoff, 100 Zünder, eine selbstgebastelte Rohrbombe mit Zündschnur und 200 Kisten Munition«. Bestimmungsorte der Waffen waren Frankfurt/ Main und der mittelhessische Raum Wetzlar/ Gießen. Im Januar 1995 wurde bei Hausdurchsuchungen im NPD-Spektrum im südhessischen Viernheim eine scharfe Handgranate gefunden. Wenige Monate darauf fanden die Behörden im Rhein-Neckarkreis Maschinengewehre, Handfeuerwaffen, Munition sowie Hakenkreuzfahnen. Die Verbindungen führten die ErmittlerInnen auch zur Frankfurter »Taunusfront« sowie zur NSDAP/AO.
Bei einer Verkehrskontrolle 2003 stellte die Polizei bei Mitgliedern der »Nationalen Kameradschaft Frankfurt« (NKF) Waffen und Pläne zur Durchführung von Wehrsportübungen im Raum Aschaffenburg sicher. Ein Schwerpunkt der im Rhein-Main-Gebiet agierenden Gruppe lag in der »Anti-Antifa«-Arbeit. Dass hinter den Wehrsportplänen das einstige FAP-Mitglied Falko S. stand, verdeutlichte die generationsübergreifenden Verbindungen der Szene. Die NKF, alsbald in »Freie Nationalisten Rhein-Main« (FNRM) umbenannt, entwickelte sich schnell zur relevantesten Kameradschaft Hessens. Ausgangspunkt war Marcel Wölls »nationale Wohngemeinschaft« im mittelhessischen Butzbach. Protestierenden AntifaschistInnen begegnete Wöll, der 2006 zum NPD-Landesvorsitzenden gewählten wurde, mit einer Axt. Ein 2006 gegen die FNRM eingeleitetes Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde eingestellt. Auch im osthessischen Kirtorf (Vogelsberg) fand die Polizei im August 2004 bei einem Mitglied der Kameradschaft »Berserker Kirtorf« scharfe Waffen (s. drr Nr. 135).
Ab 2007 traten die »Autonomen Nationalisten« beziehungsweise die »Anti-Antifa« aus Wetzlar in Erscheinung, deren Mitglieder 2010 einen Brandanschlag auf das Haus eines gegen rechts Aktiven verübten. In Nordhessen machten die »Freien Kräfte Schwalm-Eder« (FKSE) Jagd auf alternative Jugendliche. Bei einer Hausdurchsuchung nach einem gewalttätigen Übergriff fand die Polizei Anleitungen zum Bau von Rohrbomben. Einen fast tödlichen Höhepunkt fanden die Übergriffe der FKSE 2008 bei einem Überfall auf ein linkes Jugendcamp nahe Treysa. Kevin Schnippkoweit aus dem Umfeld der FNRM hatte ein 13-jähriges Mädchen mit einem Spaten beinahe erschlagen.
Hinsichtlich möglicher Kontakte hessischer Neonazis zum NSU bleiben Fragen: Welcher Verdacht verbirgt sich hinter den Hausdurchsuchungen vom 26. April 2012 im Kreis Limburg? Wurde Halit Yozgats Internetcafé in Kassel vom NSU selbst als Tatort ausgewählt oder bestanden Kontakte vor Ort? Und welche Rolle spielte der Verfassungsschützer Andreas T., der sich 2006 zur Tatzeit am Tatort aufhielt? Von den hessischen Behörden sind kaum Antworten zu erwarten, der Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) mauert. Jahrelang spielten die Behörden die Zustände in Hessen herunter, davon werden sie nicht Abstand nehmen. Aktuellstes Beispiel ist der Fall Patrick Wolf aus dem Wetteraukreis. Erst ein Jahr nach einer Hausdurchsuchung im Mai 2011 wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass bei dem Neonazi scharfe Waffen gefunden worden waren.

Kritische Forschung

1987 wurde an der Fachhochschule Düsseldorf die »Arbeitsstelle Neonazismus« gegründet. Bis heute wird an der Hochschule – nun unter dem Namen »Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus« (FORENA) - kritische Wissenschaft zur extremen Rechten betrieben – einzigartig in der deutschen Hochschullandschaft. Für »der rechte rand« sprach Ernst Kovahl mit dem Leiter des Forschungsschwerpunktes, Professor Dr. Fabian Virchow. Dabei ging es auch um die Herausforderungen an kritische WissenschaftlerInnen nach dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrunds«.

der rechte rand (drr): 25 Jahre FORENA an der Hochschule Düsseldorf, das sind 25 Jahre kritische Forschung zu Neonazismus, Rassismus und der extremen Rechten. Welche wissenschaftlichen, pädagogischen aber auch politischen Akzente konnte das Institut bisher setzen?

Fabian Virchow (FV): Hier sind verschiedene Phasen zu unterscheiden. In den ersten Jahren unter Leitung von Christiane Rajewsky wurde stark auf Anforderungen von außen reagiert. Es wurden Handreichungen für die pädagogische Arbeit erstellt, auch eine Broschüre zu rechtlichen Möglichkeiten des Vorgehens gegen die extreme Rechte und Rassismus. Solche Angebote machen inzwischen auch viele andere zivilgesellschaftliche Akteure. Unter der Leitung von Wolfgang Dressen entstanden dann beispielsweise zwei große Ausstellungen, eine zum Raub jüdischen Eigentums nach 1933 und eine zum Kulturaustausch zwischen Judentum, Islam und Christentum. Von Mitarbeitern des Forschungsschwerpunktes wurde zudem früh zu grundlegenden Veränderungen der extremen Rechten gearbeitet, also zum Beispiel zu RechtsRock oder antimuslimischem Rassismus. Ich selbst verbinde mit der Leitung den Versuch, den Forschungsschwerpunkt zu einem Bezugspunkt für eine gesellschaftskritisch fundierte Auseinandersetzung – theoretisch wie praktisch – mit der extremen Rechten, mit Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Das ist aber kein kurzfristig realisierbares Vorhaben.

drr: Die Extremismus-Forschung wird vom Staat und über Stiftungen auskömmlich finanziert. Wie steht es dagegen heute um kritische Forschung zu Neonazismus und der extremen Rechten an den deutschen Hochschulen?

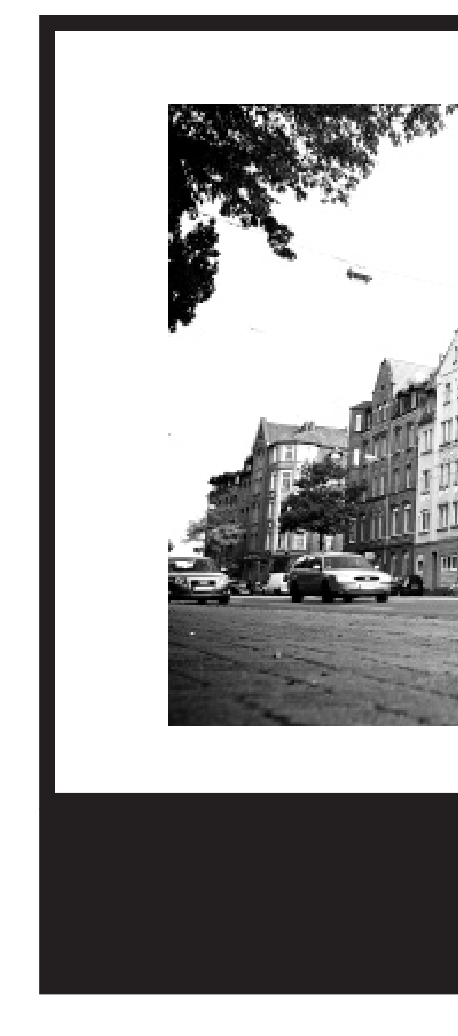
FV: Die finanziellen und personellen Ressourcen sind sehr bescheiden. Fast alles muss mühsam projektbasiert bei Drittmittelgebern beantragt werden. Bedeutsam ist auch, dass von denjenigen, an deren Lehrstühlen in der Vergangenheit kontinuierlich auch kritisch zu solchen Fragestellungen gearbeitet wurde, wo auch zahlreiche Doktorarbeiten entstanden sind und die über längere Zeit wichtige Impulse geliefert haben, etliche ProfessorInnen jüngst oder in naher Zukunft emeritiert wurden beziehungsweise in nächster Zeit werden. An den Einsendungen zum gerade erstmals verliehenen Nachwuchspreis unseres Forschungsschwerpunktes sehen wir aber auch, dass es an den Hochschulen viele jüngere WissenschaftlerInnen gibt, die mit einem entsprechenden Selbstverständnis tätig sind und sehr spannende wie ambitionierte Fragestellungen bearbeiten.

drr: Wie ist die Situation an den deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich? Gerade in den USA oder in Großbritannien gibt es ja eine etablierte Faschismusforschung?

FV: Soweit ich das sehe, ist die Situation sehr unterschiedlich. In den USA gibt es nicht einmal eine entsprechende akademische Community, die einigermaßen regelmäßig zusammen kommt. Das »Center for Right-Wing Studies« bemüht sich seit einigen Jahren, eine entsprechende Einrichtung zu etablieren. In Großbritannien gibt es recht viele KollegInnen, die aber – nicht anders als hier – verschiedenen Grundverständnissen folgen. Darunter dann auch einige, die dies explizit unter dem Begriff der Faschismusforschung tun.

drr: Seit dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) kann niemand mehr leugnen, dass es in Deutschland über Jahre rechte Terror-Strukturen an der Schnittstelle zur legalen Neonazi-Szene gab. Ministerien, Behörden und die Extremismus- und Sicherheitsforschung hatten dagegen immer behauptet, organisierten Terrorismus von Rechts gibt es nicht. Wie kam es zu solchen Fehleinschätzungen?

FV: Da spielt bei manchen dieser Akteure eine systematische, in den jeweiligen Organisations- beziehungsweise Institutionskulturen verankerte und aus den Entstehungskontexten erklärbare Unterschätzung, zum Teil auch Verharmlosung der Gefahr von Rechts eine Rolle. Außerdem kommt sicherlich auch die Aufmerksamkeitsverschiebung auf den Islamismus, die ja auch mit Ressourcenumschichtung zu tun hat, dazu. Angesichts des umfassenden Systems der V-Leute, über das erhebliche Geldmittel in extrem rechte und neonazistische Strukturen fließt, wären eigentlich mehr Hinweise auf den NSU und seine UnterstützerInnen erwartbar gewesen – aber offenbar waren und sind die Loyalitäten der V-Leute in diesen Fällen doch sehr eindeutig. Und wo es Hinweise gab, ist ihnen aus unterschiedlichen Gründen nicht systematisch nachgegangen worden. Sicherlich kann man zudem darauf verweisen, dass es auch seitens anderer BeobachterInnen der Szene keine zutreffende Analyse gegeben hat. Aber dann sollte man auch nicht verschweigen, dass die oben genannten Einrichtungen über ein Vielfaches an Ressourcen verfügen.



drr: Wäre denn eine zutreffendere wissenschaftliche Analyse der Gefahr von Rechts möglich gewesen? Es gab ja schließlich immer auch zum Teil sehr konkrete Hinweise auf Terrorpläne, auf Gewalt und Waffenfunde bei Neonazis.

FV: Das ist richtig. Entsprechende Meldungen im Zusammenhang mit Durchsuchungen bei Neonazis füllen eine lange Liste. Ich könnte mir jedoch vorstellen, dass bei entsprechender Ressourcenausstattung, das heißt also einer nicht den aktuellen Konjunkturen – nach einem NPD-Wahlsieg wendet sich die Wissenschaft dann der NPD zu – folgenden Forschungstätigkeit, Erkenntnisse über Faktorenkombinationen, die sich als förderlich für die Entwicklung und das Auftreten rechten Terrors erweisen, hätten erkannt werden können. Dass Wissenschaft nicht konkret nach TäterInnen fahndet, dürfte selbstverständlich sein.

drr: Welche Aufgaben ergeben sich für eine kritische Forschung zur extremen Rechten, Rassismus und Neonazismus aus dem Auffliegen des NSU und dem offenkundigen Scheitern der Extremismus-Forschung am NSU?



Vom Internetcafe, in dem die Nazis am 6. April 2006 den Besitzer Halit Yozgat ermordeten, sind es nur wenige Meter zur nächsten Polizeidienststelle. Besonders brisant bei diesem Mord in Kassel: Ein damaliger Mitarbeiter des VS war zur Tatzeit im Café und hat angeblich nichts von der Tat des »Nationalsozialistischen Untergrundes« mitbekommen.

FV: Hierzu zählt meines Erachtens einerseits eine auch theoretisch gestützte Analyse der Vorgänge, die zur Entstehung der Gruppe geführt haben, sowie der Bedingungen, die ihr langjähriges Morden ermöglichten. Hier rücken auch staatliche Akteure in den Blick, wie die zahlreichen Meldungen aus den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen schon verdeutlichen. Allerdings wird eine kleine Einrichtung wie der Düsseldorfer Forschungsschwerpunkt nicht auch noch Geheimdienstforschung machen können.

drr: Aus den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, den journalistischen Recherchen und dem Leaken von Ermittlungsakten zum NSU stehen zukünftig unübersehbare Mengen an Quellen für Forschung zum Komplex des Neonazismus der 1990er Jahre zur Verfügung. Ist das ein Glücksfall für die Wissenschaft?

FV: Hinsichtlich der Material- und Quellenlage ist das sicherlich so. Meines Erachtens erschließt sich deren Bedeutung aber nur unter Berücksichtigung von historischen Perspektiven und theoretisch abgesichert. Sonst bekommen wir vielleicht eine dichte Beschreibung dessen, was sich zugetragen hat – das wäre auch schon viel, aber für ein grundsätzliches Verstehen bedarf es eben mehr. Und das ist – ich muss es leider noch einmal sagen – auch eine Frage der finanziellen Ressourcen. Das ist angesichts der Menge der Materialien wohl evident.

drr: Wo gibt es in der mittlerweile doch recht umfangreichen Forschung und Publizistik zu Neonazismus und zur extremen Rechten heute noch wichtige Leerstellen? Welche Fragen und welche Themen sind aus Ihrer Sicht noch zu wenig erforscht?

FV: Sicherlich ist eine der wichtigen Fragen die nach den strukturellen wie individuellen Faktoren, die zu einer Radikalisierung a lá NSU beitragen. Meiner Wahrnehmung nach war das konkrete Milieu, aus dem die Gruppe hervorging, ja nicht singulär. Zudem existiert Vergleichbares. Also zum Beispiel ein gewisses Niveau von gezielt ausgeübter Gewalt gegen politische GegnerInnen, Verfügung über Sprengmittel und Waffen, Diskussionen über Terrorismus in vielen Regionen. Grundsätzlich wäre es aber falsch, wenn man sich lediglich den Dimensionen von Gewalt und Radikalisierung zuwenden würde, denn die genannten Strukturen sind ja nur die Spitze des Eisbergs. Mit Blick auf Prävention sehe ich eine sehr große Lücke bei der Frage, welchen Beitrag Schule leisten kann. Auch die verdienstvolle Arbeit von zivilgesellschaftlichen Institutionen wie »Schule ohne Rassismus« kann meines Erachtens nicht darüber hinwegtäuschen, dass an den Schulen, denken Sie auch an die Berufsschulen, zu wenig passiert.

Großen Bedarf sehe ich unter anderem auch an einer wissenschaftlich basierten Prognostik hinsichtlich der Entwicklung der extremen Rechten unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen sowie – trotz verschiedener Evaluationen von Bundes- und Landesprogrammen – in der Weiterentwicklung und breiteren Implementierung breit gefächerter und auf die jeweiligen Gruppen und ihre sozialen Lagen zugeschnittene Präventions- und Interventionsprojekte zur Reduzierung von menschenrechtsfeindlichen Einstellungen und Ausgrenzungspraxen.

drr: Welche konkreten Projekte stehen bei FORENA jetzt an?

FV: Wir sind zunächst gefordert, auch Themen und Fragestellungen weiter im Blick zu behalten, zu denen wir seit längerem arbeiten. Wie bereits angedeutet, halte ich wenig davon, immer den aktuellsten Trends hinterherzulaufen und angesichts begrenzter Ressourcen dann aufgebaute Kompetenz verkümmern zu lassen. Zu den Schwerpunkten wird die historisch-politische Bildung gehören. Das hat damit zu tun, dass die Fachhochschule einen Neubau am Ort der Deportation der Jüdinnen und Juden in Düsseldorf errichtet. Hier sind wir an der Konzeptentwicklung beteiligt und werden dann nach Fertigstellung des Erinnerungs- und Lernortes auch entsprechende Bildungsangebote anbieten. Zum anderen gibt es eine Reihe von Projekten und Projektideen, die sich mit Prognostik ebenso befassen wie mit dem Stellenwert von Medien. Schließlich würden wir gerne Summer Schools etablieren, wo sich NachwuchswissenschaftlerInnen vernetzen können.

drr: Vielen Dank für das Gespräch!

Den Behörden auf die Finger schauen!

Ohne die kontinuierlichen Recherchen und die Sammlungen von antifaschistischen Archiven, Initiativen, JournalistInnen und Medien wäre heute nur wenig über die Nazi-Szene der 1990er Jahre bekannt, aus der später der »Nationalsozialistische Untergrund« entstanden ist. Ein notwendiges Selbstlob.

von Ulli Jentsch (apabiz)

Nach fast einem Jahr Recherchen und Diskussionen über den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) wird immer deutlicher, dass antifaschistische Initiativen mit ihren Einschätzungen zuvor richtig lagen. Die im November 2011 aufgeflogene Terrorgruppe ist nicht begreifbar ohne ein Verständnis davon, was in den 1990er Jahren passiert ist. Immer wieder tauchen sie nun auf: Alte Bekannte aus dem Netzwerk der »Kameradschaften« und von »Blood & Honour«, ihre Grüppchen und ihre kaum bekannten Szeneblätter. Ohne die damaligen und heutigen Recherchen der antifaschistischen Projekte würden wir wenig bis nichts über die erfahren, die heute als NSU-UnterstützerInnen gehandelt werden. Und das sind offenbar selbst nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes über 100 Personen.

Kompetente Recherchen

Die Arbeit der antifaschistischen Initiativen ist in den letzten Monaten oft und manchmal durch berufenen Mund gelobt worden. Unser aller ehrenamtliches und kritisches Engagement in den vergangenen Jahren gilt zunehmend als seriös, kompetent und mit einem angeblich größeren Potential ausgestattet als die Verfassungsschutz-Behörden. AntifaschistInnen haben der Politik in den letzten 20 Jahren so manche Analyse hinterher getragen. Der Druck, offen neo-nationalsozialistische Strukturen überhaupt wahrzunehmen, kam in vielen Fällen aus der Gesellschaft und nicht von den Behörden. Bei den letzten Vereinsverboten gegen die »Heimattreue Deutsche Jugend« oder die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene« beispielsweise waren es Recherchen antifaschistischer Initiativen und JournalistInnen, die die Politik in Gang brachten. Diese setzte dann erst die Behörden in Bewegung, weil sie Verbote vorbereiten sollten.

Der Blick in die momentan im Fokus stehenden 1990er Jahre zeigt, dass es auch damals bei anderen Phänomenen nicht viel anders lief. Es brauchte beispielsweise jahrelange Hinweise auf die gewaltbereite Nazi-Skinhead-Szene, bis sie wahrgenommen wurde. Und selbst dann wurde ihre Bedeutung als subkultureller Bereich ohne besondere organisatorische Bedeutung notorisch klein geschrieben. Viele Publikationen jener Jahre hinterließen den Eindruck, dass den Behörden alle Organisationsformen, die keinen Mitgliedsausweis verteilen, nicht ins Raster passten. Heute wissen wir aber, welche Bedeutung diese Strukturen politisch, organisatorisch und sozial hatten, denn sie waren der Geburtsort des bedeutendsten rechtsterroristischen Netzwerks Deutschlands, des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU).

Kriminalisierung

Alternative Beobachtung und Recherche ist älter als die aktuelle Geheimdienstkrise und sie wird seit Jahrzehnten von AntifaschistInnen durchgeführt. Dies geschieht, wie dankenswerterweise manche in der heutigen Debatte nicht müde werden zu betonen, teilweise unter Gefährdung von Leib und Leben der Beteiligten. Aber antifaschistische Recherche wird durch polizeilichen Staats- und Verfassungsschutz beständig kriminalisiert. Antifaschistische Initiativen stehen im Visier des Geheimdienstes, werden bespitzelt, überwacht und denunziert.

Die momentane Diskussion über den Sinn des Verfassungsschutzes ist erfreulich. Dabei gibt es derzeit eigentlich zwei Diskussionen, die parallel verlaufen. Die KritikerInnen wollen den Inlandsgeheimdienst abschaffen oder zumindest degradieren, um damit die demokratische Kontrolle über diesen Bereich zu verbessern. Die anderen, die »SicherheitsarchitektInnen«, wollen die institutionelle Krise nutzen, um Behörden effektiver zu machen, sie umzubauen und zu zentralisieren.

Nicht-staatliche Aufklärung

Bei dieser Debatte drohen solche Aspekte ins Hintertreffen zu geraten, die auch allen antifaschistischen Initiativen und Projekten wichtig sein sollten: Wie wichtig ist der Gesellschaft ein verlässliches Frühwarnsystem über die Entwicklungen der extremen Rechten, speziell der gewalttätigen neonazistischen Szene? Es ist ein Witz der Geschichte, dass Deutschland seine Aufklärung über »Rechtsextremismus« einem Geheimdienst in die Hände gelegt hat. Es braucht zivile, nicht-staatliche Beobachtung und Aufklärung, denn der Staat, ja dessen eigene Instanz für Beobachtung und Aufklärung, der Inlandsgeheimdienst selbst, hat seinen eigenen Beitrag zu der Existenz und Weiterentwicklung der neonazistischen Strukturen geleistet. Der Verfassungsschutz hat nicht hier und da versagt, er hat sich mitschuldig gemacht. Und die Parlamente haben sich jahrelang um die Kontrolle des Geheimdienstes nicht ansatzweise geschert. Die Kontrolle von Lebensmitteln ist in diesem Land besser geregelt.



Was können antifaschistische Projekte tun? Die Law-and-Order-StrategInnen bringen sich derzeit wieder in Stellung und werden alles daran setzen, ihre Agenda einer reformierten und modernisierten »Superbehörde« umzusetzen. Sofern dies nicht von der größeren der Oppositionsparteien zum Wahlkampfthema gemacht werden wird und kein Wille erkennbar wird, etwas anderes als ein neues NPD-Verbotsverfahren anzugehen, dann war es das. Also fordern wir das Unmögliche: Die sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes. Den Rest müssen wir, wie gehabt, mal wieder selber machen.

Spendet für die unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-watch«!
Nähere Informationen dazu auf der vorletzten Seite dieses Heftes.

1.000 Mal »Junge Freiheit«

Am 12. Oktober 2012 feierte die »neu rechte« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) das Erscheinen ihrer 1.000. Ausgabe. Bereits 2011 beging sie ihr 25jähriges Jubiläum (s. drr Nr. 133). Die JF nutzte die 1.000. Ausgabe, um Werbung in eigener Sache zu machen. Nach eigenen Angaben druckte sie 74.000 anstatt regulär 27.000 Exemplare und übersandte diese kostenlos an »Politiker, Journalisten und führende Verbandsvertreter«. Außerdem seien »mehr als 1.100 Studentenorganisationen aus Deutschland und Österreich [...] im Jubiläumsverteiler«.

REP-Parteitag

Am 6./7. Oktober 2012 fand in Veitshöchheim der Parteitag der Partei »Die Republikaner« (REP) statt. Der langjährige Parteivorsitzende Rolf Schlierer wurde mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner und Detlev Stau (Thüringen) wurden erneut zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Neu im Bundesvorstand ist Brigitte Wagner, REP-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern.



Das letzte bekannte Opfer der NaziterroristInnen ist die Polizistin Michèle Kiesewetter, die am 25. April 2007 in Heilbronn auf Streife in ihrem Dienstwagen ermordet wurde. Ihr Kollege überlebte schwer verletzt.

NPD NRW

Auf ihrem 40. nordrhein-westfälischen Landesparteitag am 23. September 2012 in Duisburg wurden Claus Cremer in seinem Amt als Landesvorsitzender und Stephan Haase und Timo Pradel in ihrer Funktion als Stellvertreter bestätigt. Ariane Meise löste den Dritten im Bunde, Detlev Hebbel, ab.
Auf dem Parteitag sprach der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel. Als Ordner der Veranstaltung traten Neonazis des »Freien Widerstandes Wuppertal« auf.

»Besseres Hannover« verboten

Am 25. September 2012 hat der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) die neonazistische Gruppierung »Besseres Hannover« verboten. Die Verbotsverfügung wurde im Rahmen von Hausdurchsuchungen in 27 Objekten in Hannover und im Umland an die vier mutmaßlichen Anführer der Gruppierung überbracht. Als Begründung wurde unter anderem ein laufendes Ermittlungsverfahren gegen 22 Mitglieder wegen des Verdachts der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« (§ 129 StGB) genannt. Die seit 2008 bestehende Organisation war in der Vergangenheit neben der Teilnahme an Naziaufmärschen durch Propaganda- und Störaktionen aufgefallen. Eine von »Besseres Hannover« verfolgte Taktik war die Störung von Veranstaltungen der SPD, von SchülerInnenvertretungen sowie von Kundgebungen wie zum Beispiel gegen das »Antipirateriеabkommen« (ACTA). Außerdem brachte die Gruppierung die unregelmäßig erscheinende Zeitschrift »Der Bock« heraus und produzierte etliche im Internet abrufbare rassistische Videoclips mit ihrem Maskottchen, dem »Abschiebär«. Am 23. Oktober 2012 legte der Verein fristgerecht Einspruch beim »Oberverwaltungsgericht« in Lüneburg ein.

JN Sachsen

Am 6. September 2012 wurde Paul Rzehaczek auf dem sächsischen Landeskongess der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und löste damit Tommy Naumann ab. Rzehaczek kommt ursprünglich aus dem Spektrum der »Freien Nationalisten«. Stellvertretender Landesvorsitzender wurde Jens Gatter aus Oschatz, der für die NPD Mitglied des Gemeinderats von Liebschützberg, Mitglied des Kreistages Nordsachsen und Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ist.

Neuer JN-Bundesvorsitz

Auf dem 39. Bundeskongress der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) unter dem Motto: »Wir schreien, wenn alle schweigen!« am 27. Oktober 2012 in Kirchheim wurde Andy Knape (Magdeburg) zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Michael Schäfer war nicht mehr angetreten. Julian Monaco ist stellvertretender Bundesvorsitzender. Das »Amt Bildung« übernimmt Pierre Dornbrach, Patrick Kallweit »Lektorat und Redaktion« und Sebastian Richter die »Binnenkommunikation«.

»Runes & Men«

Am 7./8. Dezember 2012 soll in der Dresdener »Reithalle« ein rechtes Darkwave-Spektakel stattfinden, organisiert von der »Equinoxe Organization«. Headliner wird die Band »Death in June« (s. drr Nr. 133) sein. Auftreten sollen auch die deutschen Formationen »Sonne Hagal« und »Vurgart«. Die Veranstaltung trägt im Übrigen den Namen eines DIJ-Songs, in dem es heißt: »Then my loneliness closes in, so I drink a German wine and drift in dreams of other lives and greater times.« Unterlegt ist das Lied mit einem Ausschnitt einer Rede des Gauleiters des ›Traditionsgaus‹ München-Oberbayern respektive ab 1933 bayerischen Innenministers Adolf Wagner.

Ein »Zwischentag«

Die Zeitschrift »Sezession« lud zum »Zwischentag« am 6. Oktober 2012 nach Berlin. Angekündigt als eine »Freie Messe« präsentierten sich dort zahlreiche rechte Verlage, Zeitschriften und Projekte – auch mit Kurzvorträgen. Bei einer reinen Präsentation von Positionen blieb es nicht – die Auseinandersetzung untereinander offenbarte Dissens.

von Svenja Reutling

Im Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf fanden sich im Laufe des Tages mehr als 700 BesucherInnen des »Zwischentags« ein. Das »neu rechte« »Institut für Staatspolitik« (IfS) war hier nicht zum ersten Mal zu Gast. Bereits in den vergangenen Jahren führte es seine Tagung, das »Berliner Kolleg«, in dem gehobenen Ambiente des Freimaurerhauses durch. Besonderer Anlass dieses doch ungewöhnlichen Unterfangens, eine »Messe« durchzuführen, war das Erscheinen der 50. Ausgabe der IfS-Hauspostille »Sezession«. Über 20 Informations- und Verkaufsstände kündigte der Organisator an, parallel vierzehn Kurzreferate. Platz sei für »1.000 Besucher« und maximal 300 könnten an der abendlichen »Feierstunde« mit Buffet teilnehmen – gegen Aufpreis. Und der Eintritt hatte es in sich: 25,- Euro kostete eine normale Eintrittskarte, 55,- Euro durfte zahlen, wer auch am Abend dabei sein wollte – so lässt sich Geld machen.

Selbstbewusste Rechte

Lange war der »Zwischentag« im Vorfeld angekündigt und wurde im Web sogar mit einer eigenen Homepage beworben. Einzig der Veranstaltungsort wurde aus Sorge vor Protesten und möglichen Problemen erst kurzfristig veröffentlicht. Doch die blieben aus. Entsprechend süffisant kommentierte Götz Kubitschek, Chefredakteur der »Sezession«, gegenüber einem Fernsehteam des RBB, dass »es Anfang der 90er, als wir begonnen haben, viel heftiger« gewesen sei. »Dass man tatsächlich richtig Ärger bekam von der Antifa oder von links, wenn man Vergleichbares gemacht hat. Aber mittlerweile sind das ja saturierte, angekommene Leute.« Der Ton passt zum gewachsenen Selbstbewusstsein dieses Spektrums.

Volles Haus

Eng wurde es im Vortragsraum. Während 1.000 Messekarten im Angebot waren, bot dieser lediglich Platz für 150 BesucherInnen. Bereits zu Beginn des »Zwischentags« füllten sich dort die Plätze schnell und sollten auch in den folgenden acht Stunden mit Vorträgen immer restlos belegt bleiben. Wer Pech hatte, bekam für sein Geld gerade mal die paar Stände zu Gesicht, deren Auslagen nicht überwältigend waren. Sie präsentierten die rechte Bandbreite fernab der NPD, vom »Allgemeinen Pennäler Ring« (APR) bis zur Zeitschrift »Zuerst!«. Doch selbst wer sich Zeit ließ, hatte binnen einer Stunde alles gesehen. Abwechslung gab es nur im Vortragsraum.

Kurze Einblicke

14 Kurzreferate standen auf dem Programm. Mit ihnen wurden aktuelle Themen aufgegriffen und unterschiedliche Projekte des Spektrums vorgestellt. Felix Menzel, Mitglied des »Bund Junges Ostpreußen« (BJO) und Chefredakteur der »neu rechten« Jugendzeitschrift »Blaue Narzisse« stellte »Konservative Jugendprojekte« vor und warb um Unterstützung. Dabei konnten trotz aller Gemeinsamkeiten die drei Projekte unterschiedlicher nicht sein: die Jugendorganisation der »Landesmannschaft Ostpreußen« mit ihrem Schwerpunkt auf Reisen nach Ostpreußen und Erhaltung der ostpreußischen Kultur, der APR als Heimat für konservative Schüler und die »Blaue Narzisse« als Zeitschrift des selbstbewussten Nachwuchses aus dem Dunstkreis des IfS. Menzel betonte in seiner Moderation die zentrale Rolle der Jugend für die Politik vor einem Publikum aller Altersgruppen.

Interessiert folgten die BesucherInnen dem Blick nach Österreich, angesichts des Umfragehochs der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) kein Wunder. Vertreter der Zeitschriften »Der Eckart« und »unzensuriert« beschrieben unter der Fragestellung »Was macht Österreichs Rechte besser?« dabei nicht nur die politischen Situation im Nachbarland, sondern versuchten Unterschiede zu Deutschland herauszuarbeiten. Die Referenten hoben die zentrale Rolle der Burschenschaften und einer etablierten parlamentarischen Rechtspartei hervor.

Spätestens bei den Debatten zum Thema »Burschenschaft heute – Kontroversen 2012« zeigte eine Reihe von Besuchern mit stolzer Brust das Band ihrer Korporation. Im Mittelpunkt stand die Debatte um das politische Verständnis der »Deutschen Burschenschaft« (DB), die öffentlich zuletzt wegen der Äußerungen des Schriftleiters der DB-Zeitschrift »Burschenschaftliche Blätter« Norbert Weidner wahrgenommen wurde. Die unterschiedlichen Positionen zur Ausrichtung – von minimalem Konsens bis zum aktiven politischen Wirken der DB – wurden durch den Vertreter der »Normania-Nibelungen Bielefeld«, der »Berliner Burschenschaft Gothia« und Weidner sowie Wortmeldungen von Korporierten aus dem Publikum deutlich.

Islam als Streitpunkt

Bereits im Vorfeld als »Höhepunkt« des Tages wurde die Kurzdiskussion »Ist der Islam unser Feind?« gewertet – gegenüber standen sich im wahrsten Sinne des Wortes Karlheinz Weißmann, ideologischer Kopf des IfS, und Michael Stürzenberger, Autor beim Islamhasser-Webportal »politically incorrect« (pi) und bayerischer Landesvorsitzender der Partei »Die Freiheit«. Der vertrat seine bekannten Positionen: Der Koran sei vergleichbar mit »Mein Kampf«, und »der Islam« eine aggressive, ja faschistische Religion, die darauf aus sei, alle Nicht-Muslime zu unterwerfen. Etwas überraschend war dabei nur, dass er sich als Bewahrer der Emanzipation, Freiheit und der Demokratie zu verkaufen suchte und das Grundgesetz seinen positiven Fixpunkt nannte. Mit AusländerInnen, egal ob Türke oder anderer Nationalität, habe er keine Probleme, solange sie dem Koran abschwören und sich zu ›unseren Werten‹ bekennen würden.

Weißmann widersprach ihm deutlich. »Ich möchte Sie hier mal unter Liberalismusverdacht stellen«, betonte er und erntete Gelächter. »Ich muss wirklich zugeben, ich hab überhaupt kein Bedürfnis Menschen anderer Kulturen von irgendwas zu befreien«, zog Weißmann blank und warf Stürzenberger vor, dass er sich auf nichts anderes »als die individualistische hedonistische westliche Form von Liberalismus« beziehe, die »uns ja genau in diesen Schlamassel hinein gezwungen« habe. Die »Islamkritiker«, so Weißmann, würden »den Feind« nicht »hinreichend konkret« benennen. Der Islam sei nicht das Hauptproblem. »Wir haben es mit einem Problem zu tun, das ist ethnischer Natur«, betonte er: »Wir müssen etwas gegen diese Zuwanderung dieser Leute unternehmen. Ihn

beziehungsweise das Institut interessiere, erklärte dessen spiritus rector, die Verteidigung der konkreten Ordnung: »Primär ist der Staat, sekundär ist die Demokratie. Primär ist der Staat, sekundär sind die Werte. Primär ist der Staat und wie bequem und wie freiheitlich und wie individualistisch wir leben können, das […] wird vorgegeben durch den Rahmen, den der Staat zieht«. Ausgangspunkt könnten nicht »irgendein freischwebender Individualismus« und »irgendwelche westlichen Werte« sein, das würde »nicht die nötige Durchschlagskraft entwickeln«, betonte Weißmann: »Wenn wir auf diesem Sektor etwas tun wollen, dann dürfen wir nicht den Hebel bei der Religion ansetzen, sondern wir müssen den Hebel schlicht und ergreifend bei unserer Identität als Deutsche ansetzen, davon müssen wir ausgehen«. Tosender Beifall.
Stürzenberger jammerte indes nur, die Gefahr des Islam würde unterschätzt: »Ich spüre es hier im Raum!«. Und an Weißmann gewandt: »Ich spüre es auch in Ihrem Kopf, in Ihrem Denken, Sie haben noch nicht diese Urkraft realisiert, die in dieser Ideologie steckt«. Die in der Diskussion offensichtlich werdende Diskrepanz ihrer Positionen verstand er offenbar nicht.

Nachsätze

Wie sehr die Debatte den restlichen Tag prägte, zeigten nicht nur die anschließenden lebhaften Flurgespräche, sondern auch die Reaktion des Chefredakteurs der »neu rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit«, Dieter Stein. Thema seines Vortrags war die »Wochenzeitung Junge Freiheit – Stand und Vorhaben« und doch betonte er zunächst den »historischen Moment«, dass diese Debatte hatte stattfinden können. Wenig überraschend war Steins Ablehnung der Debatte in der »Deutschen Burschenschaft« um die Äußerungen von Weidner. Für ihn stehe fest, dass diese sich endlich eindeutig positiv auf den 20. Juli 1944 beziehen solle. Seine Ausführungen schloß er mit der Betonung ab, dass eine umfangreiche konservative Publizistik Grundlage zur Etablierung eines erfolgreichen politischen Projektes sei – wie eben jener Rechtspartei in Österreich. Seine diesbezügliche Ablehnung der NPD wurde von anwesenden Mitgliedern der Partei, wie den sächsischen Landtagsabgeordneten Arne Schimmer und Andreas Storr sowie dem Berliner Landesvorsitzenden der NPD, Sebastian Schmidtke, eher gelangweilt zur Kenntnis genommen.

Masse durch Vielfalt

Die AusstellerInnen bildeten eine Bandbreite der politischen Landschaft ab, die über das »neu rechte« und rechtskonservative Spektrum, in deren Mittelpunkt als Veranstalter das IfS stand, hinausging. Dennoch dominierte das Institut mit zahlreichen eigenen oder nahestehenden Projekten die Veranstaltung. Die relativ unbekannte rechtsliberale »Stresemann-Stiftung« präsentierte sich nicht nur in einen Vortrag, sondern war auch mit einem Informationsstand vertreten. Der »islamkritische« Internetblog PI stellte gemeinsam mit dem deutschen Ableger der »English Defense League« (EDL), der »German Defense League« (GDL), ihr überschaubares Informationsmaterial aus. Auch die Zeitschrift »compact« von Jürgen Elsässer war neben den österreichischen Zeitschriften »unzensuriert« und »Der Eckartbote« vor Ort. Manuel Ochsenreiter berichtete in seinem Vortrag nicht nur über den Nahen Osten, sondern war auch mit dem Verleger Dietmar Munier am Stand der Zeitschriften »Zuerst!«, »Deutsche Militärzeitung« (DMZ) und »Der Schlesier« zu finden. Nicht fehlen durfte selbstverständlich die JF mit der ihr nahestehenden »Bibliothek des Konservatismus«. Daneben präsentierten sich der »Telesma Verlag« (Treuenbrietzen), der »Regin Verlag« (Preetz), »Uwe Berg« (Toppenstedt) und der »Ares Verlag« aus Österreich.
Für einen konservativen Lebensstil sollten wohl die Verkaufsstände »Pro-Patria« (Mannheim) und »KonMo« (Gittelde am Harz) sorgen, die an studentischen Verbindungen orientierte oder mit Porträts von Ernst Jünger, Stefan George oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg versehene Mode anboten. Schließlich stellten sich die »Blaue Narzisse«, die BJO und der »Freibund« als rechte Jugendgemeinschaftsangebote vor sowie die »Burschenschaftlichen Blätter«, der »Allgemeine Pennäler-Ring« und die »Gothia«, die momentan politisch aktivste Korporiertenvereinigung im Berliner Raum, die regelmäßig Autoren der »Sezession« als Referenten einlädt.

»Feierstunde«

Den Abschluss dieses ›Markt der Möglichkeit‹ bildete eine »Feierstunde« für die 50. Ausgabe der »Sezession« mit einigen hundert Gästen. Als Chefredakteur hielt Kubitschek die Ansprache, ergänzt von Günter Scholdt, Autor der Zweimonatsschrift und Literaturwissenschaftler. Für ihn ist das seit 2003 erscheinende Periodikum ein Beweis, das der »Nonkonformismus in Deutschland noch nicht gänzlich am Boden liegt«. In den Mittelpunkt stellte er sodann das politische Wirken und den politischen Stil der Zeitschrift und des Instituts. Doch bevor sich die BesucherInnen um das Buffet drängen konnten, wurde noch ein Image-Film des »Sezession«-Autoren Martin Lichtmesz über das IfS präsentiert. Er setzt dabei die Akteure des »Think Tanks« und ihre Hauspostille mit Carl Schmitt, Oswald Spengler und Claus von Stauffenberg in Bezug. Sie seien die Vorbilder, ist die Botschaft.

Erfolg ?

Rückblickend hat das IfS seinen »Zwischentag« als Erfolg bewertet. Auch wenn nach eigenem Bekunden nur 713 der 1.000 möglichen Karten verkauft wurden. Dennoch: ohne eine Erweiterung des Kreises der Aussteller und Referenten – Frauen waren nicht auf den Podium und wenn überhaupt hinter den Info-Ständen zu finden –wäre die BesucherInnenzahl und die Veranstaltung insgesamt deutlich kleiner ausgefallen.
Das IfS, die »Sezession« und der Verlag »Edition Antaios« von Kubitschek konnten mit der Veranstaltung ihre Rolle als Stichwortgeber fernab der »Jungen Freiheit«, die sich mittlerweile vor allem auf ihr Kerngeschäft, die Herausgabe der Zeitung, konzentriert, verfestigen. Und mehr als die JF versuchen sich die ›Vordenker‹ als Networker. Die Ankündigung, in Berlin ein IfS-Büro unter Leitung von Erik Lehnert zu eröffnen, bezeugt diesen Vorwärtstrend. Einzig der Disput zwischen Weißmann und Stürzenberger dürfte die mögliche Vernetzung im Spektrum der IslamhasserInnen erschweren. Nichtsdestotrotz, schon jetzt wird für den 5. Oktober 2013 der nächste »Zwischentag« angekündigt.

»Junge Freiheit« präsentiert sich

Wie inzwischen fast üblich, präsentierten sich auch in diesem Jahr extrem rechte und »neu rechte« Verlage und Publikationen auf der Frankfurter Buchmesse. Allen voran die Wochenzeitung »Junge Freiheit« mit ihrem überdimensionierten Stand.

von Marc Haller

Auf dem Titel der 1000. Ausgabe der »Jungen Freiheit« stürmt der LeserIn ein Comic-Superman im Pop-Art Stil entgegen, doch anders als beim Original prangt auf seiner Brust kein »S«, sondern das Zeitungskürzel »JF«. Mit ihrer Jubiläumsausgabe feiert die »Junge Freiheit« sich im Oktober 2012 selbst und verspricht auf der Titelseite in Großbuchstaben »Jetzt noch unkorrekter!«. Das Kokettieren mit dem »Tabubruch« hat Tradition bei der »neu rechten« Wochenzeitung, die sich auf der Frankfurter Buchmesse unter dem Banner »Wo alle einer Meinung sind, wird meistens gelogen« präsentiert. Im Veranstaltungsprogramm stellte unter anderem Chefredakteur Dieter Stein einen Sammelband mit Texten des Publizisten und Herausgebers der »neu rechten« Zeitschrift »Criticón«, Caspar von Schrenck-Notzing, vor. Der als einer »der bekanntesten Autoren der Jungen Freiheit« beworbene Thorsten Hinz durfte sein neues Buch »Der Weizsäcker Komplex« ebenso präsentieren wie der JF-Kolumnist Günter Zehm seinen Band »Über die Krisen der Zeit«. Doch nicht nur hauseigene SchreiberInnen konnte das Blatt am Messestand begrüßen, wie das Beispiel des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im hessischen Landtag, Hans-Jürgen Irmer, zeigt. Erst im September dieses Jahres war er wegen der geplanten Einführung des islamischen Religionsunterrichts an Schulen von seinem Amt als bildungspolitischer Sprecher zurückgetreten. Nur einen Tag später hatte die JF Angriffe von Irmer auf den Vorsitzenden des »Zentralrats der Muslime in Deutschland« veröffentlicht. Irmer, der in der Vergangenheit auch schon bei der extrem rechten »Burschenschaft Dresdensia-Rugia« referiert hatte, beklagte im Gespräch mit dem JF-Redakteur Felix Krautkrämer ein Schwinden des konservativen Profils bei der CDU und ließ seinen kruden Thesen über den Islam freien Lauf. Die Opposition im Landtag warf ihm daraufhin »islamfeindliche, ausländerfeindliche und homophobe Positionen« vor, Irmer lebe »seine Nähe zum extrem rechten Rand des politischen Spektrums anscheinend völlig ungeniert aus«. Die JF sei ein Wolf im Schafspelz, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph einen Tag nach Irmers Auftritt. »Sie zielt darauf ab, rechtsradikale und rechtsextreme Positionen salonfähig zu machen, auch wenn sie versucht, das noch als konservativ zu vermarkten«.

Feindbild BpB

Krautkrämer begrüßte derweil am Messestand den Geschäftsführer des »neu rechten« »Instituts für Staatspolitik« (IfS), Erik Lehnert, der dort über eine hauseigene, noch unveröffentlichte Studie zur »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB) sprechen durfte. Ein beliebtes Thema in diesem Spektrum, nicht erst zum diesjährigen 60-jährigen Bestehen der Einrichtung. Bei Lehnerts Einführung, dass sie »als Institut für Staatspolitik in der Bundeszentrale den größtmöglichen Konkurrenten sehen« würden, klingt eine gehörige Portion Selbstüberschätzung durch. Doch sein Ausspruch zeigt die Zielrichtung des IfS, in seinem Sinne verstärkt Einfluss auf die politische Bildung in Deutschland zu nehmen. Primat dabei ist in seinem Verständnis vor allem die Politik als die »Verteidigung des Eigenen«. Ohne die Betonung eines »Zusammenhalts des deutschen Volkes« sowie der Rolle des Einzelnen bei dessen Verteidigung, sei politische Bildung nicht möglich, so Lehnert, und er lamentiert, die Arbeit der Bundeszentrale führe zu einer staatlich finanzierten »Unterminierung des Staates«. Für seine Kritik greift Lehnert auf die 1919 gegründete »Reichszentrale für Heimatdienst« in der Weimarer Republik zurück, die den Auftrag hatte, demokratisches Bewusstsein zu fördern und Kenntnisse über die parlamentarische Demokratie zu vermitteln. Eine wichtigere Rolle für die »neu rechte« Kritik spielt jedoch die Arbeit des BpB-Vorläufers, der »Zentralstelle für Heimatdienst«. Aus dem Auftrag »Loyalität zur Kriegsführung herzustellen« sei inzwischen die propagandistisch erzeugte »Loyalität der Bevölkerung« zur demokratischen Staatsform geworden. Ausgerechnet der Umgang mit einem Aufsatz des emeritierten Professors Konrad Löw in einer Zeitung der Bundeszentrale dient Lehnert als Beleg für die »Propaganda«. Nach Erscheinen der Ausgabe 2004 hatte sich die Einrichtung schriftlich von den Ausführungen Löws distanziert und die Restauflage einstampfen lassen. Der hatte darin die These vertreten, die Mehrheit der Deutschen sei nicht antisemitisch eingestellt gewesen, sondern habe mit den verfolgten Juden sympathisiert. Im folgenden Rechtsstreit hatte sich das Bundesverfassungsgericht hinter Löw gestellt, der auch für die Zeitschrift »Criticón« und das IfS-Hausblatt »Sezession« schrieb, und geurteilt, die schriftliche Distanzierung der BpB werde der Aufgabe nicht gerecht, »die Bürger mit Informationen zu versorgen und dabei Ausgewogenheit und rechtsstaatliche Distanz zu wahren«. Für Lehnert Anlass genug, gegen den schon damals amtierenden Präsidenten der Einrichtung, Thomas Krüger, zu schießen. Ihm unterstellt er »Vetternwirtschaft« und verortet in dessen Person all das, was dieser Rechten ein Dorn im Auge ist. Zu dem »angerichteten Krebsschaden« gehört ein angeblicher »Pakt mit Linksextremismus«, Gender Mainstreaming oder der verfemte Multikulturalismus. Prominenter Pate für Lehnerts Rücktrittsforderungen war bereits 2010 der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer.

›Im Kampf für die Nation‹

Hinter all der polemischen Kritik verbirgt sich das Drängen der Rechten, in der Politik mitzuwirken. Dafür muss auch die Behauptung herhalten, zwischen den Parteien gäbe es keine ideologischen Unterschiede: »Das sind alles Sozialdemokraten, selbst die FDP und auch die Linkspartei«, so Lehnert. Neben dem gewohnten Versuch, sich als konservative Alternative darzustellen, kommt am Ende seiner Ausführungen erneut der positive Bezug auf die deutsche Nation zum Tragen. Die Erinnerung an die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen kommt bei Lehnert der Maßregelung einer »Verbrechernation« mit einem literarischen Kanon ab Anne Frank gleich und führe zu »Verfall«. Diese »Missbildung« aufzuhalten, begreift das IfS als seine eigene Mission, bei der es sich schon wegen seiner beschränkten Mittel um eine »Mission Impossible« handeln dürfte, trotz seiner Aktivitäten und Publikationen. Auch wenn Lehnert voller Selbstüberschätzung behauptet, die »Sezession« könne als eine der größten Kulturzeitschriften in Deutschland gelten.

Wirklich Neu!?

von Jens Breuer

»Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts« heißt das neue Buch von Toralf Staud und Johannes Radke. Der Titel verwirrt indes. Die beiden Journalisten zeigen, dass die heutigen Neonazis eine stete Entwicklung neonazistischer Strukturen seit den 1980er Jahren in Ost und West sind. Dabei revidieren sie, dass die neuen »Autonomen Nationalisten« (AN) eben kaum das Prädikat »neu« verdienen. Neu könnte wohl höchstens ihr Outfit genannt werden, das aus verschiedenen Subkulturen – vor allem der autonomen Szene und dem Hardcore - zusammengetragen wurde. Wobei diese Erkenntnis so wenig neu ist, wie es die AN sind. Staud und Radke zeigen ferner, wie sich die NPD von einer »Altherrenpartei« zu der maßgeblichen und mobilisierungsfähigsten Partei der extremen Rechten entwickelte, wie sie Neonazis integrierte und nun unter ihrem Vorsitzenden Holger Apfel versucht, wieder »bürgerlicher« zu erscheinen. Also doch kein Buch über die Nazis »jenseits der NPD«. Selbstverständlich widmen sich die beiden Autoren auch dem Terror von rechts und legen den Finger in die Wunde der Sicherheitsbehörden, wenn sie deutlich zeigen, dass diese Form des Terrorismus kein Novum ist. Schließlich zeigen sie, wie vor allem die PRO-»Bürgerbewegung« und das Webportal »politically incorrect« versuchen, mit antiislamischen Themen auf Stimmenfang zu gehen und trotzdem kaum an den Erfolg des Autoren Thilo Sarrazin anknüpfen können. »Populisten« nennen Staud und Radke sie im Übrigen, nicht Nazis, was hinsichtlich des Buchtitels erneut verwirrt. Aber auch hier ist das Marketing wohl etwas über das Ziel hinausgeschossen.

Und doch ist »Neue Nazis« ein gutes Buch und die Lektüre kurzweilig. Wer im Thema steht, wie die regelmäßigen LeserInnen der Zeitschrift »der rechte rand«, wird hier wenig Neues finden – dafür aber eine gut lesbare Abhandlung über die Genese des Neonazismus, die mit Kritik an der etablierten Politik nicht spart. Vor allem aber eignet sich das Buch gut für jene, die sich einen schnellen Überblick verschaffen möchten.

Toralf Staud, Johannes Radke: Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts. Kiepenheuer & Witsch: Köln, 2012, 272 Seiten, 9,99 Euro.

Angstprofiteure

von Jens Breuer

»Das Geschäft mit der Angst«, jüngst von der Kölner »Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus« (ibs) veröffentlicht, ist die Dokumentation einer Tagung gleichen Titels aus dem Jahr 2011, bei der namhafte ReferentInnen – Patrick Bahners, Friso Wielenga, Farid Hafez, Doris Angst, Aram Mattioli und andere – ihre Thesen zum und Perspektiven auf das Thema Islamhass und Rechtspopulismus vorstellten. Dabei stand und steht in dem nun vorliegenden Büchlein nicht nur Deutschland im Fokus, sondern auch die Niederlande, die Schweiz, Österreich und Italien. Die Autoren gewähren kurze Einblicke, kompakt, manchmal vielleicht etwas zu straff. Bei aller Unterschiedlichkeit in den Ländern zeigen sie aber auch, wie sehr die Szene heute miteinander vernetzt ist und wie sie sich gegenseitig aufeinander bezieht.

Positiv fällt die reiche Bebilderung ins Auge, die Lust macht, mit dem Lesen zu beginnen. Doch bei der Lektüre fällt dann leider manchmal das Missverhältnis von Text zu Illustration auf. Die Ausführungen der AutorInnen hätten gern umfänglicher sein können. Aber dafür kann dann auf die entsprechenden Monographien zurückgegriffen werden.

Alles in allem ein interessanter Band, der einen schnellen Überblick zum Thema Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit ermöglicht. Für Menschen, die bereits im Thema stehen und die aktuelle Literatur verfolgen, ist er aber nicht unbedingt ein Muss.

Alexander Häusler, Hans-Peter Killguss: Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Islamfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa. Beiträge und Materialien 06. ibs: Köln, 144 Seiten, 2012, 9,99 Euro.

Rechte Mythen

von Carla Lorig

Der Ulrichsberg in Kärnten/Österreich, einst die ›Heimat‹ von Jörg Haider, ist alljährlich ein Wallfahrtsort. Die »Ulrichsberggemeinschaft« gedenkt dort ›ihrer‹ in den Weltkriegen, besonders im letzten, gefallenen Soldaten. Dies schließt nicht nur Angehörige aller Gattungen der »Wehrmacht«, sondern auch der »Waffen SS« ein, was auch mehr als deutlich die dort aufgehängten Gedenktafeln beweisen. Auf einer heißt es beispielsweise: »Des Soldaten Ehre ist seine Treue« – eine leichte Abwandlung der SS-Losung »Meine Ehre heißt Treue«. Stets nehmen an den Veranstaltungen sowohl Personen aus der ›Erlebnisgeneration‹ teil – früher war auch die Tochter von Heinrich Himmler hier zu Gast – als auch aus dem Spektrum der extremen Rechten. Doch während es früher mitunter mehr als 2.000 TeilnehmerInnen waren, die sich dort einfanden, ist die Zahl in den letzten Jahren stark geschrumpft. Knapp 300 versammelten sich am 16. September 2012 dort, wo mit Herbert Belschan auch wieder ein ehemaliges Mitglied der »Waffen SS« sprach. Dass es dort weniger werden, hat nicht nur biologische Gründe, sondern liegt vor allem auch an den seit 2005 regelmäßig veranstalteten antifaschistischen Gegenveranstaltungen.

Der »Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens« legt mit einem von ihm herausgegebenen Sammelband eine kritische Reflexion kärntner als auch allgemein österreichischer Gedenkpolitik vor. Im Rahmen von drei Abschnitten– »Hintergründe und Kontexte«, »Gedenktraditionen«, »Aktuelle Entwicklungen« – setzen sich Initiativen und AutorInnen mit Aspekten der österreichischen Geschichte im Nationalsozialismus auseinander und zeigen, wie in der Zweiten Republik dann Geschichtsklitterung betrieben wurde, während sich die ehemaligen Soldaten und Täter in »Traditionsverbänden« unbehelligt organisieren konnten. Spannend!

Das Buch ist durchgängig gut lesbar. Fotos vom Ulrichsberg und anderen rechten Gedenkorten illustrieren die Ausführungen und geben einen lebendigen Eindruck. Dringend empfohlen sei das Buch allen an Geschichtspolitik Interessierten sowie jenen, die sich mit der österreichischen Gesellschaft und Politik auseinandersetzen. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Umfragehochs der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) liefert es erhellende Einblicke.

Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens (Hg.): Friede, Freude, deutscher Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest. Mandelbaum: Wien, 2011, 420 Seiten, 19,90 Euro.

Einblicke

von Margarete Schlüter

Vor zwanzig Jahren begann das »Mobile Beratungsteam« (MBT) als erstes Projekt in Brandenburg mit seiner »aufsuchenden Beratung in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus«. Im Rahmen seiner Tätigkeiten unterstützt das MBT Kommunen, Vereine, Nichtregierungsorganisationen, BürgerInnenbündnisse und Einzelpersonen, um in beratender Funktion zusammen mit AkteurInnen vor Ort Programme für eine lebendige Demokratie und gegen die extreme Rechte zu entwickeln. Seit 2004 veröffentlicht das MBT »Einblicke« in ihre Arbeit und in das neonazistische Spektrum – jetzt ist der vierte Band erschienen.

In verschiedenen Aufsätzen beschreiben die AutorInnen die Mitwirkung des MBT an Bündnissen und Mobilisierungen gegen neonazistische Aktivitäten. Es wird deutlich gemacht, dass sowohl eine Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort als auch ein nach ihren Interessen ausgerichtetes Engagement gegen rechts notwendig ist. Und es wird betont, dass unterschiedliche neonazistische Aktivitäten eben auch unterschiedliche Gegenstrategien benötigen. Andere Artikel befassen sich mit der Analyse der extremen Rechten wie beispielsweise der »Spreelichter« und zeigen, dass beim MBT Menschen mit Sachverstand an der Arbeit sind.

Kritisch lässt sich einwenden, dass das MBT seine Arbeit mit dem Extremismusbegriff legitimiert, abgeleitet von dem Demokratieverständnis in der Bundesrepublik als eine »streitbare Demokratie«. Irritiert lässt den oder die LeserIn darüber hinaus wohl auch die klare Ablehnung von Blockaden zur Verhinderung neonazistischer Aufmärschen zurück. Diese Haltung begründet das MBT damit, dass mit solchen Verhinderungsstrategien das im Grundgesetz verankerte Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit eingeschränkt werde und diese daher auch nicht als ziviler Ungehorsam gelten könnten.

Trotzdem ist die Arbeit des MBT gegen extrem rechte Umtriebe und für die Förderung gesellschaftlicher Partizipation notwendig. Umso unverständlicher ist es, dass das Land Brandenburg im kommenden Jahr weniger Bundesmittel für derartige Demokratie-Projekte erhält.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.): Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung: Einblicke IV. Ein Werkstattbuch. Potsdam: Eigenverlag, 216 Seiten, 2012, 0,- Euro (Bezug über die MBT-Geschäftsstelle, Benzstr. 11-12, 14482 Potsdam).

Methodenhandbuch

von Margarete Schlüter

»Zigeuner«, der Begriff ruft unterschiedliche Assoziationen hervor. Meistens handelt es sich um Vorurteile und Ressentiments, die unter dem Begriff Antiziganismus gefasst werden. Und sie beruhen weniger auf persönlichen Erfahrungen als auf Projektionen der Mehrheitsgesellschaft. Über Jahrhunderte hinweg tradierte stereotype Zuschreibungen wie Heimatlosigkeit, Faulheit oder Kriminalität kommen darin zum Tragen.

Antiziganismus ist nicht nur ein Problem in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, sondern auch in den staatlichen Institutionen. Sinti und Roma wurden beispielsweise 2007 zeitweise des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter verdächtigt und sowohl von einer Staatsanwaltschaft als auch einer Polizeidirektion einer Trickdiebstahlserie bezichtigt mit der Begründung, dass für sie Diebstahl ja eine »selbstverständliche und werte Arbeit« sei. Oder es wird vor einem unkontrollierbaren Zustrom von »Zigeunern« aus der Balkanregion gewarnt, die sich in der Bundesrepublik Sozialleistungen erschleichen wollten.

In dem vorliegenden Methodenhandbuch hat die »Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße« zusammen mit dem Jugendverband »Amaro Drom e. V.«, in dem Roma und Nicht-Roma organisiert sind, eine Handreichung zur Auseinandersetzung mit dem vielschichtigen und facettenreichen Phänomen des Antiziganismus erarbeitet – für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Es gliedert sich in zwei Teile: Zunächst wird die Geschichte der Sinti und Roma vor allem im deutschsprachigen Raumes skizziert, um dann das pädagogische Konzept und seine Anwendungsmöglichkeiten zu erläutern. 27 Ideen stellen die AutorInnen vor, die sich an Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters richten und alltagsnah und handlungsorientiert gestaltet sind. Vorwissen hinsichtlich des Themas wird nicht vorausgesetzt – ein großes Plus.

Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße (Hg.): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Münster: Unrast, 2012, 144 Seiten, 19,80 Euro.

Nach dem »Verfassungsschutz«

von Paul Wellsow

Eine Streitschrift für die Abschaffung des »Verfassungsschutzes« (VS) haben Claus Leggewie und Horst Meier vorgelegt. Anlass ist das Auffliegen der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU). Die »Bestürzung und Verstörung« über die Taten sei groß, weil den MörderInnen »niemand in den Arm fiel: kein Polizist, nirgends – und weit und breit kein Verfassungsschützer, der Alarm schlug«. Das »Frühwarnsystem« des Geheimdienstes habe versagt. Auch die mögliche Verstrickung in die Verbrechen und das Vertuschen hätten Vertrauen zerstört. Doch das Problem seien nicht Skandale und Versagen. Der »alltägliche Skandal des Verfassungsschutzes« sei die »tadellose Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben«. Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Grundrechte der Menschen, ohne dass Straftaten vorliegen oder geplant würden, seien das Problem.

Die Aufklärung müsse nun »umfassender und radikaler sein als jemals zuvor bei einem Verfassungsschutzskandal«. Sie dürfe nicht nur kriminalistisch durch Polizei und Justiz, sondern müsse vor allem politisch erfolgen. Statt sich mit einem NPD-Verbot aufzuhalten, das nur »von den offenkundigen Problemen der Sicherheitsapparate« ablenke, müssten Konsequenzen für die Sicherheitsarchitektur folgen.

Einzelne Kapitel widmen sich dem Einsatz von V-Leuten, der Wahrnehmung von rechten Bedrohungen, der Gründung des VS im post-nazistischen Deutschland und seiner Skandalgeschichte, dem Kampf des Amtes gegen Linke, dem Extremismus-Begriff und den Aufgaben des VS. Ausführlich kritisieren die Autoren das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren und entwickeln einen Fahrplan zur Abwicklung des VS in fünf Jahren.

Das Buch ist eine anregende Lektüre. Doch warum beleuchten die Autoren nicht auch das Agieren anderer Geheimdienste, der Polizei und der Justiz? Auch die Einschätzung, die BRD sei »leidlich demokratisiert und rechtsstaatlich sensibilisiert« sollte angesichts der ungeheuerlichen staatlichen Vorgänge überdacht werden, ebenso die Aussage, die NPD sei keine Gefahr für die Demokratie und falle weder durch Gewalt noch durch militanten »Kampf um die Straße« auf. Den Autoren ist eine zumeist treffende, an manchen Punkten strittige, aber immer fundierte und gut geschriebene Intervention aus bürgerlich-liberaler Perspektive in die Debatte um die Zukunft des VS gelungen.

Claus Leggewie, Horst Meier: Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik. Berlin: Archiv der Jugendkulturen, 2012, 220 Seiten, 12,- Euro.



der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ Email-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

in dieser Ausgabe:

alle Bilder Mark Mühlhaus

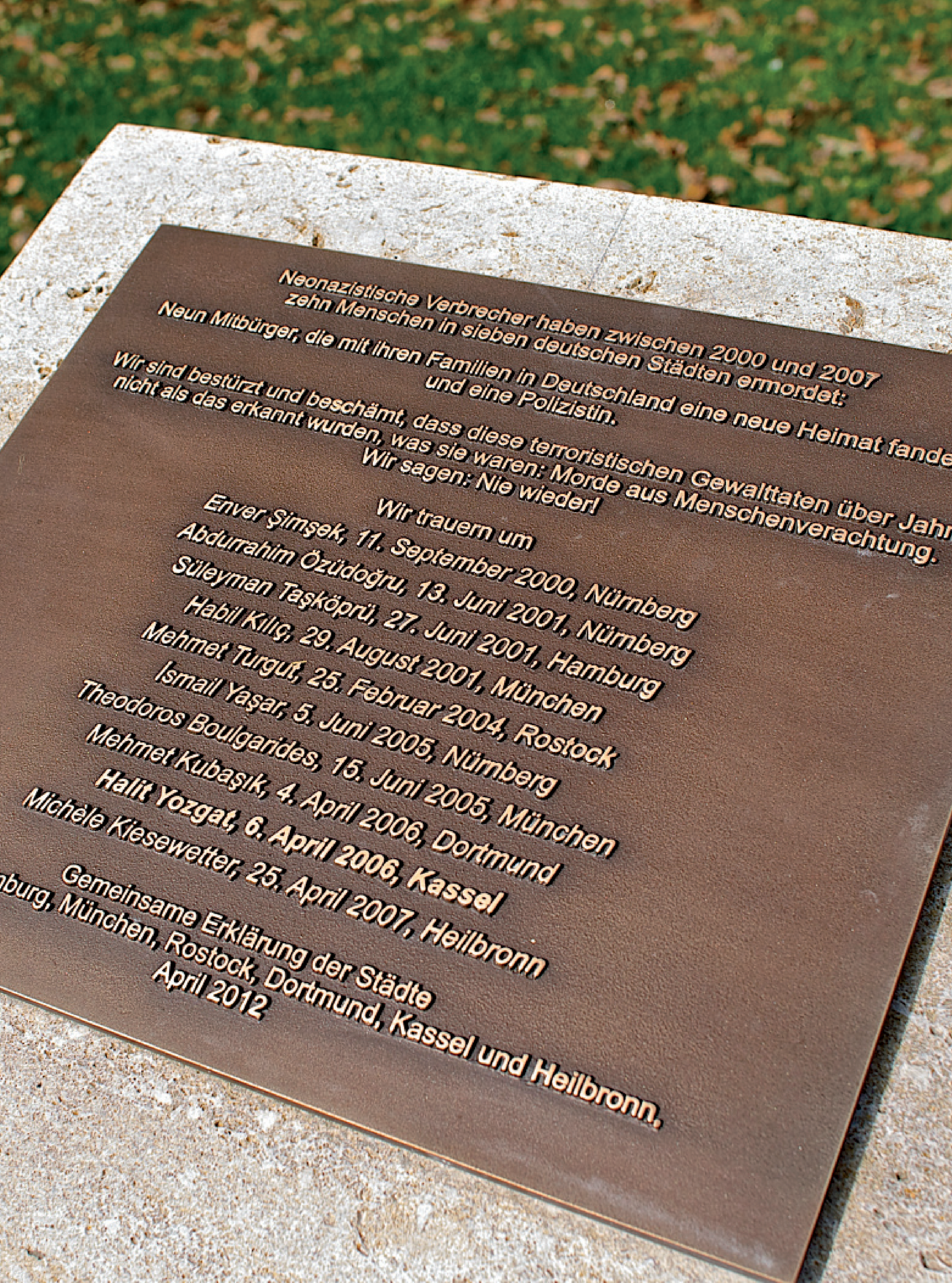
Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: DBP e.V.

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.


Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007
zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet:
Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fande
und eine Polizistin.
Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahr
nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung.
Wir sagen: Nie wieder!
Wir trauern um
Enver Şimşek, 11. September 2000, Nürnberg
Abdurrahim Özüdoğru, 13. Juni 2001, Nürnberg
Süleyman Taşköprü, 27. Juni 2001, Hamburg
Habil Kılıç, 29. August 2001, München
Mehmet Turgut, 25. Februar 2004, Rostock
İsmail Yaşar, 5. Juni 2005, Nürnberg
Theodoros Boulgarides, 15. Juni 2005, München
Mehmet Kubaşık, 4. April 2006, Dortmund
Halit Yozgat, 6. April 2006, Kassel
Michèle Kiesewetter, 25. April 2007, Heilbronn
Gemeinsame Erklärung der Städte
burg, München, Rostock, Dortmund, Kassel und Heilbronn.
April 2012